Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 6 Mark, Wochen-Abonnem. 60 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 7 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 361. Morgen-Ausgabe. Siebenundsechszigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag. **Mittwoch, den 26. Mai 1886.**

Der Eid und die Gewissensfreiheit.

Am 30. Mai tritt in Stuttgart der Congreß deutscher Freidenker zusammen. Dieser Name ist vielleicht nicht glücklich gewählt. Denn wer darf sich selbst Freidenker nennen? Es sind nicht alle frei, die ihrer Ketten spotten, und das Vorurtheil verliert seine Macht nicht durch die Erkenntniß seiner Hinfälligkeit. „Freiheit, die ich meine," ist noch die Freiheit nicht, die der nächste meint, und unter denen, welche sich Freidenker nennen, denkt man über die Freiheit sehr verschieden, beispielsweise hinsichtlich der Gottesidee. Allein wie auch ihr Name beschaffen sei, die Männer, welche am 30. Mai in Stuttgart zusammenkommen wollen, haben einen sehr ernsten Gegenstand für ihre Berathungen gewählt, einen Gegenstand, welcher von Zeit zu Zeit im Deutschen Reich wie im Auslande öffentliches Aergerniß erregt und die Gemüther ohne Noth verbittert. Wir reden von dem eidlichen Gelöbniß als der althergebrachten Form der Verstärkung und Verbürgung eines öffentlichen Versprechens.

Daß bei uns zu viel Eide verlangt und geschworen werden, ist auf allen Seiten anerkannt. Allein nichtsdestoweniger hält es schwer, selbst die überflüssigsten Eide abzuschaffen. Zu denselben darf man unbedenklich eine große Anzahl promissorischer Eide rechnen. Der Verfassungseid hat noch Niemanden gehindert, die Verfassung bewußt zu brechen; er hat nur als Handhabe gedient, charakterfeste Beamte wegen vorgeblicher Verletzung des Treueides um ihr Amt zu bringen. Um Mitglied des Abgeordnetenhauses zu sein, muß man einen Eid ablegen, der wiederum im Reichstage von keinem Mitgliede verlangt wird. Es ist sehr bedauerlich, daß dieser ernste und feierliche Act zu einer leeren Förmlichkeit herabgedrückt wird. Nach den neueren Auslassungen der Regierung sollte man kaum glauben, daß die polnischen Abgeordneten dem preußischen Staate mehr zugethan seien, als die nordschleswigschen. Aber erstere haben stets den Verfassungseid geschworen, letztere ihn lange Zeit verweigert. Es wiederholte sich von Session zu Session das groteske Schauspiel, daß zwei Abgeordnete dänischer Zunge im preußischen Abgeordnetenhause zu vollem Rechte saßen, stimmten und redeten, bis ihnen der Eid abverlangt wurde. Dann hatte ihre Gesetzgeberschaft ein Ende; aber sie kehrten immer wiedergewählt zurück. Inzwischen saßen sie unbehelligt im Reichstage. Sie durften Gesetzgeber für das ganze deutsche Vaterland, nicht aber für einen seiner Theile sein. Entspricht es nun der Würde des Eides, dieses Schauspiel so lange zu wiederholen, bis die Eidesweigerer mürbe werden und mit der reservatio mentalis schwören, es sei für sie nur ein eitles Spiel mit Worten? Oder ist es politisch weise, Männern wie Bebel und Liebknecht im sächsischen Landtage einen Treueid gegen Krone und Verfassung abzunehmen, und das Gewissen in eine Zwangslage zu bringen, welche die Liebe zum Staat nicht erhöhen kann? Die Eidesformel hat auch im englischen Parlament ihre Rolle gespielt, und just dort gezeigt, daß alles Irdische vergänglich ist. Mittelst der Eidesformel suchte man Juden vom Parlamente fernzuhalten; denn der Eid lautete „auf den wahren Glauben eines Christen". Allein nach achtjährigem Kampfe wurde den jüdischen Mitgliedern des Unterhauses eine besondere Eidesformel gestattet. Das Haus hatte dem Baron Rothschild und dem Alderman Salomons so lange den Zutritt zu den Sitzungen verweigert, aber nicht einmal die Abgeordneteneigenschaft abgesprochen. Zu ähnlichen Conflicten führte lange Zeit die Wahl von Katholiken, besonders von O'Connell, bis auch hier durch die Gestaltung besonderer Formeln Abhilfe geschah. Desgleichen erging es im Jahre 1693 dem Quäker John Arondale, der sich aus Gründen der Religion weigerte, überhaupt einen Eid zu leisten. Dasselbe Schicksal erlitten Herrnhuter und Separatisten. In allen Fällen hat sich schließlich die Gesetzgebung zur Anerkennung des Willens der Wähler bequemen müssen. Die letzte Eidesweigerung, welche noch in frischer Erinnerung ist, war der vielberufene Fall des Atheisten Bradlaugh. Auch hier wäre der Sieg unzweifelhaft auf Bradlaugh's Seite geblieben, hätte derselbe nicht schließlich den Streit satt gehabt und sich der Eidesforderung unterworfen. Bei dieser Gelegenheit zeigte sich die Widersinnigkeit der Forderung am deutlichsten. Denn nachdem man sich Jahre lang geweigert hatte, Bradlaugh ohne Eid zuzulassen, wollte man seinen Eid nicht entgegennehmen, da ein Gottesleugner nicht schwören dürfe. Schließlich ließ man ihn dennoch schwören, und die Lösung der Streitfrage blieb einer ungewissen Zukunft vorbehalten.

Im Deutschen Reiche wiederholen sich die Eidesweigerungen mit einer gewissen Regelmäßigkeit und immer aus schweren Gewissensbedenken. Eines der bekanntesten Opfer des Eideszwanges war der jüngst verstorbene Prediger der freireligiösen Gemeinde Hofferichter, der selbst das Exil über sich ergehen ließ, ohne den Eid in der religiösen Formel zu schwören. Am häufigsten, aber keineswegs ausschließlich, fühlen sich durch die Anrufung Gottes im Eide Personen beschwert, welche an einen persönlichen Gott nicht zu glauben vermögen. Allein es sind auch Fälle vorgekommen, daß strenggläubige Christen aus der Bibel ein Verbot des Eides herauszulesen wähnten und die Anrufung Gottes als eine Todsünde betrachteten. Sie beriefen sich auf den Spruch: „Eure Rede sei Ja, Ja, Nein, Nein; was darüber ist, das ist vom Uebel" und ließen sich eher an Vermögen und Freiheit strafen, als daß sie die vorgeschriebenen Worte gegen ihr Gewissen gesprochen hätten. Da der moderne Staat Jedermann Gewissensfreiheit zusichert und der Glaube nicht Gegenstand von Zwangsgesetzen sein kann, so ergiebt sich mit Nothwendigkeit, daß gewissenhaften Bürgern, welche Gott nicht anrufen können, die Verstärkung und Verbürgung ihres feierlichen Gelöbnisses in einer Form, welche ihr Gewissen nicht belastet, gestattet sein muß. Ganz richtig hat der Staat diese Consequenz auch gezogen, indem er solche Formeln einzelnen Religionsgesellschaften, wie den Mennoniten, gestattete. Allein, was den Mennoniten recht ist, wird den Atheisten und strengen Christen billig sein müssen. Denn wie der Staat von ihnen allen bürgerliche Leistungen fordert, so muß er auch ihnen allen gleichen Gewissensschutz gewähren. Der confessionslose Charakter des Staates, welcher Jeden nach seiner Façon selig werden läßt, erfordert auch eine entsprechende Eidesformel, welche dem Gottgläubigen wie dem Atheisten gleich genehm ist. Der erfahrene Jurist wird keinen Anstand nehmen, zu behaupten, daß nach der Formel auf Ehre und Gewissen nicht mehr falsche Eide geschworen werden würden, als nach der Formel „so wahr mir Gott helfe". Allein wenn diese Formel gleichwohl beibehalten werden soll, so erfordert wenigstens die Billigkeit, denjenigen Personen, welche unter ihr nicht schwören können, eine andere Formel zu gestatten, und damit zu verhüten, daß der Eid für sie eine Tragödie einleite oder eine — Komödie bilde.

Allein vor einigen Wochen ist es auch vorgekommen, daß einem unbescholtenen Manne in Chemnitz das Bürgerrecht verweigert wurde, weil er den dortigen Bürgereid ohne Gewissensbedenken nicht leisten konnte. In Chemnitz muß man, um Bürger zu werden, an Gott glauben; oder nein, man muß nicht an ihn glauben, sondern nur bekennen, an ihn zu glauben. Ist dieses Bekenntniß eine offenbare Lüge, so schadet es nichts; der Heuchler kann Bürger werden; wer Gott anruft, sei es auch ganz frivol, bekommt Brief und Siegel; wer sich dessen weigert und nicht Worte redet, die in seinem Munde lästerlich oder bestenfalls inhaltsleer sind, wird von der Pforte des Rathhauses abgewiesen. Dieser Zustand widerspricht, wiewohl er vom sächsischen Landtage gebilligt ist, unzweifelhaft den Grundlagen des modernen Staatsrechts, welches die Zugänglichkeit zu allen bürgerlichen und staatsbürgerlichen Aemtern von jedem Bekenntnisse unabhängig stellt. Der Staat wie die Stadt haben nur Ansprüche an den Bürgersinn, nicht an den Glauben; was Jedermann glaubt oder nicht glaubt, bekennt oder leugnet, hat er mit seiner Kirche und seinem Gewissen auszumachen. In Glaubenssachen hat sich das bürgerliche Gemeinwesen nicht einzumischen; es hat also auch Niemanden zu zwingen, Gott zu bekennen und anzurufen, und die Weigerung mit Ausschluß vom Bürgerrechte zu bestrafen. Es ist nun nahezu ein Jahrhundert her, seit der alte Kant sich mit Entschiedenheit gegen den religiösen Eid richtete. „Ein großer moralisch-gesetzgebender Weiser hat das Schwören, als ungereimt und zugleich beinahe an Blasphemie grenzend, ganz und gar verboten; allein in politischer Rücksicht glaubt man noch immer, dieses mechanischen, zur Verwaltung der öffentlichen Gerechtigkeit dienlichen Mittels schlechterdings nicht entbehren zu können, und hat viele Auslegungen ausgedacht, um jenem Verbote auszuweichen." Allein er kommt nach eingehender Auseinandersetzung zu dem Schlusse, daß ein Zwang zu Eidesleistungen, unter Anrufung Gottes, „der unverlierbaren menschlichen Freiheit zuwider ist".

Wenn der Stuttgarter Freidenkertag dazu beiträgt, diesen Worten des größten Denkers der Neuzeit Anerkennung zu schaffen und die Eidesformel der religiösen Anklänge zu entkleiden, die überflüssigen Eide aber abzuschaffen, so wird ihm der Dank und die Theilnahme weiter Kreise nicht fehlen, auch wenn sie sich nicht rühmen, Freidenker zu sein und zu heißen.

Deutschland.

⚍ **Berlin,** 24. Mai. [Leopold von Ranke.] Der gestrige Abend hat unserem großen Geschichtsforscher Leopold von Ranke Erlösung von seinem Krankenlager gebracht. Eine bewundernswerthe körperliche Rüstigkeit und eine fast einzig dastehende Frische hatte sich der Altmeister der deutschen Geschichtsforschung bis weit in sein 91. Lebensjahr zu erhalten vermocht, doch endlich machte sich die Schwäche des Alters geltend, und jede Hoffnung, daß der große Historiker noch einmal gesunden, daß der Tod ihm noch eine Frist zur Vollendung seines umfangreichen Wirkens geben werde, mußte aufgegeben werden, sobald er sich gezwungen sah, seine Arbeit zu unterbrechen. Als Ranke im neunten Decennium seines Lebens es unternahm, eine Weltgeschichte in großem Stile zu schreiben, bewunderte man die Kühnheit des Beginnens, weil man die Vollendung des Werkes nicht für möglich hielt. Er schien aber wirklich den Beweis erbringen zu wollen, daß er nicht zu viel unternommen habe, und als er an dem Tage, an welchem er aus der ganzen Welt die Glückwünsche zum glücklich vollendeten 90. Lebensjahre erhielt, die Hoffnung aussprach, daß es ihm gelingen werde, seinen Plan zu Ende zu führen, da wurden weniger Zweifel laut, als einige Jahre vorher beim Erscheinen des ersten Bandes seines Werkes. Und doch hatte er sich getäuscht, das Werk, in welchem er die Resultate eines langen, fleißigster Arbeit gewidmeten Lebens niederlegen wollte, bleibt unvollendet! Die Kunde von seiner Erkrankung wurde allenthalben mit der größten Theilnahme aufgenommen, mit aufrichtigstem Mitgefühl verfolgte das Publikum der Stadt, in der er Jahrzehnte gewirkt hatte, deren jüngster Ehrenbürger er war, die Mittheilungen über den langen Todeskampf, den er erdulden mußte. Und doch war er nie eine eigentlich populäre Persönlichkeit gewesen. Die Gabe der Rede war ihm nur in unvollkommenem Maße zu Theil geworden, diesem Mangel, der ihn verhinderte, dem Wunsche des Vaters gemäß die Kanzel zu besteigen, haben wir es allerdings hauptsächlich zu danken, daß er sich dem Gebiete zuwandte, auf dem er unvergängliche Lorbeeren erringen sollte; er vermochte nicht, wie manche seiner Collegen, durch glänzende Vorlesungen die Hörer zu fesseln, sein Einfluß auf seine Schüler konnte sich nur im persönlichen Umgange, im Seminar und bei gemeinsamer Arbeit, und durch die Macht des geschriebenen Wortes geltend machen. Der großen Masse der Bewohner der Hauptstadt blieb er persönlich fremd, weil er es nie über sich gewinnen konnte, sich an der Erörterung der politischen, socialen und kirchlichen Tagesfragen zu betheiligen. Er vermied es daher auch, wenn ihn nicht ganz besondere Rücksichten zu Ausnahmen zwangen, auf dem Gebiete der neuesten Geschichte schriftstellerisch thätig zu sein. Wieweit die conservative Partei berechtigt war, ihn, wie es wenigstens früher geschah, als einen der ihrigen in Anspruch zu nehmen, läßt sich schwer feststellen; eine Eigenschaft, die er im höchsten Grade besaß, spricht nicht dafür; er war tolerant gegen Andersdenkende und Andersgläubige. Er sah in dem Menschen, der an ihn herantrat, nicht den Liberalen oder Conservativen, nicht den Evangelischen, Katholiken oder Juden, sondern nur den Menschen. — Ranke war Mitglied des Staatsrathes schon seit 1854 und Kanzler der Friedensklasse des Ordens pour le mérite. Diese Würde wird dem Herkommen gemäß voraussichtlich auf den Vicekanzler Adolf Menzel übergehen.

[Ranke †.] Gestern Vormittag um 10 Uhr ist von Ranke's Gesicht noch die Todtenmaske abgeformt worden. Trotz des achttägigen schweren Todeskampfes zeigt die Maske die Züge des Gelehrten ruhig und sanft. Die Todtenmaske ist für die Familie bestimmt. Das Schreiben der Kaiserin an den Hauptmann v. Ranke lautet: „Baden, den 24. Mai 1886. Der Schmerz über den Verlust Ihres Vaters wird ein allgemeiner, ich möchte sagen, ein patriotischer sein! Wem so vergönnt war, im Dienst der Wissenschaft Licht und Wahrheit zu verbreiten, lebt im Andenken der Zeitgenossen und der Nachwelt fort. Aber für die Hinterbliebenen ist der Verlust schwer zu tragen. Gott helfe Ihnen immerdar. Augusta."

* [Professor Waitz †.] Kaum hat der Telegraph uns die Kunde von dem Ableben Ranke's gebracht, so haben wir den Verlust eines anderen, ebenfalls sehr berühmten Historikers, des Professors Georg Waitz, zu beklagen. Sein Tod erfolgte, wie telegraphisch gemeldet wird, in der Nacht vom 24. zum 25. Mai. Professor Waitz, der Vorsitzende des Directoriums der Monumenta Germaniae, wurde am 9. October 1813 zu Flensburg geboren, studirte zu Kiel und Berlin die Rechte und Geschichte, ging hierauf als Mitarbeiter an den „Monumenta Germaniae historica" nach Hannover und besuchte dann für diesen Zweck die Bibliotheken und Archive von Kopenhagen, Lyon, Paris, Monpellier, Luxemburg ꝛc. Die wichtigsten seiner damaligen Arbeiten für das genannte Werk sind die Ausgaben des Widukind, des Marianus Scotus, des Eccehardus Uraugiensis, des Annalista Saxo, der „Gesta Trevirorum" u. s. w. 1842 wurde er zum Professor in Kiel ernannt und trat 1846 als Abgeordneter dieser Universität in die holsteinischen Provinzialstände. Nachdem er aus der Frankfurter Nationalversammlung, der er eine Zeit lang angehörte, ausgeschieden war, kam er im Sommer 1849 als Professor nach Göttingen. Nach der Reorganisation der Monumenta trat er 1875 an die Spitze dieses Unternehmens und siedelte zu diesem Zweck nach Berlin über. Von seinen Werken sind hervorzuheben: „Deutsche Verfassungsgeschichte", „Schleswig-Holsteins Geschichte", „Ueber das Leben und die Lehre des Ulfila", „Das alte Recht der salischen Franken", „Lübeck unter Jürgen Wullenweber", „Deutsche Kaiser von Karl dem Großen bis Maximilian", „Jahrbücher des Deutschen Reiches unter Heinrich I.", „Das Recht des Herzogs Friedrich von Schleswig-Holstein", „Ueber die angeblichen Erbansprüche des königlich-preußischen Hauses an die Herzogthümer Schleswig-Holstein", „Kurze schleswig-holsteinische Landes-Geschichte", „Zum Gedächtniß an Jakob Grimm", „Urkunden zur Deutschen Verfassungsgeschichte im 11. und 12. Jahrhundert". An der Herausgabe der seit 1860 bestehenden „Forschungen zur deutschen Geschichte" hat Waitz hervorragenden Antheil, ebenso an der Schrift: „Das Staats- und Erbrecht des Herzogthums Schleswig."

[Der Kaiser] gedenkt, wie das „Dtsch. Tgbl." hört, alsbald nach der Feier der Enthüllung des Standbildes Friedrich Wilhelms IV. seine Sommerreisen anzutreten und sich zunächst nach Ems und dann später nach Gastein zu begeben.

[Der geschäftsführende Ausschuß des provisorischen Local-Comités für die deutsch-nationale Industrie- und Gewerbe-Ausstellung im Jahre 1888] hielt am Sonnabend Abend unter Vorsitz des Herrn Oberbürgermeisters von Forckenbeck eine mehrstündige Sitzung ab, in welcher die Vorschläge der Baucommission für die Ausstellung einer Berathung unterzogen wurden. Derselbe hat sich dahin schlüssig gemacht, daß entgegen früheren Beschlüssen, nach welchen der Ausstellungsplatz auf 90 000 Quadratmeter festgesetzt war, derselbe nunmehr 100 000 Quadratmeter umfassen soll. Dieser Platz ist gleichsam in zwei Theile getheilt, in den Spreepark, welcher an den Ufern der Spree, und in den Seepark, welcher an dem dort befindlichen See belegen ist. Im Seepark soll das Hauptgebäude der Ausstellung errichtet werden, welches von den 100 000 Quadratmetern 20 000 Quadratmeter beansprucht, während die übrigen 80000 Quadratmeter zur Herstellung der anderen Ausstellungsgebäude bestimmt sind. In dem Spreepark wird ein großes Restaurations-Gebäude seinen Platz finden. Das Bedürfniß an Licht und Wasser soll nicht, wie es früher beabsichtigt war, durch die städtischen Werke befriedigt werden, vielmehr wird für die Ausstellung eine eigene Gas- und Wasserleitung in der Hauptstraße des Ausstellungsterrains angelegt werden. Das Ausstellungsgebäude selbst wird eine Erleuchtungs-Einrichtung nicht erhalten, da dasselbe jedesmal vor Eintritt der Dunkelheit geschlossen werden wird. Dagegen werden mehrere Gebäude, wie die vorerwähnte Restauration, mit elektrischem Lichte versehen werden. Der Beitrag der Stadt Berlin für das Unternehmen ist auf 2 Millionen Mark festgesetzt worden. Behufs Beschleunigung der ganzen Angelegenheit ist beschlossen worden, das große Comité für die Ausstellung bereits zum nächsten Mittwoch einzuberufen, um über die vorerwähnten Vorschläge endgiltige Beschlüsse zu fassen. Das Magistrats-Collegium wird alsdann schon in seiner nächsten ordentlichen Sitzung am Freitag darüber berathen und sich schlüssig machen und sofort eine Vorlage an die Stadtverordneten-Versammlung unterbreiten und versenden lassen."

[Kämpfe des „Albatroß" im Bismarckarchipel.] Ende vorigen und Anfang dieses Jahres wurde mehrfach über Unruhen, welche auf den deutschen Südsee-Schutzgebieten stattgefunden hatten, berichtet. Es wurde u. A. gemeldet, daß von amerikanischen Händlern, entgegen dem von der Reichsregierung erlassenen Verbot, Spirituosen und besonders auch Waffen an die Eingeborenen abgegeben waren. In der Folge hatten die letzteren sich an verschiedenen Punkten des Bismarck-Archipels sehr räuberisch und trotzig gezeigt, deutsche Ansiedelungen überfallen und andere Ausschreitungen begangen. Darauf ist nun dem in letzter Zeit und namentlich noch bei der bekannten Flaggenaffaire auf Samoa vielgenannten Kreuzer „Albatroß", Commandant Capitän-Lieutenant Graf Baudissin I.,

115 Mann Besatzung, 4 Geschütze, der Auftrag geworden, die Schuldigen zu züchtigen. Wie diese Aufgabe erledigt wurde, darüber giebt das „B. Tgbl.“ nach australischen Blättern folgenden, im Auszug bereits telegraphisch gemeldeten Bericht:

Am 15. Januar lichtete der „Albatroß“ in Tongatabu (Samoagruppe) die Anker und richtete seinen Curs direct nach Matupi, wo er nach einer von bestem Wetter und gutem Winde begleiteten Fahrt eintraf. Hier fand Graf Baudissin genauere Instructionen rücksichtlich der einzelnen anzulaufenden Plätze vor. Reichscommissar v. Oertzen begab sich an Bord.

Zuerst ging die Fahrt nach Capsu an der Nordwestküste von Neu-Mecklenburg (Neu-Irland), nahe dem Nordcap, wo diverse Mordthaten begangen und Cannibalenfeste abgehalten waren. Der „Albatroß“ landete sogleich nach seiner Ankunft mitten in der Nacht 3 Offiziere und 70 Mann, in zwei getrennten Abtheilungen, deren eine von der Nordseite quer durch die Brandung ruderte, was um so schwieriger und gefährlicher war, als die Boote tief geladen, das Wetter äußerst rauh war; doch ging Alles gut von Statten. Die zweite Abtheilung erreichte das Land von der Südseite mit geringeren Schwierigkeiten. Programmmäßig ward nun das Dorf umzingelt und beide Trupps vereinten sich wieder, aber das Nest war leer; bis auf den letzten Mann waren die Wilden in den Busch geflüchtet. Nun wurden die Hütten, Kanoes, Pflanzungen u. s. w. zerstört und die Albatroßleute kehrten im Zustande großer Ermüdung an Bord zurück. Die Hitze war sehr stark, das Anlandziehen und Wiederflottmachen der Landungskähne in den dichten Mangosümpfen, der Marsch durch den fast undurchdringlichen Busch, das Alles war sehr aufreibend. Darauf wurden drei gleichfalls an der Nordküste von Neu-Mecklenburg, und zwar dicht nebeneinander gelegene Ortschaften angelaufen; zwei derselben, Libidor und Lusua, waren wiederum von den Eingeborenen verlassen. In Mankai aber zeigten sich die Wilden von einer ganz anderen Seite; die deutsche Landungsabtheilung wurde während ihres mehrstündigen Marsches durch den Busch zu wiederholten Malen von ihnen angegriffen; sie waren nicht nur mit Pfeil und Bogen und mit Speeren, sondern auch mit gezogenen Büchsen bewaffnet, fochten tapfer und flohen erst in den Busch, bezw. auf die Hügel, nachdem etwa neun von ihnen getödtet und viele verwundet waren. Unsere Albatroßleute erlitten keinerlei Verlust.

In Kolenus, wohin jetzt die Reise ging, galt es, drei oder vier dort seßhafte, wegen diverser Mordthaten berüchtigte Spitzbuben abzufangen; da jedoch in Folge eines Unfalles, der einer der Dampfbarkassen zustieß, die Landung verzögert wurde, gelang den Gesuchten die Flucht. Man sah sie vom „Albatroß“ aus in Kanoes entfliehen und schickte ihnen noch einige Schüsse aus den Nordenfeldt-Kanonen nach, ohne sie zu treffen. Ganz Kolenus wurde bis auf den Grund zerstört; in verschiedenen Hütten fand man die Spuren kaum beendeter Kannibalenfeste, von Feuer und Rauch geschwärzte Menschenknochen, die noch frischen Köpfe der Gemordeten zierten die Wände. Hier und auch an den anderen Orten wurden große Mengen von Pfeilen, Bogen, Speeren, Keulen u. s. w. gefunden, so daß der Graf Baudissin ein ganzes Museum anlegen konnte.

Nach der Abfahrt von Kolenus entdeckte der „Albatroß“ an der Nordspitze von Neu-Mecklenburg einen neuen, für ein Schiff von der Größe des „Albatroß“ mit zwanzig Fuß Tiefgang sehr gut passirbaren Canal, der in gerader Richtung von Norden nach Süden, nahe Cap Jeschke, die Fahrt um die Nordspitze der Insel erheblich abkürzt; der Albatroß-Canal — so taufte man ihn — ist zwei Seemeilen lang und weist gar keine Fahrthindernisse auf. Am Südende dieses Canals liegt das kleine Dorf Kabien, dessen Bewohner wegen ihres Hasses gegen die Weißen, denen sie für die erste passende Gelegenheit offen die Ermordung verheißen hatten, in sehr üblem Ruf stehen. Eine bewaffnete Abtheilung landete hier und tödtete zwei Wilde, von denen der eine einen Angriff auf einen Matrosen machte, um ihm die Flinte zu entreißen.

Hiermit hatte der „Albatroß“ seine Arbeit in Neu-Mecklenburg beendet und dampfte nun nach Neu-Pommern (Neu-Britannien). Auf Kabakadai, an der Nordküste der Gazellen-Halbinsel, wurde wieder eine Abtheilung Soldaten gelandet, um einen wegen 25 zu verschiedenen Zeiten begangener Mordthaten berüchtigten Hallunken, Namens Towering, gefangen zu nehmen. Dieser steht auch im Ruf, sehr reich zu sein. Das landesübliche Geld ist eine kleine weiße Muschel, Diwarra genannt; diese wird durchlöchert, auf dünne, gespaltene Bambusfäden aufgereiht und zu großen, dicken Rollen zusammengelegt; ein paar Armlängen Diwarra ist z. B. der Preis eines gewöhnlichen Kanoes, für Lebensmittel u. dgl. wird die Schnur nach Fingerlängen abgemessen. Von diesem Diwarragelde soll Towering ungeheure Mengen, angeblich für 5000 Pfd. Sterl., besitzen. Jedenfalls aber hat der schlaue Kerl seinen Reichthum vorzüglich anzuwenden verstanden. Denn mit seinen Getreuen vortrefflich zum Kampfe gerüstet, erwartete er die Albatroßleute, so daß sich ein erbittertes Scharmützel entspann. Die Eingeborenen waren mit gezogenen Snider-Gewehren bewaffnet und hatten offenbar überreiche Munition; sie unterhielten während geraumer Zeit ein scharfes Feuer auf die angreifenden Deutschen. Diese waren wieder zur Nachtzeit gelandet und bemühten sich, das Dorf in aller Frühe zu überrumpeln. Die Wilden aber hatten sich in den Gebüschen verborgen und griffen die Albatroßleute während ihres Marsches an; in dem fast zweistündigen Gefecht wurden acht deutsche Matrosen verwundet.

Während des Gefechtes warf der „Albatroß“ aus der größten an Bord befindlichen Kanone 25 Bomben und aus den Nordenfeldtgeschützen 150 Kartätschenschüsse in das Dorf; der Kampf ward an diesem Tage, nachdem die Wilden große Verluste erlitten hatten, abgebrochen; die Verwundeten wurden auf das Schiff gebracht. In der Folge landete noch fünf mal nach einander das aus 3 Offizieren und 70 Mann bestehende Landungscorps; jetzt zeigten sich die Wilden jedoch nur noch ausnahmsweise und hielten niemals lange Stand. Im Ganzen schlugen sich unsere wackeren Albatroßleute zehn Tage mit den Eingeborenen herum, ungefähr zwölf Scharmützel wurden ausgefochten. An todten Wilden wurden 45 gezählt, wie Viele außerdem noch gefallen, bezw. verwundet wurden, ist unbekannt. Die Schwarzen fochten tapfer und geschickt; von Unterwerfung wollten sie absolut nichts wissen. Von den Albatroßleuten wurden noch zwei verwundet.

Nachdem die Züchtigungsarbeit erledigt war — Held Towering scheint sich bei Zeiten gedrückt zu haben, wenigstens ist in den vorliegenden Berichten nicht gesagt, daß er gefangen worden — dampfte der „Albatroß“, der von Neu-Mecklenburg vier Gefangene mitnahm, die als Geiseln für das friedfertige Verhalten ihrer Brüder dienen werden, wieder nach Sydney, wo er am 11. April glücklich eintraf. Das Befinden sämmtlicher Verwundeten war ein durchweg befriedigendes, so daß wohl Niemand, der Angehörige an Bord des „Albatroß“ weiß, sich ernstere Sorgen zu machen braucht.

[Nach der ärztlichen Prüfungs-Ordnung von 1883] bedürfen die Mediciner behufs Zulassung zur ärztlichen Prüfung einer vorgeschriebenen Anzahl Zeugnisse über den Besuch der Kliniken, sogenannter Praktikanten-Scheine. Nun war erst im vorigen Jahre der hiesigen Universitäts-Poliklinik unter Leitung des Professors Josef Meyer das Recht verliehen worden, gleich den beiden inneren Kliniken in der Charité Praktikanten-Scheine ausstellen zu dürfen. Dieses Recht wird jetzt durch eine in diesen Tagen erlassene Verfügung des Cultusministers wieder aufgehoben. Dieselbe erwähnt, daß in einem besonderen Falle Zweifel entstanden seien, ob das Zeugniß des Dirigenten einer Universitäts-Poliklinik denen aus den stationären Kliniken gleichzuachten sei. Nach Anhörung der Universitäts-Curatoren und mit Rücksicht auf die in dieser Beziehung in den anderen Bundesstaaten herrschenden Grundsätze müsse dies verneint werden, zumal auch der Reichskanzler dieser Ansicht sei. Demgemäß wird bestimmt, daß fortan nur die Theilnahme an den stationären Kliniken — in Berlin also den beiden inneren Kliniken der Geheimräthe Leyden und Gerhardt in der Charité — den Vorschriften der Prüfungsordnung entspricht.

[Ueber die Lage in München] wird dem „Wiener Frbl.“ von dort telegraphirt: In Abgeordnetenkreisen erwartet man eine baldige Wiedereinberufung des vor seinem Schlusse stehenden Landtags. Die Sachlage drängt zur Entscheidung. Da eine Antwort des Königs auf die Gesammtvorstellung der Minister nicht eingetroffen ist und nach dem gleichartigen Vorgange im Januar auch kaum eintreffen dürfte, so werden sich die Minister genöthigt sehen, die Frage ihrer ferneren Verbleibens im Amte zu stellen. Der Schritt wird jedoch kaum mehr als einen formalen Charakter haben, indem die Bildung eines neuen Ministeriums zur Zeit eine thatsächliche Unmöglichkeit ist und überdies alle Parteien im Lande darüber einig sind, daß unter den gegebenen Verhältnissen dem Minister-Präsidenten von Lutz und den ihm homogenen Elementen im Ministerium keinerlei Schwierigkeiten zu bereiten seien. Dieser Standpunkt wird namentlich von den Mitgliedern der Reichsrathskammer allgemein getheilt. Die Stimmung der Bevölkerung wird täglich trüber, der Wunsch nach Besserung der Verhältnisse immer lebhafter.

[Monstreproceß wegen angeblicher Weinverfälschung.] In Danzig hat am 24. Mai vor der Strafkammer die Verhandlung gegen die Weingroßhändler Gebr. Albert und Wilh. Jüncke, J. H. L. Brandt, Adalbert Ulrich, Meyer Riese, Herrmann Kiesau, Carl Ad. Volkmann, sämmtlich aus Danzig, und Oswald Nier aus Berlin begonnen. Die Dauer der Verhandlung wird, der „Danz. Ztg.“ zufolge, auf eine Woche berechnet. — Die Gebrüder Jüncke (Inhaber einer der bedeutendsten Weinfirmen in den östlichen Provinzen) hatten im Sommer 1881 einen Lehrling Namens Dobrick nach beendeter zweijähriger Lehrzeit entlassen. Im September 1881 erhielten sie von demselben ein Schreiben des Inhalts, daß er nach Amerika auswandern wolle und sie ihm dazu 430 Thlr. geben möchten, widrigenfalls er die in einer Anlage zu dem Briefe genau specificirten „Contraventionen“ und „Weinfälschungen“ derselben anzeigen und veröffentlichen würde. Die Gebrüder Jüncke übergaben das Schreiben mit Anlage der Königl. Staatsanwaltschaft, welche gegen Dobrick wegen Erpressungsversuchs Anklage erhob und seine Verurtheilung zu drei Monaten Gefängniß erwirkte. Gleichzeitig nahm die Staatsanwaltschaft aber auch Veranlassung, bei sämmtlichen Weinhändlern Danzigs nach den Verschnittbüchern zu recherchiren, in welche — wie Dobrick betreffs der Gebrüder Jüncke angeführt hatte — die Zusammenstellung der Getränke notirt wird. Bei den Gebrüder Jüncke wurden Verschnittbücher aus der Zeit vom Januar 1880 bis October 1881 sowohl in Betreff von Weinen als von Rum, Arac und Cognac beschlagnahmt, bei J. H. L. Brandt nur solche von Weinen, bei den anderen Angeklagten wurden überhaupt keine Verschnittbücher gefunden. Deshalb ist die Anklage gegen die Gebrüder Jüncke und J. H. L. Brandt im Wesentlichen auf den Inhalt der Verschnittbücher gestützt, während bei den anderen Angeklagten Zeugen und Chemiker die Beweismittel abgeben. Die Angeklagten stehen auch unter zwei verschiedenen Anklagen, sowohl dem Gegenstande, als der Begründung nach. Alle sind wegen Weinverfälschung angeklagt, die Gebrüder Jüncke, Adalbert Ulrich, Meyer Riese auch wegen Rum-, Arrac- und Cognac-Verschnitten. Beschuldigt werden die Gebrüder Jüncke, daß sie einzelnen Verschnitten von Spirituosen im Preise von 60 Pf. bis 1 M. 50 Pf. pro Flasche im Detailverkauf mehr Alkohol und destillirtes Wasser zugesetzt haben, als nach Ansicht der königl. Staatsanwaltschaft zuläßig ist, daß sie einzelne Weinverschnitte im Preise von 80 Pf. bis 1 M. 50 Pf. die Flasche im Detailverkauf unter Namen verkauft haben, die sie nach Ansicht der königl. Staatsanwaltschaft nicht hätten wählen dürfen, weil darin mehr als 1/3 anderer Weine enthalten sind, als nach denen sie benannt sind. — Herrn Brandt wird im Allgemeinen dasselbe zum Vorwurf gemacht, wie den Gebrüdern Jüncke, doch geht die Anklage weiter, indem sie jeden Verschnitt von Weinen verschiedener Orte für unzuläßig hält, wenn nicht aus der Bezeichnung die Herstellungsart klar erhellt. — Die Anklage gegen diese beiden Firmen ist principiell und dem Umfange nach die bedeutendste. — Von Herrn Ulrich behauptet die Anklage, daß 17 Verschnitte von Cognac, Rum, Arrac Kunstproducte sind, 4 Fälle, darunter nur ein Weinverschnitt, Substanzverschlechterung darstellen. — In Bezug auf Herrn Riese wird behauptet, daß die Bezeichnung eines Cognac- und eines Rumverschnitts als „Cognacverschnitt“ und „Trinkrum“ nicht genügt, auch die Zusammensetzung den soliden Handelsgebräuchen nicht entspreche. — Herrn Kiesau wird zum Vorwurf gemacht, daß er bessere Weine mit jungen französischen, resp. rothem Grüneberger, Weinen verschnitten, auch im allgemeinen, daß er Weine und Branntwein mit Wasser und Sprit versetzt habe. — Herrn Volkmann wird zur Last gelegt, daß er einen Mosel-Grüneberger genannten Wein mit Kartoffelzucker gemischt habe. Herr Nier endlich ist beschuldigt, daß ein „Garriques“ genannter Wein nicht rein sei, was ein Danziger Chemiker begutachten soll. — In allen diesen Fällen behauptet die Anklageschrift, daß die Angeschuldigten dadurch gegen den § 10 des „Maigesetzes“ von 1879 verstoßen hätten. Dieser Paragraph bildet allein die gesetzliche Grundlage des ganzen Processes. Er lautet wörtlich wie folgt:

„Mit Gefängniß bis zu 6 Monaten und mit Geldstrafe bis zu 1500 M. oder mit einer dieser Strafen wird bestraft:

1) wer zum Zwecke der Täuschung im Handel und Verkehr Nahrungs- oder Genußmittel nachmacht oder verfälscht;
2) wer wissentlich Nahrungs- oder Genußmittel, welche verdorben oder nachgemacht oder verfälscht sind, unter Verschweigung dieses Umstandes verkauft oder unter einer zur Täuschung geeigneten Bezeichnung feilhält.“

Vorweg zu bemerken ist noch, daß auf Grund der Recepte in den Verschnittbüchern, sowie der Agenden und Notizbücher der Firmen Jüncke und

Der neueste Roman Emile Zola's,*)

besprochen von **Dr. Emil Burger.**

(Fortsetzung.)

Wie ein echter Maler entrollt er vor unserem geblendeten Auge lebenswahre Bilder seiner Lieblingsstadt Paris. „Zu allen Stunden des Tages, bei jedem Wetter besuchte Claude die Brücke „des Saints-Pères“ und ließ, an die eiserne Rampe gelehnt, sein Auge hinüberschweifen nach der Cité, nach der wie ewig dort festgeankerten Insel, der Wiege von Paris, dem Herzen der Metropole, wo seit Jahrhunderten all' das in ihren Adern rollende Lebensblut kreist, beständig gepeitscht von den Faubourgs, die langsam vorschreitend die Ebene erobern. An einem Tage verspäteten Schneefalls wuchs sie, wie mit Hermelin verbrämt, aus dem schmutzgefärbten Strome bis in das schieferfarbene Firmament. Er sah, wie sie bei den ersten Strahlen der wieder erwachenden Sonne ihr winterliches Gewand abstreifte und aus dem jugendfrischen Grün der großen Bäume des Erdwalls neu belebt erstand. Er sah sie im Nebel sich verschleiern, verdunsten, gleich einer traumhaften Märchenstadt. Dann wieder verschüttete sie strömender Regen, verhüllte sie hinter dem ungeheuren Vorhange, der plötzlich vom Himmel herabrauschte. Gewitter umleuchteten mit fahlem Gespensterschein blitzend ihr Haupt, zermalmten sie krachend im berstenden Donner der gewaltigen, kupferfarbenen Wolkenmassen. Winde durchfegten sie in stürmischem Lauf, zeigten ihr Bild, nackt und gepeitscht, am blassen Blau des Aethers. Dann wieder, wenn die Sonnenstrahlen sich im Dunstschleier der Seine in Staub auflösten, schwamm die alte Cité in dieser Helle, schattenlos, rein, gleich einem leuchtenden, in feinstes Gold gefaßten Edelsteine. Auch beim Sonnenaufgang wollte er sie sehen, wenn die Frühnebel flüchtend zerrinnen, wenn die Thürme und Spitzen hoch oben im rosigen Lichte erwacht sind, während die Nacht langsam von den Gebäuden hinabgleitet, gleich einem fallenden Mantel. Dann auch Mittags, unter der senkrecht scheinenden Sonne, wenn die brennende Helle die Contouren zernagt, und das antike Viertel farblos und stumm, gleich einer Todtenstadt, kein anderes Leben mehr zeigt, als das schimmernde Flimmern der Wärme auf den Dächern. Dann bei Sonnenuntergang, wenn die aus dem Strom wieder auferstehende Nacht die Cité von Neuem umarmt, während am First der Häuser ein verglimmender Streif erlöschender Kohle flirrt, und an den Fensterscheiben ein letzter Feuerschein sich entzündet, mit hastig verzuckendem Strahl die Façaden belebend.“

Welch' hoher Dichtergeist tritt uns hier allgewaltig entgegen, welch' wunderbare Fähigkeit, so flüchtige Eindrücke festzuhalten und sie mit malerischem Genie zu fixiren. Und doch bleibt die Wirkung, welche der Schriftsteller durch das bloße Wort, ohne die Unterstützung von Farbe und Licht erzeugt, eine zu unbestimmte, zu wenig andauernde. In rein äußerlicher Weise mit dem Schicksal des Helden verbunden, dem sie Studien zu seinen Gemälden sind, ziehen diese Bilder gleich Landschaftspanoramen an uns vorüber, wie diese keine tieferen Eindrücke hinterlassend. Ja, den gewöhnlichen Alltagsleser, namentlich den, der Paris noch nie gesehen, ermatten sie in ihrer beständigen Aufeinanderfolge. Er legt das Buch hin oder überschlägt sie. — Wäre Zola kein Dichter, so wäre die Kritik längst über ihn zur Tagesordnung übergegangen. Aber er will ernst genommen werden. Dieser Himmelsstürmer ist ein großes Talent. Unser Herz jauchzt mit ihm auf beim Anschauen der unvergänglichen Schönheit der Natur; es zittert und bebt, es duldet und leidet mit ihm beim Anblick des unendlichen Jammers der Armen und Elenden. Ja, der Kritiker der „Münchener Allgemeinen Zeitung“ hat Recht, wenn er ihm sogar eine geradezu erstaunliche Gabe der Divination zuerkennt, durch die er in den Stand gesetzt wird, statt an der Oberfläche der Dinge haften zu bleiben, den inneren Kern derselben mit scharfem Blick zu erkennen.

„Wie bezeichnend“, fährt er fort, „für die Divination des Verfassers ist die Thatsache, daß die Scenen, welche er in trostloser Lebenswahrheit in seinem vorletzten Romane „Germinal“ schilderte, sich später thatsächlich in Decazeville, sowie in den Kohlengruben-Districten von Lüttich und Charleroi abgespielt haben! Man hätte beinahe glauben können, daß der naturalistische Romanschriftsteller, weit davon entfernt, die Wirklichkeit zu copiren, vielmehr diese als die Nachahmerin ansehen durfte. So lebhaft erinnerten insbesondere die jüngsten Vorgänge in Belgien an viele in „Germinal“ enthaltene Schilderungen, daß man Wahrheit und Dichtung kaum auseinander zu halten vermochte.“

Aber bei aller Bewunderung für das Talent Zola's muß es doch ausgesprochen werden, daß sein Können hinter seinem Wollen oft zurückbleibt. Sein Versuch, seine Romane in einen innerlichen Zusammenhang zu bringen, ist ihm bis jetzt vollständig mißlungen. Er ist in dem unsrigen nicht hergestellt durch einen „mathematischen Faden“ (!), sondern durch die beiden Namen Plassans und Lantier. Plassans ist der Heimathsort Claude's und seiner beiden Freunde, des naturalistischen Schriftstellers Pierre Sandoz und des Architekten Louis Dubuche. Alle drei sind nach Paris gekommen, um hier den heißen Kampf ums Dasein aufzunehmen. Von Montag bis Sonnabend quält sich Sandoz in der Mairie des fünften Arrondissements in einem finsteren Winkel des Büreaus der Geburtsanmeldungen ab, um sich und seine kranke Mutter nothdürftig zu unterhalten. Dubuche, von dem Wunsche beseelt, seinen armen Eltern die auf seine Erziehung verwandten Gelder baldmöglichst wieder zurückerstatten zu können, verrichtet in den Stunden, die ihm seine Studien an der École des Beaux-Arts frei lassen, untergeordnete Arbeiten bei einem Architekten. Claude, durch eine Rente von tausend Francs der dringendsten Nahrungssorgen überhoben, kann sich ganz seiner Kunst widmen. Sie ist ihm von einem wohlhabenden Herren aus Plassans ausgesetzt worden, der sich des Knaben in seiner frühesten Jugend annahm, und ihm, weil er sich sehr begabt zeigte, eine höhere Schulbildung zu Theil werden ließ. Claude Lantier ist der Sohn der Heldin des „Assommoir“ Gervaise und ihres ersten Liebhabers Lantier. „Ich war“, erzählt diese ihrer Nachbarin, vierzehn und er achtzehn Jahre, als wir unseren Ersten hatten.“ Dieser Erste ist eben unser Claude. So wäre nun Alles in schönster Ordnung. — Der Feuilletonist der „National-Zeitung“, Eugen Zabel, giebt sich herzliche Mühe, diesen gewaltsam hergestellten Zusammenhang in der Entwickelung einer Familie zu vertiefen. Er betrachtet den Roman als eine Fortsetzung des „Assommoir“, sowie des „Ventre de Paris“, in welchem sich Claude bereits als junger Maler für Naturanschauung begeistert und ganz ernsthaft, nicht, wie Zabel meint, mit köstlicher Selbstironie an jenem riesigen Stilleben sein Genüge findet, das er am Tage vor Weihnachten in dem Schaufenster eines Schlächterladens aus den vorhandenen Fleischvorräthen aufthürmt. Diese Liebhaberei entspricht durchaus der ganzen Anlage Claude's und erinnert an seinen weiter unten citirten Ausspruch, daß ihm eine gut gemalte Rübe lieber sei, als alle Kunstwerke der Akademiker. Da nun aber Zabel selbst beim besten Willen keinen inneren Zusammenhang entdecken kann, so tröstet er sich mit der Hoffnung, daß man bei einem so systematisch verfahrenden Schriftsteller sicher sein darf, es werden die 20 Bände, in denen er die Geschichte der Rougon-Macquart erzählen will, bei ihrer Vollendung ein geschlossenes Ganze bilden. „Erst dann“, sagt Zabel, „dürfte sich die Reihenfolge feststellen lassen, in der sie sich organisch aneinander fügen, und in Folge dessen auch am Vortheilhaftesten gelesen werden. So wie sie bisher erschienen sind, muß er zugeben, lassen sie ihren logischen Zusammenhang nur unvollkommen erkennen, da Zola, je nachdem der Stoff seiner Phantasie besonders nahe gerückt war, sich für die Abfassung des einen oder anderen Romans entschieden hat und in der Aufeinanderfolge willkürlich verfahren durfte, weil der Plan des Ganzen längst unabänderlich feststeht.“ — So viel Sätze, so viel Irrthümer. Zola hatte sich zur Zeit, wo er noch arm und unbekannt war, einem findigen Buchhändler gegenüber zur Abfassung einer bestimmten Anzahl von Romanen verpflichtet und, da das Geschäft so gut ging, den ursprünglich in Aussicht genommenen Kreis erweitert. Der Versuch, sie nachträglich mit einander in irgend eine Verbindung zu bringen, wird sicherlich gemacht, und wohl auch, wenn seine Leser etwas guten Willen mitbringen, als gelungen angesehen werden. Es lassen sich ja die heterogensten Dinge unter einen Hut bringen. Aber es muß diese absonderliche Prätension Zola's auf sogenanntes wissenschaftliches Verfahren bei der Fabrikation seiner Romane ganz energisch zurückgewiesen werden. Eine Aufgabe, so großartig, wie er sie ursprünglich als sein Programm aufgestellt hat, könnte nur zu Ende geführt werden durch einen Dichter, der zugleich den schwierigsten Problemen der Medicin und Philosophie gewachsen wäre. Und wäre es Zola selbst neben seiner ungeheuren literarischen Thätigkeit gelungen, sich mit den Hauptresultaten der allerdings wesentlich auf Empirie beruhenden Heilwissenschaft bekannt zu machen, so litte er doch stets an einem Grundübel, an dem Mangel einer systematischen, streng logischen Vorbildung. Das ergiebt sich aus allen seinen Theorien, die, mag er sie auch noch so lärmend auf den Markt bringen, doch längst durch die Geschichte der Literatur widerlegt und darum antiquirt sind.

Auch an einer anderen Stelle übertreibt Zabel. Er erklärt, daß, wäre der Roman bereits im vergangenen Herbst erschienen, er sicherlich in dem Gräf'schen Proceß als Entlastung des Angeklagten eine bedeutende Rolle gespielt hätte; das Verhältniß zwischen dem Maler und seinem Modell sei von dem Autor mit tief einschneidender Dialektik behandelt worden; er ziehe die Grenze, wo das Sinnenleben des Mannes in das Phantasieleben des Künstlers übergehe, so deutlich, daß sie von Niemandem übersehen werden könne. Diese ganze Phraseologie scheint mir nicht recht verständlich, aber man darf wohl den Schluß ziehen, daß, wenn die Grenze, wo eins ins andere übergeht, klar vor uns liegt, damit auch die Grenze erkennbar ist, wo sich beides von einander scheidet. Diese Grenze bleibt unverändert, so lange der Künstler in dem weiblichen Wesen nur sein Modell sieht, sie verwischt sich, sobald die Liebe in sein Herz einzieht. Zugegeben nun, daß das Letztere nur ausnahmsweise geschieht, so würde die

*) Vergleiche Nro. 355 der Breslauer Zeitung.

Brandt durch einen vereidigten Sachverständigen genau die Ingredienzen festgestellt sind, die zu den einzelnen Verschnitten verwendet wurden. Diese bestehen bei den in Frage kommenden billigeren Weinen aus 96procentigem, vollständig fuselfreiem Alkohol, destillirtem Wasser und Zucker von tadelfreier Qualität. Zu Cognac und Rum — bei denen ebenfalls nur die geringeren Qualitäten im Preise von 60—80 Pf. pro Flasche Gegenstand der Anklage sind — haben ferner geringe Zusätze von Essenzen stattgefunden.

Die Verhandlung begann mit der Vernehmung des Angeklagten Oswald Nier. Derselbe, in Frankreich geboren und bei Marseille Weinbergbesitzer, ist seit 1876 auch in Deutschland Weinhändler. Er beziehe seine Weine nur aus Frankreich. Herr Nier erklärt, daß unter „Garriques" nicht ein specieller Weinberg, sondern ein Landstrich in Südfrankreich zu verstehen sei, in welchem eine besondere Weinsorte wächst. Im Gegensatz zu der Anklage erklärt Herr Nier, daß er erst im September 1880 (nicht 1879, wie letztere behauptet) in Danzig ein Filialgeschäft etablirt habe. Nach Danzig wurden die zum Verkauf in der Filiale bestimmten Weine durch Vermittelung der Centralstelle gesandt. — Präs.: Geben Sie zu, daß Sie Ihre Weine speciell als „Rein, unverfälscht und ungegypst" bezeichnet haben? — Angekl.: Ja. — Präs.: Was verstehen Sie unter „Gypsen"? — Angekl.: Eine Procedur, durch welche der Wein klarer wird, dich ich unter Umständen aber für gesundheitsschädlich halte. — Präs.: Geben Sie zu, daß Sie nach Ihrer Auffassung sich also straffällig machen würden, wenn Ihr Wein, namentlich der in Rede stehende „Garriques", nicht „rein, unverfälscht und ungegypst wäre?" — Angekl.: Ja wohl." — Weiter erklärt nun der Angeklagte, daß er den Professor Dr. Siewert, auf dessen chemischer Analyse die Anklage gegen ihn beruhe, aufgefordert habe in Gegenwart von unparteiischen Sachverständigen Weine aus seinem Lager zu entnehmen und zu untersuchen. Herr Siewert habe dieser Aufforderung nicht entsprochen und er (der Angeklagte) habe nun seine sämmtlichen Weine durch den Chemiker des Polizeipräsidiums in Berlin, Dr. Bischoff, untersuchen lassen, welcher sie alle für rein und ungegypst erklärt habe. Angeklagter glaubt daher nicht, daß die Analyse des Prof. Siewert richtig sei. Sollte dieselbe aber richtig sein, dann müsse der Wein von dem früheren Verwalter der Filiale gefälscht sein. Aus Berlin habe er denselben jedenfalls rein abgeschickt. — Präs.: Nun befinden sich aber bei den Acten einige Briefe nach deren Inhalt es scheint, als ob Sie einer Untersuchung doch nicht gerade allzu ruhig entgegen sahen? — Angeklagter erkennt die betreffenden Briefe, welche darauf verlesen werden, meistens als von ihm selbst geschrieben an. In einem derselben wird der Adressat aufgefordert sich ruhig zu verhalten, da sich die Sache schon klären würde, im eingenen Interesse solle er jedenfalls stets behaupten, daß sie keinen Kunstwein verkauften. — Angeklagter erklärt, daß sich dieser Passus auf Anfeindungen bezogen habe, welche ein Angestellter seines Geschäfts aus Rache gegen ihn bewirkt habe. Er habe diesem Angeklagten aber später verziehen und ihn wieder beschäftigt. — Hiermit ist die Vernehmung dieses Angeschuldigten beendigt.

Es folgt das gleiche Verfahren in Bezug auf die Angeklagten Brandt, Kiesau und Volkmann, mit welchen gleichzeitig die Weinhändler Jos. Fuchs und Kloß in Untersuchung standen. Die hiesige Anklagekammer lehnte das Hauptverfahren gegen alle fünf Genannten ab; auf die Beschwerde des Staatsanwalts bestätigte der Anklagesenat des Ober-Landesgerichts zu Marienwerder den abweisenden Beschluß nur in Bezug auf die Beschuldigten Fuchs und Kloß, ordnete dagegen die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen Brandt, Kiesau und Volkmann an, weil Kiesau einzelnen Weinen Kartoffelzucker zugesetzt und sonstige bedeutende Verschnitte vorgenommen; Volkmann Moselwein mit Grüneberger verschnitten und ebenfalls Kartoffelzucker zugesetzt; Brandt Wasser und Sprit bis 42 Procent und darüber verschiedenen Weinen zugesetzt haben sollte. Dieser Beschluß mit seiner umfangreichen Begründung wird zunächst verlesen. Darauf folgt die Vernehmung der Angeklagten.

Stettin, 24. Mai. [Domänenkauf.] Wie die „N. Stett. Z." hört, wird aller Wahrscheinlichkeit nach die den Erben des verstorbenen Oberpräsidenten von Pommern, Freiherrn von Senfft-Pilsach gehörige, im Neustettiner Kreise gelegene und zur Zeit an die Rheinisch-Westfälische Ackerbaugesellschaft verpachtete Herrschaft Gramenz mit sämmtlichen dazu gehörigen Gütern nach Ablauf der Pachtzeit durch Kauf in den Besitz der königlichen Hofkammer übergehen; der Neustettiner Kreis dürfte also wohl unter solchen Umständen die sichere Aussicht haben, die Zahl der in seinem Bereich gelegenen königlichen Domänen — es sind deren bereits fünf — demnächst um einige weiter vermehrt zu sehen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 24. Mai. [Dr. Heinrich Auspitz,] Professor und Leiter der Klinik für Hautkrankheiten im allgemeinen Krankenhause ist gestern an einem Herzleiden gestorben. Er war ein Schüler Hebra's und bekannt durch seine Leistungen auf dem Gebiete der Dermatologie.

Karlsbad, 24. Mai. [Ein fürchterliches Gewitter] ging heute Nachmittags über Karlsbad nieder. Haselnußgroße Schlossen fielen, Sturzbäche richteten in den Straßen viel Schaden an, zerstörten die Saaten in der Umgegend, der Blitz schlug in den alten Thurm ein, zerschmetterte das Dach und das Glockengebälke und zündete. Das Feuer wurde durch die Geistesgegenwart des Thürmers unterdrückt.

Budapest, 24. Mai. [Die Hentzifeier.] Die Antwort, welche Koloman Tisza auf die Interpellation Ugrons und Szalay's im Abgeordnetenhause ertheilte, lautet:

Einige Tage vor dem 21. Mai schritt General Jansky mit einigen dienstfreien Offizieren durch den Friedhof und fragte, ob die Gräber Hentzi's und Alnoch's nie geschmückt werden. Es wurde ihm erwidert, daß dies am Allerseelentage zu geschehen pflege, worauf der General sagte, es wäre besser, eine Bekränzung am Jahrestage der Erstürmung Ofens, am 21. Mai, vorzunehmen. Dies geschah auch in Folge einer weiteren Besprechung unter den Offizieren, ohne daß ein Befehl ergangen, denn Major Lacroix erklärte, es sei nicht Pflicht, an der Bekränzung theilzunehmen, sondern ein Act kameradschaftlicher Pietät. Auf Befragen habe General Janszky erklärt, daß die Bekränzung keine Demonstration war und keinen politischen Charakter an sich trug. Nach einer solchen Darstellung, setzte Tisza fort, kann von einer amtlichen Bestrafung keine Rede sein. Soviel erkläre ich jedoch von dieser Stelle, daß dieser Vorgang ein unstatthafter und taktloser gewesen ist. Wer irgend eine öffentliche Stellung bekleidet, hat solche Dinge zu unterlassen, die zu Mißverständnissen Veranlassung bieten können, und ich kann dem geehrten Hause die Versicherung geben, daß diese Anschauung, welche ich hier kundgebe, ebenso in hohen amtlichen und Offizierskreisen wie an höchster Stelle vollständig getheilt wird. Es wird dafür gesorgt werden, daß derlei nicht wieder geschehe."

Nach dieser Antwort Tisza's brach das ganze Haus ohne Parteiunterschied in laute Eljenrufe aus. Die Antwort wurde auch von den beiden Interpellanten zur Kenntniß genommen.

Spanien.

[Das Manifest des Don Carlos] hat folgenden Wortlaut:

Spanier! Die Usurpation beim Tode Ferdinand VII. wird nochmals bestätigt werden durch die Ausrufung des Sohnes meines Vetters Alfons zum Könige von Spanien. Meine Vorfahren erhoben Einspruch gegen die ursprüngliche Verletzung unserer Rechte und gegen alle folgenden Kundgebungen, wie ich es denn auch selbst that gegen den prätorianischen Act von Sagunto, wobei ich in dieser Verwahrung von euren männlichen Armen und euren muthigen Herzen unterstützt wurde. Fest überzeugt, daß es außerhalb des Schutzes der rechtmäßigen Monarchie keine Ständigkeit in den Gesetzen, keine Sicherheit in den Staatseinrichtungen giebt, kämpfte ich für meine Rechte, welche die Sicherstellung eures Wohlergehens waren, bis alle meine Hilfsquellen erschöpft waren. Diesen Einspruch erneuere ich heute, nicht mit den Waffen in der Hand, aber sicherlich mit einer Entschlossenheit, die nicht geringer ist, indem ich — wenn möglich — mit noch größerer Thatkraft, als bei den früheren Gelegenheiten meinen festen und unveränderlichen Beschluß bekräftige, mit Hilfe Gottes meine Rechte in aller ihrer Unversehrtheit aufrecht zu erhalten und mich niemals auf eine Verzichtleistung oder einen Vergleich irgend einer Art einzulassen. Meine Rechte, welche mit denen Spaniens verschmolzen sind, wurden nicht weniger mit Füßen getreten durch die Anwesenheit eines Prinzen oder einer Prinzessin, der unbewußten Werkzeuge der Revolution auf dem Throne, als durch die Ausrufung der Republik; und um sie auf die wirksamste Weise zur Geltung zu bringen, werde ich immer ohne Zögern meinen Weg verfolgen, und ich werde das mir von der Pflicht vorgeschriebene Verfahren wählen. Spanier! Jahre, entfernt von euch unter Bitternissen zugebracht, Jahre, während welcher mein Herz immer in den von eurer Tapferkeit und den von euren Vorfahren unsterblich gemachten Oertlichkeiten gelebt hat, haben mich die Erhabenheit eurer Beständigkeit gelehrt. Auf die rührenden Kundgebungen der Treue, die ihr mir unaufhörlich zukommen lasset, kann ich nicht besser antworten, als daß ich von Neuem mit dem gegenwärtigen Einspruch die unzerstörbaren, uns einander verknüpfenden Bande besiegle und euch versichere, daß bis zum letzten Athemzug das Leben eures rechtmäßigen Königs euch voll angehört.

Luzern (Schweiz), 20. Mai. Carlos.

Großbritannien.

A. C. London, 21. Mai. [Die politische Lage] hat während der letzten Tage keine wesentliche Veränderung erfahren. Die Parnelliten und liberalen Homeruler sind noch immer hoffnungsvoll und es wird viel von der Wahrscheinlichkeit einer gütlichen Beilegung der Parteidifferenzen gesprochen, obwohl nichts vorliegt, was diese Ansicht begründen könnte. Die Haltung Chamberlain's, Lord Hartington's und der hervorragenderen dissentirenden Liberalen bietet sehr wenig Grund für die Annahme, daß deren Opposition durch eine Verpflichtung Seitens der Regierung, die Homerule-Vorlage nach erfolgter zweiter Lesung zurückzuziehen, bewältigt werden wird. Nur wenige Anhänger Gladstone's glauben an die Möglichkeit einer Aussöhnung, soweit die Exminister in Betracht kommen. Die Regierung setzt ihre Hoffnung lediglich auf die weniger bekannten liberalen Unterhausmitglieder, und behufs Lostrennung einer hinreichenden Anzahl derselben von dem Gros der Dissidenten werden jetzt Unterhandlungen gepflogen. Inzwischen macht sich der von den localen liberalen Vereinen ausgeübte Druck hier und da schon fühlbar. Diese Vereine fassen Resolutionen, die das Vertrauen in die Regierung ausdrücken, und senden Abschriften derselben an ihre Vertreter im Unterhause mit dem dringenden Ersuchen, die Homerule-Vorlage zu unterstützen. Mehrere zur Fraction Chamberlain's gehörige Abgeordnete haben bereits erklärt, daß sie für die zweite Lesung der Bill stimmen wollen, falls dieselbe darauf unverzüglich zurückgezogen wird, und die Anhänger des Premiers hegen die Zuversicht, daß vor dem Schlusse der Debatte dieses Beispiel viele Nachahmer finden werde. — In der jüngsten Sitzung des Rathes des Verbandes der liberalen und radicalen Vereine Londons wurde auf eine Behauptung Bezug genommen, daß Mr. Chamberlain das Ersuchen des Lordkanzlers, ihm eine Unterredung über die irische Frage zu gewähren, kurzweg abgeschlagen habe. Darum ersucht, jene Behauptung zu dementiren, hat Mr. Chamberlain folgendes geantwortet:

„Ich bin im Besitz Ihres Schreibens vom 17. d. Mts., in welchem Sie mich ersuchen, eine einfältige anonyme Schmähung zu dementiren, eine von den hunderten, welche in dieser Zeit der politischen Erregung in Menge von Zeitungscorrespondenten erfunden werden. Ich glaube nicht, daß ich es in irgend einem Falle der Mühe werth halten würde, von solch' einer Verleumdung Notiz zu nehmen; noch weniger aber bin ich dazu geneigt, um die Gunst der Herren, welche der Sitzung des Rathes des Verbandes der liberalen und radicalen Vereine Londons beiwohnten, zurückzugewinnen. So lange ich im öffentlichen Leben bin, habe ich mich bemüht, der radicalen Sache loyal zu dienen; dennoch gilt das alles für nichts, weil ich nicht im Stande bin, im Augenblick hinsichtlich einer Frage, welche unerwartet aufgeworfen ist, alles, was ich früher über den Gegenstand gedacht habe, hinunterzuschlucken. Ich bewundere die für alles Raum habende Verdauung der Herren, welche dem in Rede stehenden Meeting beiwohnten. Wahrscheinlich haben sehr wenige von ihnen die Vorlagen gelesen, welche sie jetzt unterstützen, und kaum Einer von ihnen würde diese Vorschläge auch nur einen Augenblick beachtet haben, wenn sie von einem weniger hervorragenden Manne als Mr. Gladstone ausgegangen wären. Nach dem Schauspiel der Inconsequenz und Unduldsamkeit, welche das Meeting bot, kann es auch nicht mehr überraschen, daß die Metropole, welche ein Bollwerk des Liberalismus sein sollte, in großer Mehrzahl conservative Abgeordnete wählte."

Wahrscheinlichkeit, daß die meisten derartigen Verhältnisse reiner Natur sind, doch für den einzelnen Fall noch nichts beweisen.

Ja, gerade der Umstand, daß in unserem Roman diese Grenze von dem Helden nicht innegehalten wird, wäre die gefährlichste Waffe in den Händen des Staatsanwalts geworden. Was mag sich wohl unser Dichter Paul Heyse denken, wenn er diese Stelle in der Nationalzeitung liest und sieht, zu welcher Bedeutung ein fremder Autor von einem unserer bedeutendsten Kritiker hinaufgeschraubt wird? Kein preußischer Richter hätte es gestattet, dem Werke eines bei uns gerade nach einer gewissen Seite hin in nicht besonders gutem Geruche stehenden Schriftstellers den Werth eines amtlichen Actenstückes beizumessen. Hätte man überhaupt in dieser so heiklen Frage auf einen Romanschriftsteller recurriren wollen, so hätte es doch viel näher gelegen, Paul Heyse anzuführen. Hat Zabel vielleicht einmal gelesen, daß Heyse einen Roman, „Im Paradiese" betitelt, geschrieben? Hier wird auch das Verhältniß eines Bildhauers zu seinem Modell, einem jungen Mädchen von selten vollendetem Körperbau, geschildert. Sie liebt ihn leidenschaftlich, aber er ahnt es gar nicht. Sie befriedigt seinen künstlerischen Formensinn, läßt aber Herz und Sinnlichkeit kalt. Auch hier sind die Grenzen zwischen dem Sinnenleben des Mannes und dem Phantasieleben des Künstlers deutlich erkennbar, nur mit dem Unterschiede, daß sie von dem Helden heilig gehalten werden.

Zola mochte wohl fühlen, daß diese bequeme, oben näher charakterisirte Art, das streng wissenschaftliche Problem der Vererbung zu lösen, etwas zu oberflächlich sei. Die „lésion organique", des Stammvaters des Geschlechts, mußte doch auch an unserem Helden irgendwie zu Tage treten. Da führt er denn ganz einfach das künstlerische Unvermögen des Malers Claude Lantier hierauf zurück. Er besitzt zwar die Fähigkeit, einzelne Skizzen mit vollendeter Meisterschaft zu malen, aber die Composition eines größeren Gemäldes, das ihn zum unbestrittenen Haupte der neuen Schule machte, will ihm nicht von der Hand. „Weißt Du, Alter", läßt Zola ihn zu Sandoz sagen, „wenn einer von jenen Jungens (er meint die im Louvre nach classischen Vorbildern arbeitenden Akademiker) einen Körper malt, wie den da, so soll er heraufkommen und mir ihn zeigen." „Mit seinem Pinsel deutete er nach einer Actstudie, welche neben der Thür hing. Sie war mit magistraler Kraft gemalt. Daneben hingen noch ein paar Fragmente, ein Kinderfuß von ungemein zarter Naturschönheit und besonders ein Frauenleib, so wahr, so lebend, als athme das Blut unter der seidenweichen Haut. In seinen muthigen Stunden war Claude stolz auf diese Blätter, die einzigen, die ihn befriedigten, Studien, die ein hochbegabtes Talent ahnen ließen, das jedoch eine plötzliche, unerklärliche Ohnmacht in seinem Aufschwung hinderte." Seine theoretischen Anschauungen von der Kunst decken sich vollkommen mit denen seines literarischen Freundes. Beide fühlen in sich die Kraft und den Beruf, den Kampf mit den Romantikern aufzunehmen. Für sie haben die von den großen Vorbildern überlieferten Regeln keine Geltung. Sie wollen keinen Unterschied von Schön und Häßlich, von Wesentlichem und Unwesentlichem. Nichts soll zu klein, zu unbedeutend sein, um nicht ein Object der Kunst zu bilden. Lantier spricht sich daher auch leidenschaftlich gegen das Arbeiten im Louvre aus. „Lieber schnitte er sich die Hand ab", erklärte er, „ehe er sich dort noch einmal den Blick fälschte mit Copien, welche zu nichts dienen, als die Welt, in der wir leben, dem Auge zu entrücken. Ist ein Bündel Rüben, ja wohl, ein Bündel Rüben, direct nach der Natur studirt, nicht mehr werth, als all' die Pinseleien der Akademiker? Der Tag wird kommen, wo eine einzige originell gemalte Rübe eine Revolution in der Kunst hervorrufen kann!" Er erkennt nur zwei an, Delacroix und Courbet, alle anderen sind nach ihm Stümper. „Nicht wahr", ruft er aus, „der alte romantische Löwe, wie stolz der einherschreitet! Das war ein Decorateur, dessen Töne wie in ein Feuermeer getaucht erschienen. Und welch' eine Arbeitskraft! Er hätte die Mauern von ganz Paris bemalt, wenn man sie ihm gegeben; seine Palette kochte und schäumte über. Ich weiß wohl, es war nur Gaukelspiel, aber immerhin, wir brauchten das, um einen Feuerbrand in die Akademie zu werfen.... Dann kam der Andere, ein gründlicher Arbeiter, der recht eigentlich typische Maler unseres Jahrhunderts; und dabei ist er durchaus classisch, was nicht einer von jenen Cretins merkte. Sie schrieen über Entweihung, Realismus, während jener berühmte Realismus nur in den Sujets lag; die Auffassung blieb die der alten Meister, und die Mache, die unserer Schaustücke in den Museen.... Beide, Delacroix und Courbet, sind zu ihrer Zeit gekommen. Sie haben jeder einen Schritt vorwärts gethan, und jetzt ... o jetzt! brauchen wir etwas Anderes. Wenn ich wüßte, wenn ich könnte, dann wäre ich groß. Ja, dann gäbe es nur mich allein!... Vielleicht brauchen wir Sonne, weißt Du, wir brauchen den freien Himmel, eine klare, frische Malerei, Wesen und Dinge, wie sie sich im reinen Lichte darstellen, mit einem Wort, wir brauchen — ich vermag's nicht zu sagen — unsere eigene Malerei, die Malerei, die unseren heutigen Anschauungen entspricht."

Diese unklaren Anschauungen des Malers in Beziehung auf die Ziele seiner Kunst, sein Tasten und Suchen, dies unbestimmte Bewußtsein, daß etwas Neues das Alte ersetzen müsse, und doch dabei seine Unfähigkeit, das ins Leben zu zaubern, was ihn und die heutige Welt ganz und voll befriedigte, bereiten uns auf sein schließliches Mißlingen vor. Wir ahnen, daß wir ein verfehltes Künstlerleben vor uns haben. Eine bestimmte Vorstellung, eine ausgesprochene Idee hat er wohl. Helle Farben will er in der Malerei und strahlenden Sonnenschein. Darum nennt er auch das erste große Gemälde, an dem er augenblicklich arbeitet: „En plein air" — „Unter freiem Himmel". „Es war eine fünf Meter lange, drei Meter hohe Leinwand; sie war ganz übermalt, aber erst wenige Partien traten vollständig ausgearbeitet aus dem rohen Entwurf hervor. Dieser wie in einem Athem hingeworfene Entwurf aber war von prachtvoll kühner Kraft, von einem heiß pulsirenden Farbenleben. In eine von dichten Gebüschwänden umschlossene Waldeslichtung brach voll das Tageslicht; links bog eine dunkle Allee ein, mit einem hellen Lichtpunkt ganz in der Ferne. Mitten in dem junigrünen Grase lag, einen Arm unters Haupt gelehnt, mit schwellender Brust eine nackte Frau; sie lächelte mit geschlossenen Wimpern, ihr Leib badete in dem goldenen Strom der Sonne. Im Hintergrunde rangen zwei ebenfalls nackte, kleinere Frauengestalten scherzend mit einander, die eine blond, die andere brünett, und ihre rosigen Körper hoben sich wunderbar von den grünen Tönen der Blätter ab. Und da der Maler im Vordergrund eines dunklen Gegensatzes bedurfte, hatte er sich einfach geholfen, indem er dort einen Mann in einem Sammetrock hingesetzt. Der Mann drehte dem Beschauer den Rücken, man sah von ihm nur die linke Hand, auf die er sich im Grase stützte." Vom Standpunkt der Farbenwirkung ein Gemälde ersten Ranges; die freundliche Frische des Tones der Hand bildete einen höchst glücklichen Effect in dem grünen Grase, die Schwärze des Rockes machte sich so intensiv geltend, daß die beiden Silhouetten im Hintergrunde weit in die leuchtende Halle des Plans zurücktraten; die in höchster Formenvollendung dargestellte ruhende Frauengestalt schwamm wie ein nebelhaftes Traumbild über dem Rasen, eine aus der Erde geborene Eva; aber vom Standpunkt der Composition vollkommen verfehlt. Der Architekt Dubuche giebt daher auch ganz richtig sein Urtheil dahin ab, daß die große Masse kein Verständniß für das Gemälde haben werde. „Was soll der vollständig bekleidete Mann zwischen den nackten Frauengestalten? Man wird es einfach unanständig finden." Der Erfolg war wie vorauszusehen. Die Jury des officiellen „Salons" nahm es nicht an, und auch in dem „Salon der Zurückgewiesenen" (des Refusés), den die Regierung zur Aufmunterung der jungen talentvollen Neuerer veranstaltete, erzielte es nur einen ungeheuren Lacherfolg.

„Beleibte Männer lachten mit volltönendem Baß, zähnefletschend knirschten und quiekten die Mageren, die Frauen trillerten dazwischen. Andere legten sich über die rings um den Saal laufende Brustwehr, als habe man sie in die Seite gekitzelt. Eine Dame ließ sich auf eine Bank fallen und preßte ihr Schnupftuch auf den Mund, um wieder zu Athem zu kommen. Es war namentlich das Sujet, welches die Heiterkeit des Publikums hervorrief, es fand dasselbe sinnlos und zum todtlachen närrisch. Immer dichter regneten die Witzworte: „Der Frau ist zu heiß und der Mann hat sich einen Sammet-Paletot angezogen, damit er keinen Schnupfen kriegt." Die bläulichen Lichtreflexe der in das Waldesdunkel hereinfallenden Strahlen veranlassen einen Andern zu dem Ausruf: „Aber nein, sie ist ja schon blau; der Mann hat sie aus dem Morast gezogen, hält sich die Nase zu und ruht sich aus." — „Große Wäsche stellt's vor; die Frauen sind blau, die Bäume sind blau, er hat das ganze Bild geblaut." — „Höflich ist der Herr nicht, er könnte uns wohl sein anderes Gesicht zeigen." — „Ich sag' Ihnen, das ist ein Mädchenpensionat auf einem Spaziergange im Walde; die beiden Kleinen spielen Bockspringen." — Wenn man diese ohne Wahl aufgegriffenen Aeußerungen des Pöbels liest, — denn augenscheinlich hat sie Zola, ganz so wie oben erwähnt, an Ort und Stelle zu späterer Verwerthung notirt, — muß man sich fragen: Hat der Autor nicht die Verpflichtung, eine Auslese aus dem, was er sieht und hört, zu halten, bevor er es dem Publikum in der Form eines Romans auftischt? Darf er thatsächlich so hart die Grenzen des Erlaubten streifen? Glaubt er wirklich seine Leser für derartige Trivialitäten zu interessiren? Und wenn er es für seine heilige Pflicht hält, ein Document in seiner Erzählung niederzulegen, denn diesen Anspruch erhebt er ja ganz besonders, ein Document von dem Leben und Treiben des Volkes, warum hält er hier ein? Wenn schon, denn schon! Mir scheint es nicht wahrscheinlich, daß er nicht noch stärkere Ausdrücke gehört hat. Doch wohl, weil er selbst fühlt, daß alles eine gewisse Grenze hat. Darum hat die Kritik entschieden Recht, wenn sie ihn auffordert, diese Grenze doch noch etwas enger zu ziehen, als er es beliebt. Soll denn die Detailmalerei noch tiefer herabsteigen? Allerdings werden wir auch in Zola's „l'Oeuvre" von der üblichen Zola'schen Kraftbrühe nicht verschont, sie wird nur seltener und in kleineren Dosen aufgetischt als in „Nana". Dieser Roman ist und bleibt doch das unerreichte Vorbild in diesem Genre. Die 116. Auflage, die dieses Buch schon gegen Ende 1882 erreicht hatte, wird keins der folgenden mehr erleben.

(Fortsetzung folgt.)

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 25. Mai.

Der Versuch, einen Wohnungs-Inhaber durch Entfernung von Thüren oder Fenstern aus dessen Wohnung zum Verlassen derselben widerrechtlich zu zwingen, ist nach einem Urtheil des Reichsgerichts, III. Strafsenats vom 18. März 1886, als Nöthigungs-Versuch aus §§ 240, 44 Strafgesetzbuchs zu bestrafen, auch wenn der Inhaber keinen Widerstand geleistet hat. — Der Hauseigenthümer B. war mit seinen Miethern, den Eheleuten K., in Streit gerathen. Als eine Exmissionsklage des B. ohne Erfolg blieb, beseitigte B. eine Thür der K.'schen Wohnung, um durch den dadurch entstandenen Zug die Eheleute K. zum Ausziehen zu veranlassen. Wegen Nöthigungs-Versuch angeklagt, wurde er von der Strafkammer freigesprochen, weil ein Widerstand seitens der K.'schen Eheleute nicht vorgelegen. Auf die Revision des Staatsanwalts hob das Reichsgericht das Urtheil auf und verwies die Sache an die Strafkammer zurück zur thatsächlichen Feststellung, ob die Entfernung der Thür in Wirklichkeit auf die anwesenden Miether eine Nöthigung, die Wohnung zu verlassen, ausgeübt hat. „Schon das Urtheil des Reichsgerichts vom 5. Januar 1881", führt das Reichsgericht aus, „verlangt keineswegs, daß der Gewalthandlung von Seite des zu Nöthigenden Widerstand entgegengesetzt werde; es wird vielmehr für genügend erachtet, wenn die Gewalt an Sachen unter Umständen vorgenommen wird, welche in der Gewalthandlung eine indirecte Bedrohung mit persönlicher Gewalt erkennen lassen, und die späteren Entscheidungen des Reichsgerichts, welche sich auf Thatbestände beziehen, die mit dem vorliegenden Falle mehr Aehnlichkeit haben, legen das Hauptgewicht auf die Frage, ob durch die zunächst an Sachen verübte Gewalthandlung bezw. als Folge derselben eine derartige Einwirkung auf die Person des zu Nöthigenden bezweckt und geübt wird, daß dieselbe einer unmittelbaren Gewaltanwendung gleichzuachten; die Frage also, ob durch jene Gewalt ein etwaiger Widerstand in gleicher Weise gebrochen oder verhindert werden wollte, wie wenn die Gewalt unmittelbar an der Person verübt werden würde. Hiernach kann, insbesondere wo es sich um Versuch der Nöthigung handelt, nicht die Leistung wirklichen Widerstandes verlangt werden, und wenn der erste Richter die Freisprechung darauf gründet, daß ein Widerstand seitens der K.'schen Eheleute nicht vorgelegen, so ist dieser Entscheidungsgrund seinem Wortverstande nach rechtsirrthümlich."

— Aus **Hirschberg** wird uns geschrieben: „Auf der Tagesordnung der auf den 28. d. Mts. anberaumten Sitzung der Stadtverordneten steht u. A. ein Magistrats-Antrag auf Bewilligung von 1000 Mark Kosten für die Ausarbeitung des Projectes eines städtischen öffentlichen Schlachthauses angesetzt. Wenn dieser Antrag angenommen wird — was unzweifelhaft erscheint — so wird damit ein sehr wichtiger Schritt zur Erfüllung eines seit vielen Jahren allgemein gefühlten Wunsches geschehen. Die Frage nach einem für das Schlachthaus geeigneten Platze dürfte, da an unserer Stadt zwei Flüsse ganz nahe vorüberfließen, auf keine Schwierigkeiten stoßen." Glückliches Hirschberg!

— Zum Zwecke der Herstellung einer Specialkarte des **oberschlesischen Bergreviers** wird, dem „Oberschl. Wand." zufolge, der Geometer **Scholz** vom hiesigen königlichen Oberbergamt in nächster Zeit im Kreise Gleiwitz Vermessungen vornehmen.

---

* **Von der Universität.** Seitens der Geistlichkeit der hiesigen St. Elisabeth-Kirche sind an Studirende der evangelischen Theologie, welche in Breslau geboren sind, folgende **Stipendien** zu vergeben: 1) das Kuntze'sche Legat an vier Studirende im Betrage von je 22 M.; 2) das Herrmann'sche Legat im Betrage von 17,50 M. Bewerbungen sind bis zum 1. Juni cr. an den Senior von St. Elisabeth Neugebauer und den Subsenior Schultze zu richten. — Zur Ablegung der an hiesiger Universität (Landwirthschaftliches Institut) eingerichteten **landwirthschaftlichen Abgangsprüfung**, welche abweichend von der größeren Prüfung für Lehrer an landwirthschaftlichen Instituten nur ein zweijähriges landwirthschaftliches Studium voraussetzt und unter dieser Voraussetzung alle überhaupt immatriculirten Studirenden auf Grund des Prüfungsregulativs als Examinanden zuläßt und welche den Zweck hat, den qu. Studirenden einen documentirten Nachweis über die sich angeeigneten landwirthschaftlichen Kenntnisse zu gewähren, soll gegen den Schluß des gegenwärtigen Semesters, in der zweiten Hälfte des Monats Juli cr., wiederum Gelegenheit geboten werden. Die Meldungen der Candidaten um Zulassung zur Prüfung haben bis spätestens 15. Juni cr. zu erfolgen. Alles Nähere hierüber wie über alle sonstigen Verhältnisse der Prüfung ist aus dem erwähnten Prüfungs-Regulativ zu entnehmen, das auf dem Bureau des Assistenten des landwirthschaftlichen Instituts, Herrn **Lang**, Matthiasplatz Nr. 5, in einer Druckschrift unentgeltlich in Empfang genommen werden kann.

* **Vom Stadttheater.** Aus dem Bureau des Stadttheaters wird uns geschrieben: **Repertoire-Entwurf** bis zum 31. Mai: Mittwoch, 26. Mai: „Arabella Stuart" von R. v. Gottschall. — Donnerstag, 27.: Letztes Auftreten von Frau **Riemenschneider** und Frau **Sonntag-Uhl**: „Der Troubadour". — Freitag, 28.: Vorletzte Schauspiel-Vorstellung: „Bürgerlich und romantisch." — Sonnabend, 29., neu einstudirt: „Der schwarze Domino" von Auber. — Sonntag, 30.: Extra-Bons-Vorstellung und letzte Schauspiel-Vorstellung: „Minna von Barnhelm." — Montag, 31.: Letzte Vorstellung: „Der schwarze Domino".

* **Verein für Geschichte der bildenden Künste.** Donnerstag, den 27. d. Mts., wird in der alten Börse Kunsthändler Richter Die Königliche Gemäldegallerie, Pinakothek, Radirungen von Professor Raab; Pariser Salon, Malerei der Gegenwart; Berliner Jubiläums-Ausstellung, Heft 1, auslegen.

M. **Das Comité zur Errichtung eines Scheffel-Denkmals,** an dessen Spitze der Landtagsabgeordnete A. Mays als Vorsitzender steht, erläßt einen Aufruf an die hiesige Studentenschaft, die Ehrenschuld an den jüngst verstorbenen Dichter durch freiwillige Beiträge abtragen zu helfen. Die Bank von Köster in Mannheim, Heidelberg und Frankfurt a. M. ist beauftragt, Einsendungen für den Denkmalfond entgegen zu nehmen. Ein ähnlicher Aufruf ist von dem Ausschuß der studentischen Corporationen zu Heidelberg unterzeichnet. In demselben werden die Commilitonen an die Beliebtheit Scheffel's und seiner Lieder gerade in studentischen Kreisen erinnert und aufgefordert, durch Beiträge zu einem würdigen Denkmal die Pflicht der Dankbarkeit gegen diesen Lieblingssänger der akademischen Jugend zu erfüllen.

* **Grabdenkmal für Hedwig Prohl.** Ein Comité hiesiger Damen beabsichtigt, der am 12. Februar cr. hierselbst verstorbenen Schriftstellerin Hedwig **Prohl** ein Grabdenkmal zu errichten, dessen Kosten durch öffentliche Beiträge bestritten werden sollen. Bei den Verdiensten, welche sich die Dahingeschiedene, besonders um die Jugend, erworben hat, ist die Hoffnung, daß sich die allgemeine Zuneigung und Anerkennung durch eine rege Betheiligung bei dem erwähnten Unternehmen bekunden wird, nicht unberechtigt. Das Comité wird, wie wir vernehmen, in den nächsten Tagen Weiteres veröffentlichen.

p. **Vom königlichen Amtsgericht.** Nach einer Bekanntmachung des aufsichtführenden Richters des königlichen Amtsgerichts können Zahlungen an die Kasse des Amtsgerichts werktäglich nur in der Zeit von 8—1 Uhr Vormittags und von 3—4 Uhr Nachmittags, und zwar nur gegen eine gemeinschaftliche Quittung folgender Beamten giltig geleistet werden: I. betreffs der zur Hauptkasse zu zahlenden Gelder: a. von dem Rendanten, Rechnungsrath **Geyer**, und b. von dem Hauptkassen-Controleur **Pohl**. — II. betreffs der Buchhalterei I des Einziehungsamtes: a. von dem Kassirer **Teichmann** als Einnehmer und b. von dem Kassen-Assistenten **Knappe** als Controleur. — III. betreffs der Buchhalterei II des Einziehungsamtes: a. von dem Controleur **Winke** als Einnehmer und b. von dem diätarischen Kassen-Assistenten **Grond** als Controleur. — IV. betreffs der Buchhalterei III des Einziehungsamtes: a. von dem Controleur **Ardelt** als Einnehmer und b. von dem diätarischen Kassen-Assistenten **Diedicke** als Controleur.

=ββ= **Klassensteuer-Reclamation.** Die Reclamationsfrist gegen die Veranlagung der Klassensteuer pro 1886/87 läuft mit dem 2. Juni ab. Anträge auf Steuerermäßigung oder -Befreiung müssen daher bis zu dem gedachten Tage beim Magistrat eingereicht resp. Abends 6 Uhr desselben Tages bei der Rathhaus-Inspection abgegeben werden.

—d. **Bezirksverein für den östlichen Theil der innern Stadt.** Die Versammlung vom 24. d. M. eröffnete der stellvertretende Vorsitzende, Kaufmann **Sckeyde**, mit der Mittheilung eines Schreibens des Magistrats, in welchem derselbe erwidert, daß er die vom Verein bezeichneten Uebelstände an der Passage an den kleinen Fleischbänken der Langeholzgasse und Kupferschmiedestraße als thatsächlich vorhanden anerkannt und in Folge dessen dieselben dadurch vollkommen beseitigt habe, daß die Fahrwege an den in Betracht kommenden Trottoirbegrenzungen entsprechend höher asphaltirt worden seien. Hierauf entwickelte Herr Dr. **Hübner** in einem längeren Vortrage die allgemeinen Gesichtspunkte über Krankheitsursachen und Krankenpflege und erläuterte zum Schluß die Herstellung des „Kefir", über dessen Schmackhaftigkeit zu urtheilen die Anwesenden dadurch in den Stand gesetzt wurden, daß ihnen mehrere Flaschen dieses Getränkes zum Kosten gegeben wurden. Die Versammlung bekundete dem Redner ihren Dank durch Erheben von den Plätzen. Nach der Ergänzungswahl des Vorstandes hat sich derselben folgender Weise constituirt: Kaufmann **Sindermann** Vorsitzender, Kaufmann J. **Sckeyde** stellvertretender Vorsitzender, Eisenbahn-Secretär **Klinner** Schriftführer, Kaufmann W. **Bergmann** stellvertretender Schriftführer, Kaufmann **Jungnikel** Kassirer und Kaufmann **Fiebag** stellvertretender Kassirer. Wie der Vorsitzende ferner mittheilt, haben bereits 400 Mitglieder des Vereins ihren Beitritt zu der vom Verein zu errichtenden Sterbekasse erklärt. Im nächsten Monat solle eine Generalversammlung der Mitglieder der Sterbekasse, der auch die Frauen der Vereinsmitglieder beitreten können, stattfinden.

p. **Arbeiter-Versammlung.** Am gestrigen Abend versammelten sich die Stellmacher und Wagenbauer im Saale des Locals „zum goldenen Zepter" auf der Klosterstraße. Das Thema der Tagesordnung lautete: „Die Bedeutung und Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation." Ein besonderer Referent war nicht namhaft gemacht. Nach Constituirung des Bureaus ertheilte der Vorsitzende, Stellmacher **Kalupke**, zunächst dem Stellmacher **Hentschel** das Wort. Wie bekannt — begann derselbe — habe hier kurz vor Pfingsten v. J. eine Versammlung stattgefunden, in welcher College **Franke** und der Schmied **Peter** als Delegirte der Breslauer Berufsgenossen zu dem nach Magdeburg einberufenen Congreß der deutschen Stellmacher und Schmiede deputirt wurden. Leider habe Franke vergessen, den Collegen mitzutheilen, was auf dem Congreß berathen und beschlossen worden sei. Ihm — dem Redner — scheine es, als habe Franke dies deshalb unterlassen, weil er glaubte, in seiner Arbeit sich schädigen zu können. Es sei nunmehr hohe Zeit, sich gewerkschaftlich zu organisiren. Die gewerkschaftliche Vereinigung habe den Zweck, durch gegenseitige Unterstützung die Interessen der Berufsgenossen zu fördern. Man müsse sich endlich aufraffen und der heutigen Productionsweise entgegen arbeiten. Der Lohn sinke von Jahr zu Jahr. Es liege dies an den Maschinen, durch welche der Arbeiter ausgebeutet werde. Der Arbeiter habe ferner noch gegen den alten Zunftzopf zu kämpfen. Wenn das so weiter fortgehe, sinke man zum Bettler und noch tiefer hinab. Nach diesem Redner sprach der Schmied **Peter**. Derselbe gab einen kurzen Abriß der seitherigen gewerkschaftlich organisatorischen Bestrebungen der Stellmacher und Schmiede. Auf dem Congreß zu Magdeburg sei beschlossen worden, daß sich die Stellmacher und Schmiede in kleineren Orten zusammen als Wagenbauer, in großen Städten aber getrennt, jedoch mit demselben Statut, organisiren. Vorort für die Schmiede sei Berlin, für die Stellmacher und Wagenbauer Hamburg. Das auf dem Congreß ausgearbeitete Statut sei erst nach längerer Zeit polizeilich genehmigt worden; es habe zwei mal abgeändert werden müssen. Hierbei habe man es aber nicht bewenden lassen können. Eine General-Versammlung in Berlin habe ein neues besseres Statut ausgearbeitet, das nunmehr dem Präsidium in Berlin zur Genehmigung vorliege. Redner verlas demnächst das alte und das neue Statut, und knüpfte daran die Aufforderung, die Organisation der Stellmacher energisch zu betreiben. Erfolge seien natürlich nur möglich, wenn die Herren, welche die Sache in die Hand genommen, von den Berufsgenossen unterstützt würden. Demnächst wies der Stellmacher **Franke** die gegen ihn gemachten Angriffe zurück. Ein älterer Arbeiter sprach dann für die alte Zunftordnung. Er habe etwas von „Zunftzopf" reden gehört. Die heutigen jungen Leute wüßten von damals nichts, können also auch darüber nicht reden. Die Zunft vor 50 Jahren, das sei noch eine Vereinigung gewesen, der jetzige Verein sei gar nichts. Ihm antwortete außer Anderen der Maurer **Conrad**: Wenn der alte Herr für den Zunftzopf eintrete, so möge er nur seinen alten Weg wandern, da werde er schon in den Sumpf gerathen. Mit der ehrbaren Zunft sei es vorbei. Heute heiße es, wer was leisten kann, der ist der Mann. Im Uebrigen gehöre das gar nicht hierher. Es handle sich heute um die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung. Es sei tief zu bedauern, daß die Versammlung nicht besser besucht, daß so wenig Interesse bei den Breslauer Stellmachern sei. Der Aufruf an den Anschlagstafeln habe wahrscheinlich Manchen „verschnupft", und die Betreffenden ziehen es vor, in der Giftbude zu sitzen und ihren Schnaps zu schlürfen. Um so mehr seien die zu bedauern, welche es versuchen, diese stupide Gesellschaft emporzuziehen. Vor allen Dingen handle es sich darum, die Mißstände des Berufes aufzudecken und in Erfahrung zu bringen, wie es mit dem Beruf eigentlich steht. Es müßten zunächst die Lohnverhältnisse statistisch festgestellt und der Oeffentlichkeit bekannt gegeben werden. Leider habe die heutige Versammlung ihren Zweck verfehlt. Mögen die Stellmacher dafür sorgen, daß die nächste Versammlung zu organisatorischer Arbeit fähig sei! — Was nun noch folgte, war ein Hin und Wider von Angriffen gegen den Stellmacher Franke und von Entgegnungen desselben. Gegen 11 Uhr wurde die Versammlung geschlossen. Ueber das Thema der Tagesordnung ist somit nur wenig gesprochen worden.

* **Ortskrankenkasse für das Transportgewerbe.** Nachdem das Statut der „Borussia", Ortskrankenkasse für das Transportgewerbe, unterm 7. Mai d. J. die Genehmigung des Bezirksausschusses erhalten hat, werden seitens des Magistrats die von hiesigen Gewerbetreibenden beim Baggereibetriebe, gewerbsmäßigen Fuhrwerks-, Binnenschifffahrts-, Flößerei-, Prahm- und Fährbetriebe, sowie beim Gewerbebetriebe des Schiffsziehens (Treidelei) beschäftigten versicherungspflichtigen Personen, sowie die Arbeitgeber aus den bezeichneten Gewerben, welche versicherungspflichtige Personen beschäftigen, zur Vornahme der Wahlen von Vertretern für die Generalversammlung, und zwar: a. die **Arbeitnehmer** zur Wahl von 19 Vertretern und 19 Ersatzmännern auf Mittwoch, den 2. Juni d. J., Nachmittags 3 Uhr, b. die **Arbeitgeber** zur Wahl von 9 Vertretern und 9 Ersatzmännern auf denselben Tag, Nachm. 4 Uhr, in den kleinen Saal der Breslauer Actienbierbrauerei (vormals **Wiesner**), Nicolaistraße 27, geladen. Wahlberechtigt und wählbar sind Versicherungspflichtige bezw. deren Arbeitgeber, welche großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind. Die Wahl der Vertreter der Arbeitnehmer kann nur aus der Mitte der letzteren erfolgen, wogegen Arbeitgeber jede andere wählbare Person zu ihrem Vertreter wählen können. Zum Wahl-Commissarius ist Herr Magistrats-Secretär **Scholz** ernannt worden.

\+ **Besitzveränderung.** Das in der Nähe von Breslau belegene Freigut Zedlitz ist aus dem langjährigen Besitze des Gutsbesitzers und Lieutenants a. D. **Mindner** zu dem Kaufpreise von 200 000 M. in den des Rentier **Holländer** aus Newyork übergegangen.

—ϱ **Unglücksfälle.** Der auf der Ernststraße wohnende Arbeiter Franz **Hancke** sprang, weil er einen eiligen Auftrag erledigen wollte, von einem in Bewegung befindlichen Wagen herab und stürzte hierbei derartig auf das Straßenpflaster, daß er mit gebrochenem linken Beine liegen blieb. — Die gleiche Verletzung erlitt der Müllermeister August **Pawollek** aus Tschirne, Kreis Breslau, welcher auf der Straße ausglitt, unter die Räder seines Wagens fiel und überfahren wurde. — Durch einen unglücklichen Fall auf das Straßenpflaster zog sich der 15 Jahre alte Kellnerbursche Fritz **Raschke** auf dem Tauentzienplatze einen Bruch des rechten Fußgelenkes zu. — Als der 16 Jahre Arbeiter Johann **Schlegel** aus Prabotschine, Kreis Breslau, ein Gefäß mit Wasser ausgoß, benetzte er angeblich unabsichtlich die Bekleidung eines anderen jungen Burschen. Letzterer gerieth darüber derartig in Zorn, daß er sein Taschenmesser zog und es dem Arbeiter tief in den Rücken stieß, so daß es in der Wunde stecken blieb. Die verunglückten Personen sowie der schwerverletzte Arbeiter fanden Aufnahme im hiesigen Krankeninstitut der Barmherzigen Brüder. — Das auf der Bismarckstraße wohnende Dienstmädchen Anna **Weindok** beging die schon so oft gerügte Unvorsichtigkeit beim Feueranmachen Spiritus auf das Holz zu gießen. Das Mädchen mußte diese Unachtsamkeit hart büßen, denn die plötzlich zurückschlagende Flamme verbrannte ihr Gesicht, Brust und beide Arme in recht schlimmer Weise. Das verunglückte Mädchen wurde in die Kgl. chirurgische Klinik aufgenommen.

—ϱ **Zur Untersuchung gegen die Einbrecher Heimlich und Gen.** Durch die von seiten der Criminalpolizei angestellten weiteren Recherchen über das Treiben der verhafteten Einbrecherbande wurde ermittelt, daß die beiden Einbrecher **Heimlich** und **Kleinert** in der Nacht, in welcher sie den Einbruch in das Schwinge'sche Leihamt verübten, die geraubten Werthsachen und Gelder in die Wohnung der Prostituirten Emma Schreiber (Altbüßerstraße Nr. 23, 3 Treppen, bei Schuhmacher Westphal) gebracht und dort überzählt und geprüft haben. Die Schreiber erhielt ebenfalls einen Theil der Beute zugetheilt. Bei einer vorgenommenen Revision der Wohnung der Hehlerin wurden ein scharfgeschliffenes Stilet, eine Menge Posamentierwaaren, mehrere Paare E. N. gezeichneter weißer Strümpfe, ein A. U. 5 gezeichnetes weißes Taschentuch ꝛc. vorgefunden und beschlagnahmt. Ferner meldete sich heute eine Stickerin, welcher die Emma Schreiber kürzlich ein Dutzend weiße Handtücher, einen weißen, brauncarrirten Bettbezug, eine weiße Tischdecke und eine weiße Serviette zum Zeichnen übergeben hatte, und lieferte die Wäschestücke an das Sicherheitsamt ab. Dem Einbrecherconsortium sind bereits 20 schwere Einbrüche nachgewiesen. Da noch eine Menge gestohlener Sachen fehlen, so ergeht an alle Personen, die von den Einbrechern Heimlich, Kleinert, Wengierek, Neumann und Langkammer, bezw. der Emma Schreiber irgend welche Gegenstände gekauft ꝛc. haben, die Aufforderung, zur Vermeidung einer event. Anklage wegen Hehlerei schleunigst im Zimmer 12 des Sicherheitsamtes Anzeige zu erstatten.

\+ **Polizeiliche Meldungen.** Am 24. d. Mts., Abends 11 Uhr, versuchte der Dütenmacher Paul N. in der Nähe der Liebichshöhe seinem Leben durch einen Revolverschuß ein Ende zu machen. Der schwer Verwundete wurde nach dem Allerheiligen-Hospital geschafft. Das Motiv zu der That ist noch unbekannt. — Am 24. c. in der Mittagsstunde ertrank der Kanonier Franz **Pyrrek** beim Baden in der Oder am Bürgerwerder. Sein Leichnam ist bis jetzt noch nicht aufgefunden. — Am 23. d. M., Nachts 2 Uhr, ist der Eisenbahnarbeiter Paul **Bietze** von der Vincenzstraße in der Oder unweit des Gutsche'schen Schiffsbauplatzes am Zehndelberge ertrunken; auch dessen Leichnam ist bis jetzt noch nicht aufgefunden worden. — Am 22. c. wurde aus der Ohle bei Zedlitz der Leichnam eines ca. 30—35 Jahre alten Mannes gezogen. Der Unbekannte ist von kräftiger mittelgroßer Statur, hat blonde Haare und blonden Schnurbart und war mit schwarzem Stoffüberzieher, braunem Sommeranzug, Gamaschen und einem mit P. gezeichneten Hemd bekleidet. Der Leichnam des Unbekannten ist nach der Leichenhalle in Klein-Tschansch überführt worden. — Die Arbeitersfrau **Kottierra** von der Märkischen Straße verließ am 23. cr., früh 5 Uhr, ihre Wohnung, um eine Kanne Wasser herbeizuholen. Bei ihrer Rückkunft fand sie ihren $1\frac{1}{2}$ Jahr alten Sohn Fritz, welcher ohne Aufsicht zurückgeblieben war, in vollen Flammen stehend. Wie die Kleider dieses Kindes in Brand gerathen sind, ist bis jetzt noch nicht aufgeklärt. Der bedauernswerthe Kleine, welcher eine sehr bedeutende Verbrennung an der rechten Seite erlitten hat, mußte nach dem Allerheiligen-Hospital geschafft werden. — Ein Maurermeister auf der Claassenstraße übergab am 23. cr., Vormittags, seinem Comptoirschreiber Alfred **Schreiber** die Summe von 113 M. zur Ablieferung an ein Bankhaus am Ringe. Schreiber hat den Auftrag nicht ausgeführt, sondern ist mit dem Gelde flüchtig geworden. Der jugendliche Betrüger, der bisher auf der Louisenstraße wohnte, ist von mittelgroßer Statur und hat dunkelblonde Haare. Bei seinem Weggange war er mit grau- und schwarzgestreiften Hosen, braunem Rock und rundem Filzhut bekleidet. — Einem Uhrenfabrikanten vom Burgfelde wurden von einem seiner Gehilfen aus dem in der Königsstraße belegenem Geschäftslocale zwei goldene und zwei silberne Remontoiruhren und 3 goldene Herrenuhrketten im Gesammtwerthe von 544 Mark gestohlen. Der Dieb, der das Vertrauen seines Arbeitgebers in hohem Grade genoß, hatte Abends die Schlüssel des Geschäftslocals mit sich genommen und die Flucht ergriffen. Ein Packträger überbrachte am anderen Morgen dem Uhrenfabrikanten die Schlüssel, welche er auf dem Centralbahnhofe von einem jungen Manne zum Abtragen erhalten hatte. — **Gestohlen** wurden der 8 Jahre alten Tochter eines Handschuhmachers von der Schmiedebrücke durch eine unbekannte Frauensperson, welche das Mädchen in einen Hausflur auf der Salzstraße gelockt, die goldenen Ohrringe; einem Arbeiter von der Posenerstraße eine silberne Cylinderuhr mit der Fabriknummer 26 162 nebst Talmikette; der Frau eines Kaufmanns von der Gartenstraße ein werthvolles goldenes Medaillon mit Brillanten; der Frau eines Kaufmanns von der Ottostraße ein seidener Sonnenschirm. — **Gefunden** wurde ein Regenmantel, ein Packet mit Stickerei und Spitzen, ein goldenes schwarz emaillirtes Armband, ein silbernes Serviettenband, gravirt C. F., und ein silbernes Pince-nez. Vorstehende Gegenstände werden im Bureau Nr. 4 des Polizei-Präsidiums aufbewahrt.

⊠ **Sagan,** 23. Mai. [Das 25jährige Jubelfest] des hiesigen „Turn- und Feuerrettungs-Vereins" wurde mit dem ersten Gauturnfeste des Niederschlesisch-Lausitzer Grenz-Turngaues verbunden. Zur Vorfeier fand gestern Abend im Vereinslocale, dem Gasthofe „zum goldenen Frieden", ein Commers statt, bei dem 11 Mitbegründer als Jubilare gefeiert wurden. Am heutigen Festtage prangte die Stadt im Flaggenschmucke. Von den zur Theilnahme eingeladenen 9 auswärtigen Vereinen waren erschienen: Sprottau, Wiesau, Naumburg a. B., Christianstadt, Halbau, Hainau, Sorau und Seifersdorf. Gegen $12\frac{1}{2}$ Uhr machten sämmtliche Vereine von der Stadtwiese (städtische Turnhalle) aus einen Festzug nach dem Kornmarkte, woselbst Bürgermeister **Würfel** die Gäste im Namen der Stadt Sagan begrüßte und willkommen hieß. Darauf wandte sich Redner an den Jubel-Verein, um ihn officiell zu beglückwünschen und auf die vielen Verdienste, die er sich anerkanntermaßen im Feuerrettungswesen um die Commune schon erworben hat, hinzuweisen. Nach einem kurzen Rückblicke auf die geschichtliche Entwickelung der Turnerei schloß die Begrüßungsrede mit einem begeistert aufgenommenen dreimaligen Hoch auf den Kaiser. Die Musik intonirte die Nationalhymne. Nach einigen einleitenden Worten des Herrn Bürgermeisters wurde von Damen unter den Klängen des Präsentirmarsches eine von den Frauen und Jungfrauen des Verein gewidmete seidene Fahnenschleife überreicht. Die Sprecherin sagte hierbei ein Gedicht, das in einem „Gut Heil!" ausklang. Hierauf setzte sich der Festzug, dem sich beim Rathhause verschiedene Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordneten angeschlossen hatten, durch die Hauptstraßen der Stadt nach dem Festplatze, dem städtischen Turnplatze, in Bewegung. — Nach Aufstellung um die Hildebrand-Eiche (zum Andenken an den langjährigen verdienten ersten Ordner des Vereins gepflanzt) hielt der Ordner des Jubel-Vereins, Herr Lehrer **Lauschke**, die Festrede. Hierauf übergab der erst heute dem Gauverbande beigetretene Verein „Teutonia" aus Christianstadt dem Jubel-Vereine ein silbernes Fahnentäfelchen mit entsprechender Widmung. Um 2 Uhr fand im Schützenhaussaale das gemeinschaftliche Mittagsmahl statt, bei welchem Herr **Lauschke** den Kaiser-Toast ausbrachte. Gegen 4 Uhr begann das Schauturnen, bei dem theilweise ganz ausgezeichnete Leistungen zu Tage traten. Während der ganzen Dauer des Turnens führte die Saganer Stadtcapelle unter Leitung des Musikdirectors Herrn **Theubert** ein Promenaden-Concert aus. Kurz vor dem Einmarsche proclamirte der Ordner des Sprottauer Vereins, Herr Kaufmann **Krall**, die Sieger. Den 1. Preis erhielt Herr **Schubert**-Christianstadt, den 2. Herr **Reimann**-Wiesau, den 3. Herr **Nakladal**-Sagan, den 4. Herr **Hanke** III.-Sagan, den 5. Herr **Scheer**-Sagan, den 6. Herr **Hoffmann**-Sprottau. Die Preise bestanden in Eichenkränzen mit Schleifen. Die Herren **Bartsch**-Christianstadt und **Hänel**-Sprottau wurden mit „Belobigungen" bedacht. Herr **Krall** lud nun noch zur Theilnahme an der in vier Wochen stattfindenden gleichen Jubiläums-Festlichkeit des Sprottauer Vereines ein. Herr **Lauschke** schloß hierauf mit einem „Gut Heil!" diesen Theil des Festes, worauf gegen $8\frac{1}{4}$ Uhr der Einmarsch erfolgte. Abends war im „goldenen Frieden" Ball und gleichzeitig im „Odeum" Concert der Stadtcapelle und Theater.

s. **Waldenburg,** 24. Mai. [Revision. — Abschiedsessen. — Vorturnerstunde.] Am Freitag fand eine Revision der höheren Töchterschule hierselbst durch den königlichen Regierungs- und Schulrath **Eismann** aus Breslau statt. Der königliche Kreisschuleninspector Dr. **Gregorovius** wohnte der Besichtigung bei. — Zu Ehren des am 1. Juni c. von hier scheidenden Staatsanwalts **Rasch** fand am Sonnabend ein Abschiedsessen statt. — Gestern wurde in dem Vereinslocal des jüngst zu Ober-Waldenburg gegründeten Turnvereins die erste Vorturnerstunde des mittelschlesischen Gebirgsturnvereins abgehalten, bei welcher in Folge einer Einladung die Vereine zu Altwasser, Ernsdorf, Freiburg, Glatz, Gottesberg, Königszelt, Landeshut, Neurode, Peterswaldau, Nimptsch, Reichenbach, Reinerz, Schweidnitz, Striegau, Sophienau, Waldenburg, Ober-Waldenburg, Wüstegiersdorf, Wüstewaltersdorf und Friedland durch Delegirte vertreten waren.

Mit zwei Beilagen.

* **Umschau in der Provinz. Freiburg.** Der Bau des neuen Postgebäudes in der neuen Bahnhofstraße, welcher vom Maurermeister Jäger-Waldenburg ausgeführt wird, schreitet seiner Vollendung entgegen. Am 1. Juli soll das neue Postgebäude, welches durch seine geschmackvolle Bauausführung eine neue Zierde der Stadt zu werden verspricht, seiner Bestimmung übergeben werden. — **Lüben.** Von dem „Stadtblatt" mitgetheilt, waren es gestern 25 Jahre, seit Herr Rathsherr Hollender in das Magistrats-Collegium eingetreten ist. Aus diesem Anlaß hatte der Magistrat unter Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung beschlossen, dem Herr Hollender das Prädicat „Stadtältester" zu verleihen. — **Ratibor.** Said Pascha, türkischer Artillerie-General, Chef des Arsenals Topchane in Konstantinopel und General-Inspecteur der Artillerie der Dardanellen-Befestigungen, trifft Anfangs Juni von Essen, woselbst er sich seit einiger Zeit im Krupp'schen Etablissement befindet, in Ratibor ein, um mit der Direction der Filiale der Firma Ganz u. Comp. einen Vertrag auf Lieferung von Granaten und Shrapnels für Festungs- und Feldgeschütze abzuschließen. Der „Oberschles. Anz." erinnert daran, daß die genannte Firma vor Jahren eine bedeutende Quantität von Geschossen für schwere Schiffsgeschütze der kaiserlich deutschen Marine lieferte. — **Trachenberg.** Bei der gestrigen Ersatzwahl 2. Abtheilung für den am 1. April c. in Folge Versetzung aus der Stadtverordneten-Versammlung ausgeschiedenen Director Beauvais wurde der vom Bürgerverein nominirte Candidat, Destillateur Weißer Schniske, mit großer Majorität zum Stadtverordneten gewählt. — **Sprottau.** Wir lesen im „Anzeiger", daß am Sonntag gegen 6 Uhr Nachmittags Anwohner der Sprotta in der Nähe des Braun'schen Gasthofes plötzlich Hilferufe von der Sprotta her vernahmen. Man erblickte einen zehnjährigen Knaben, den Sohn der Frau Generaldirector Mestern, mit den Wellen ringen. Schon war der Knabe dem Ertrinken nahe, zweimal sah man ihn bereits unter- und wieder auftauchen, da rettete eine muthige Dame denselben. Es war die Frau des Herrn Lehrers Lindner hierselbst, welche sich in dem Braun'schen Garten befand und dort zuerst den Hilferuf gehört hatte; selbst des Schwimmens unkundig, stürzte sie sich ohne Zaudern in den Fluß, und es gelang ihr, selbst mit der Strömung ringend und nicht ohne eigene Gefahr, den Knaben zu retten.

Zu dem Unglücksfalle an der Dampfer-Haltestelle am Zoologischen Garten.

Bezüglich des Unglücksfalles, der sich am vergangenen Freitag an der Dampfer-Landungsstelle am Zoologischen Garten ereignet hat, schreibt uns der Vater des verunglückten Knaben, Herr Zahntechniker Scholz: „Eine genügende Beleuchtung der Landungsstelle fehlte gänzlich, und die Verbindung des Längssteges mit dem Prahm war durch einen Zwischenraum von 60 Centimetern unterbrochen. Durch diesen Zwischenraum fiel das Kind ins Wasser. Sogar ein Erwachsener hätte hier verunglücken können. — Ferner sind die Geländer so mangelhaft, daß sie nicht geeignet sind, ein Unglück zu verhüten."

Gegenüber diesen Ausführungen des Herrn Scholz stellt die Dampfschiffs-Rhederei von Krause und Nagel den Vorgang am Freitag folgendermaßen dar: Am genannten Tage, Abends 9½ Uhr, bevor der coursirende Dampfer „Germania", welcher thalwärts kam, in Sicht war, erkundigte sich Herr Scholz am Billetschalter an der Landungsstelle Zoologischer Garten nach der Ankunftszeit des Dampfers. Bei dieser Gelegenheit entfernte sich unbemerkt sein 7jähriger Sohn. Als sich Herr Scholz nun auf den Prahm begeben wollte, fing er plötzlich an, zu rufen: „Wo ist mein Sohn? Mein Sohn ist ins Wasser gefallen!" Auf sein Rufen kamen einzelne Mitglieder des hiesigen Rudervereins und mehrere andere Leute (— an der Landungsstelle befand sich zu dieser Zeit Niemand —) herbei und begannen nach dem Knaben zu suchen. Hierbei nahmen sie die Lampen aus den vorschriftsmäßig am Prahm angebrachten Laternen, um mit denselben ins Wasser zu leuchten. Aus diesem Grunde war allerdings die Beleuchtung, als kurze Zeit darauf der Dampfer „Germania" anlegte, ungenügend. Die Leiche wurde erst zwei Stunden später durch Fischer von der Uferstraße 50 Schritt oberhalb des Prahms im Wasser aufgefunden. Hieraus ergiebt sich, daß der Knabe nicht durch den von Herrn Scholz erwähnten Zwischenraum in der Verbindung des Längssteges mit dem Prahm, wie auch überhaupt nicht von dem Prahm ins Wasser gefallen sein kann. Dieser Zwischenraum ist übrigens nicht 60 Centimeter, sondern nur höchstens 10 Centimeter breit und läuft keilartig zu. Wenn ferner behauptet wird, daß die Anlage des Geländers mangelhaft ist, so kann nur gesagt werden, daß die beiden Prahme, welche am Zoologischen Garten die Landungsstelle bilden, erst im vorigen Jahre umgebaut und von der Behörde, Herren Baurath Knorr und Wasserbauinspector Kröhnke, abgenommen und für betriebsfähig erklärt worden sind.

Telegraphischer Specialdienst der Breslauer Zeitung.

Reichstag.

Berlin, 25. Mai. Die Branntweinsteuervorlage ist heute, wie zu erwarten war, einer 28gliedrigen Commission überwiesen worden. Während der Dauer der Berathungen hat sich das Plenum vertagt und dem Präsidenten die Anberaumung der nächsten Sitzung überlassen. Man nimmt an, daß dieselbe erst nach Pfingsten stattfinden wird. Höchst bemerkenswerth war der scharfe Widerstand, welchen der Reichsparteiler Delbrück der Vorlage und ihrem Kern, der Consumsteuer, entgegensetzte. Für letztere will er als Maximum nur 30 Pf. bewilligen. Man hatte nach dieser Rede den Eindruck, als ob der Regierung selber nicht viel an dem Gesetze liege und es ihr als ein Seitenweg zum Monopol dienen solle. Finanzminister v. Scholz wandte sich zwar sehr energisch gegen die Ausführungen Delbrücks, sein Eifer machte aber keinen sonderlichen Eindruck; eben so wenig die stellenweise recht scharfe Polemik gegen die gestrige Richter'sche Rede, die Richter sehr geschickt in einer persönlichen Bemerkung parirte. Der socialdemokratische Redner Bock charakterisirte die Vorlage als nichts weniger, als eine Wohlthat, sondern vielmehr als eine Last für das Volk, namentlich das außerpreußische, welches nur die Mittel zur Besserung der schlechten preußischen Finanzverhältnisse liefern soll. Rickert, der in einer bedeutenden Rede besonders die finanziellen Gesichtspunkte der Vorlage und ihrer Begründung einer Kritik unterwarf, machte mit Recht auch den Nationalliberalen den Vorwurf, daß sie von ihrer früheren Politik in solchen Fragen, wie sie noch unter Bennigsen's Führung getrieben worden seien, vollständig abgeschwenkt seien. Herr Buhl, der Herrn Rickert antwortete, ging auch nicht soweit in der warmen Befürwortung der Vorlage, wie gestern Herr Oechelhäuser, und suchte manche Ausführung des Letzteren abzuschwächen. So meinte er u. a., dessen Bemerkungen über die noch harrenden Aufgaben der Socialpolitik hätten nur der Ausdruck eines gewissen Wohlwollens sein sollen. Am Schlusse folgte noch eine Reihe scharfer persönlicher Bemerkungen.

93. Sitzung vom 25. Mai.
1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. Scholz, v. Bötticher.

Eingegangen ist die Darlegung der Anordnung, welche die königlich preußische Regierung auf Grund des § 28 des Socialistengesetzes unter dem 20. Mai d. J. getroffen hat. (Spremberg.)

Die erste Berathung der Branntweinsteuervorlage wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Delbrück erklärte im Namen der Freiconservativen, daß dieselben die Vorlage in der jetzigen Fassung nicht annehmen könnten. Im Grunde genommen sei sie nur ein halbes Monopol und leide an zwei Cardinalfehlern. Einmal enthalte sie ungenügende Controlmaßregeln und dann fordere sie so hohe Steuersätze, daß die Industrie dabei zu Grunde gehen müsse. Die Einschränkung des Consums sei an sich gar nicht einmal zu beklagen; es brauchte ja nur die Hälfte des jetzt getrunkenen Branntweins consumirt zu werden. Darunter dürften aber nicht die Brennereien leiden. Die unterste Steuerstufe von 40 Pf. sei das höchste, was sie leisten könnten. Seine Freunde hielten sogar 30 Pf. für hoch genug, 80 Pf. oder gar 120 Pf. könnten sie unmöglich tragen. Brennerei-Genossenschaften hielten auch sie für gut, aber diese sollten sich lediglich auf ihre moralische Kraft stützen und nicht die Freiheit der Preisherabsetzung und Beschränkung der Production beanspruchen dürfen. Ganz besonders sympathisch sei ihm der Vorschlag des Abg. Windthorst auf Erlaß einer Nothvorlage, welcher er zum Inhalt eine Contingentirung auf ein bis zwei Jahre und eine Staffelmaischraumsteuer nach bairischem System geben möchte. Vor Allem komme es darauf an, die Industrie lebensfähig zu erhalten, und zu diesem Zwecke müßten ihr auch ausreichende Steuercredite bewilligt werden.

Bevollmächtigter Finanzminister v. Scholz: Meine Erwartung, daß sich erhebliche Ausstellungen gegen die Vorlage geltend machen würden, hat sich, nachdem die Vertreter aller größeren Fractionen gesprochen haben, vollauf bestätigt. Ich bin ja zunächst mit dem Vorredner völlig darin einverstanden, daß das Gesetz thunlichst so construirt werden muß, daß der Fiscus das Seine bekommt, der Consum nicht zurückgeht und die Brennereien nicht Schaden leiden. Das ist ja das große Problem, dessen Gelingen uns glücklich machen würde. Als aber der Vorredner andeuten wollte, wie es zu lösen wäre, da ist ihm wohl das Versehen passirt, daß er beim dritten Satz stehen geblieben ist: Die Brennereien sollen keinen Schaden leiden. Den Fiscus und den Consum hat er ganz abseits gelassen. Schon das erste Amendement, worin sich der Vorredner mit dem Abg. Richter begegnet, die zwei Sätze von 80 Pf. und 1 M. 20 Pf. zu streichen und die erste Etappe von 40 auf 30 Pf. zu ermäßigen, läßt den Fiscus nicht zu dem Seinigen kommen. (Abg. Richter: Schon viel zu viel!) Das zweite Amendement, die Sammlung von Spiritus in Bassins, gewährt nicht die Mittel, denselben, wenn er aus den Bassin herauskommt, bis zur Kehle des Trinkers in seiner Reinheit zu erhalten. Ein bloßer Befehl an die Händler, den Spiritus nicht zu verunreinigen, würde wegen Mangels genügender Controle undurchführbar sein. Die Vorschläge des Vorredners, zur Bildung von Genossenschaften im Interesse der Brennerei halte ich persönlich für kaum realisirbar. Es bleibt im Sinne des Vorredners nur übrig, ein Nothstandsgesetz, welches den Consum nicht verringern würde, aber durch sofortige Contingentirung der Steuer, durch Erhöhung der Exportprämie und durch Verlängerung der Steuercredite in der That Hilfsmittel für die bedrängten Brennereien gewähren könnte. Jedoch das ist nicht der Beruf der Gesetzgebung. Wir müssen die Nachtheile fernzuhalten suchen, die mit der neuen Gesetzgebung für die Brennerei entstehen. Wir können aber nicht ein Gesetz lediglich zum Schutze des Brennereigewerbes geben. Weniger erheblich sind die Bedenken von anderer Seite. Wenn der Abg. Oechelhäuser die kleinen Brennereien nicht genügend geschützt fand, so hat er wohl die ausdrücklichen Vergünstigungen, welche die Vorlage diesen Brennereien in liberalster Weise zugesteht, übersehen. Der gestrigen Rede des Herrn Abg. Windthorst habe ich das sehr werthvolle Zugeständniß entnommen, daß er und seine Freunde entschlossen sind, dem von Ihnen anerkannten Bedürfniß des Reiches auf dem hier betretenen Wege thunlichst entgegenzukommen und zu positiver Arbeit bereit zu sein. Wenn ich mich zu der gestrigen großen Rede des Abg. Richter wende, so muß ich sagen, es lag Humor darin, daß er gestern so warm den Monopolstandpunkt vertrat. Er hat die Vorzüge des Monopols gegenüber der jetzigen Vorlage in hellem Lichte erscheinen lassen, und ich glaube, mehr noch, als ihm, wird es denjenigen, die vom ersten Kanonenschuß in der „Freisinnigen Zeitung" an bis zum letzten Verfolgungsgefecht gegen das Monopol hinter ihm gestanden haben, so gegangen sein, welche ihr schönes Geld dazu hergegeben haben, daß ein „erquickender nationaler Zug" durch das Land gehe. (Lärm links. Abg. Parisius! Geld? was heißt das?) Es wird Denjenigen, die hinter Herrn Richter gestanden haben, in noch höherem Grade so gegangen sein, daß sie die Vorzüge der Monopolvorlage jetzt erkennen und daß sie bedauern werden, ihr Geld nicht zu nützlicheren und besseren Zwecken hergegeben zu haben. (Unruhe links.) Der Abg. Richter sagt vom jetzigen Entwurf: Da hört alles auf, es ist die reine Fiskalität! Das würde an sich ein Vorwurf sein, aber der Abgeordnete wird sich überzeugt haben, daß es überhaupt gar nicht richtig ist. Der ganze Abschnitt der Vorlage ist das Gegentheil der Fiskalität. Er ist lediglich aus Rücksicht auf das Brennereigewerbe in das Gesetz aufgenommen. Der Abg. Richter hat jenen Gedanken dann immer weiter variirt; er hat gesagt, es ist die reine, simple Plusmacherei. Was der Ausdruck „Plusmacherei" bedeutet, ist übrigens Niemandem klar geworden. Niemand kann in diesem Ausdruck irgend etwas Greifbares, Verständliches erblicken. Das Geld, welches in die Reichskasse kommt — Jedermann weiß es — wird nach den Beschlüssen des Volks verwendet; da kann von Plusmacherei gar keine Rede sein. Im merkwürdigen Gegensatz befindet sich ferner der Abg. Richter zu seiner früheren Taktik gegen das Monopol. Die Ertragsberechnung der Regierung beim Monopol fand er viel zu hoch; bei diesem Entwurf findet er sie viel zu niedrig; beides ist gleich falsch. Wir sind beide Male nur nach unserem pflichtmäßigem Ermessen verfahren und haben uns lediglich bemüht, das Richtige zu finden. Die Ausbeute beim Maischraum, die wir auf 8 pCt. annehmen, findet der Abg. Richter zu gering taxirt. Nach den positiven Ermittelungen des preußischen Landwirthschaftsministeriums beträgt sie sogar nur 7,66 pCt. (Hört! hört! rechts. Abg. Richter: Oho!) Gestern hatte ich gehofft auf den Nachweis des Bedürfnisses nicht eingehen zu brauchen, der Herr Abg. Richter hat diese Frage aber nochmals von seinem Standpunkte aus eingehend beleuchtet. Es ist ihm dies aber mehr mißglückt als irgend je etwas. Ich gehe deshalb nochmals darauf ein. Zunächst heißt es, obwohl die Bedürfnisse der Communen vorgeschoben würden hätten diese doch seit 1879 nichts bekommen, auch nichts von der im vorigen Jahre beschlossenen lex Huene. Dabei ist Herr Richter nun ein Unglück passirt. Denn aus dieser lex Huene ist überhaupt noch nicht ein Groschen zur Ueberweisung gekommen. Das wird erst in den nächsten Monaten geschehen. Die Unterstellung als ob es im Kreise Hagen nur an dem Herrn Landrath liegen würde, ob die Gelder zweckmäßig vertheilt werden oder nicht, glaube ich nicht für irgendwie begründet halten zu sollen. Es ist doch zweifellos, daß wenn die Bewilligungen seit 1879 kaum ausgereicht haben, um im Reiche und in Preußen das Nöthige zu thun, dann auch nicht möglich gewesen ist, die Bedürfnisse der Communen zu befriedigen. Folgt denn daraus, daß wir diese ganz unberücksichtigt lassen wollen? Dann hat der Herr Abgeordnete, die Bedürfnisse Preußens erwähnend, diese zu erschöpfen vermeint, indem er die Canalvorlage die Nachtragscredite für das Unterrichtswesen und die Forderung für Güterankäufe in den östlichen Provinzen nannte. Vorher hatte er gesagt, ich hätte eine Verminderung der Einkommen- und Klassensteuer erstrebt. Es ist mir ganz unbegreiflich gewesen, wie einem Mitgliede dieses und des anderen Hauses, welches als Finanzautorität lange Zeit gegolten hat (Heiterkeit rechts!), und welches unbestreitbar die Fähigkeit besitzt, bis in die letzten Theile des preußischen Haushaltsetats einzudringen, wie es einem solchen Mitgliede hat passiren können, derartig oberflächlich sich über die preußischen Bedürfnisse auszulassen. Die Verminderung der Einkommen- und Klassensteuer ist nur ein winziger Theil der Steuerreform. Bei dieser handelt es sich doch auch um Uebertragung der ganzen Grund- und Gebäudesteuer auf die Communen, um Beseitigung der ungerechten Zuschläge. (Abg. Richter: Das habe ich ja gesagt!) Das haben Sie nicht gesagt. (Abg. Richter: Eine halbe Stunde habe ich darüber geredet.) In dem Zusammenhange nicht! Es handelt sich ferner um Uebernahme der Hälfte der Schullasten auf den Staat. Ja, wer so etwas vergessen kann — (Abg. Richter: Sie haben mir gar nicht zugehört: Sie sind gar nicht hier gewesen! Der Präsident bittet den Redner nicht zu unterbrechen.) Bedenken Sie ferner die wachsenden Bedürfnisse beim Cultusetat; die beabsichtigte Verbesserung der Beamtengehälter (Abg. Richter: Alles zu seiner Zeit!), die Wünsche nach Ermäßigung der Eisenbahntarife, nach stärkerer Amortisirung der Staatsschuld. Schließlich hat uns Herr Richter vorgeworfen, wir hätten den Entwurf so lange wie möglich geheim gehalten aus Furcht vor der Kritik, man habe der eigenen Arbeit nicht getraut. Diese Unterstellung ist völlig haltlos. In dem Augenblicke, wo wir uns anschicken, unter Verzicht auf das, was wir für das Beste hielten, auf Grund des aus der Discussion Hervorgegangenen einen neuen Entwurf auszuarbeiten, warum sollten wir da die Kritik fürchten? Das ist mir völlig unbegreiflich; dieses Motiv hat uns völlig ferngelegen. Es ist nur unterlassen worden, so frühzeitig aufmerksam darauf zu machen, weil man annehmen konnte, daß die Linien aus der früheren Verhandlung im Großen und Ganzen bekannt sein konnten, und weil man nicht die Möglichkeit gewähren wollte, an der Hand eines frühzeitig bekannt gewordenen Entwurfs einen „herzerquickenden nationalen Zug" zu arrangiren. (Heiterkeit. Sehr gut! rechts, Lachen links. Abg. Richter: „Aha! Furcht vor Kritik.") Am Schlusse sagt dann Herr Richter: Einnahmen bewilligen wir nicht, wenn nicht die Ausgaben nachgewiesen sind. Bei Ausgaben heißt es, diese bewilligen wir erst, wenn uns nachgewiesen ist, wo die Einnahmen herkommen. Das ist immer derselbe Zug jener öden sterilen Negation (Ruf links: „Oede!"), welche dem Vaterlande schon so viele Gemüther abgewendet hat und dafür sorgt, daß die Freude am öffentlichen Leben immer geringer wird (Abg. Richter: Je mehr Steuern, desto mehr Freude!), aber ich tröste mich mit den Worten des Herrn Abg. Oechelhäuser: „Ich hoffe, gerade, daß eine solche Auffassung in diesem Sinne existirt, das wird die Majorität dieses Hauses im entgegengesetzten Sinne nur verstärken." Das war mir aus der Seele gesprochen. (Beifall rechts.)

Abg. Bock (Gotha): Auch von dieser Vorlage wird das Volk nur wenig erbaut sein, aber kein Mitglied der conservativen-, nationalliberalen- und Centrumspartei hat darauf hingewiesen, daß sie dem Volke 200 Millionen neuer Steuerlasten aufbürdet. Die Herren scheinen zu urtheilen, wie der Reichskanzler, der zwar die directen Steuern als Anstandssteuern beibehalten wollte, aber das Hauptgewicht auf die Besteuerung des Luxus legte. Darunter versteht er aber Tabak, Kaffee, Bier und Branntwein. Wir werden dafür sorgen, daß bei den nächsten Wahlen dem Volke diese Auffassung bekannt wird. Schon gegenwärtig ist er in einer Weise betrückt, wie in keinem anderen Lande). (Widerspruch). Wozu sollen die Erträge dieser Steuer verwendet werden? Wir hören zur Aufbesserung der Beamtengehälter. Herr Oechelhäuser meinte zur Ausführung der kaiserlichen Botschaft. Das ist die pure Heuchelei. (Unruhe rechts. Der Präsident ruft den Redner wegen dieser Aeußerung die nur gegen die Regierung oder gegen Parteien des Hauses gerichtet sein könne zur Ordnung.) Man spricht von den Bedürfnissen in den Einzelstaaten: aber nur Preußen ist einer Finanzkalamität nahe. Baiern hat gute Finanzen, Sachsen sogar einen Ueberschuß von 8 Millionen, auch Baden hat keinen Mangel, trotz der Lasten, die diesen Ländern von Preußen auferlegt sind. Preußen soll jetzt zum Kostgänger des Reiches gemacht werden. Das Reich soll aufbringen, was Preußen für das Militär verausgabt hat, oder was die preußischen Brenner fordern. Herr v. Wedell hat das offen erklärt, und Herr Delbrück sagt, daß die Schröpfköpfe angesetzt werden müßten, doch wohl an dem armen Volke; ein schönes Bild: Die preußischen Brenner als Blutegel an dem armen Volke. Das stimmt ganz mit dem, was der Reichskanzler neulich bemerkte über die Nothwendigkeit, die Nachkommen der Ritterschaft in ihrer Wohlhabenheit zu erhalten. Natürlich aus ihr, aus dem Osten rekrutiren sich ja auch die schneidigsten Lieutenants! Einer derartigen Politik können wir aber nicht zustimmen. Herr Oechelhäuser sprach von einer Lösung der socialen Frage mit den Erträgen dieser Steuer. Wir haben schon einmal von einem Patrimonium der Enterbten gehört: Damals roch es nach Tabak, jetzt riecht es nach Fusel. (Heiterkeit links, Unruhe rechts.) Auf diesem Wege werden wir den Arbeiter bald dahin bringen, daß er sich am wohlsten fühlt, wenn er das Vaterland verlassen kann. Herr Oechelhäuser meinte, daß man tief in die Taschen greifen müßte, um die Frage der Altersversorgung zu lösen. Wenn er nur in seine eigene Tasche greifen wollte! Wir haben bei der Krankenversicherung gesehen, wie die Herren für sich besorgt sind. Sie haben ihre Arbeiter gezwungen, in die freien Kassen einzutreten, um sich der Beitragspflicht zu entledigen. Auch wir wünschen eine sociale Reform, aber mit einer solchen möge man uns verschonen; wir hetzen die Leute nicht aus Lust und Liebe zum Hetzen auf, sondern weil wir die Ueberzeugung haben, daß etwas geschehen muß, um die Arbeiter aufzuklären. (Lachen rechts.) Sie (rechts) thun das nicht: Sie wünschen, daß die Arbeiter in ihrer dumpfen, elenden Situation verbleiben, wir wollen eine gerechtere Steuerreform, die sich dem Einkommen anschließt. Aus diesem Grunde müssen wir auch das vorliegende Gesetz ablehnen. (Beif. b. d. Socialdemokraten.)

Abg. Zorn v. Bulach: Bei uns und in Elsaß-Lothringen hat nach Einführung der norddeutschen Branntweinsteuer der Alcoholismus sehr zugenommen. Trotzdem der Branntwein theurer ist als der Wein, trinkt jetzt der Arbeiter lieber Branntwein. Wir wünschen deshalb, daß der Branntweinzoll erhöht wird. Wir sind im Princip für die Vorlage und stimmen auch für deren Ueberweisung an eine Commission.

Abg. Rickert: Wir sind damit einverstanden, daß die Vorlage einer Commission von 28 Mitgliedern überwiesen wird. Zugleich wäre es wünschenswerth, bei der gegenwärtigen Geschäftslage in unseren Plenarsitzungen eine kürzere oder längere Pause eintreten zu lassen und im Interesse der Fortführung der Geschäfte der Commission für diejenigen Mitglieder derselben, welche plötzlich verhindert werden oder auf einige Tage verreisen, in der Weise Ersatz zu schaffen, daß der Herr Präsident ohne Recurs an das Haus ohne Weiteres, wenn ein Mitglied seinen Austritt erklärt, die Abtheilungen beruft und die Neuwahlen veranlaßt. Dies kann geschehen, ohne der Geschäftsordnung Zwang anzuthun, und die Vollzähligkeit der Commission liegt ja in aller Interesse. Zunächst muß ich nun mein Erstaunen ausdrücken über die Art des Vorgehens seitens des Herrn Finanzministers. Ich halte es ihm zugute, denn er hat viel Unglück gehabt mit allen seinen Arbeiten. Wie krampfhaft hat er sich an Herrn Oechelhäuser angeklammert! Und ist seine Gereiztheit nicht erklärlich, wenn selbst Herr Delbrück mit den Freiconservativen, diesen Stützen der Regierung, die Vorlage für unannehmbar erklärt? Ich habe deshalb ein gewisses Mitgefühl mit dem Finanzminister (Heiterkeit). Herr Windthorst hat ihn mit Befriedigung erfüllt: In der That, der Herr Finanzminister ist mit sehr wenig zufrieden, das freut mich; denn dann wird wenig aus seinem Werke werden. Die Erklärung des Abg. Windthorst war auch nicht im entferntesten ein Engagement, nur ein Act diplomatischer Höflichkeit. Eins kann ich mir doch nicht erklären. Ich glaube, daß gerade die Vertreter der Bundesregierungen im Verkehr mit den Abgeordneten eine gewisse persönliche Rücksicht, namentlich in öffentlicher Verhandlung, nehmen sollten. Finden Sie diese Rücksicht in den Worten des Finanzministers „von denjenigen, die hinter uns ständen und es bedauerten, ihr schönes Geld zur „nationalen" Agitation hergegeben zu haben?" Was soll das heißen? Soll es eine Verdächtigung sein, daß die „Freisinnige Zeitung" bestochen wird? (Widerspruch des Finanzministers und rechts!) oder soll es heißen, daß die, welche ihr Geld zur „Freisinnigen Zeitung" hergegeben haben, damit zufrieden sind, daß jetzt diese schlechte Vorlage eingebracht ist? Ich glaube, daß ein Mitglied der preußischen Regierung, was die Kosten der Aufbringung von Preßartikeln betrifft, gar nicht das Recht hat, mitzureden. Wenn Private ihr Geld dafür ausgeben, so ist das ihre Sache. Die Minister arbeiten aber mit öffentlichem Gelde in der Presse. Ist nicht neulich erst eine Rede des Ministers von Puttkamer auf Kosten des Preßfonds im stenographischen Bericht in die kleinen rechteckigen Blätter gekommen? Der Finanzminister mag sich mit seinen Herrn Schweinburg begnügen. (Heiterkeit.) Herr Richter hat seine „Freisinnige Zeitung"; der Herr Schweinburg soll ja ein ausgezeichnetes Verständniß für die nationalen Aufgaben haben, obwohl ich von den nationalen Thaten des Herrn Schweinburg etwas zu sehen bisher noch nicht Gelegenheit hatte. (Heiterkeit.) Der Minister giebt zu, es ist jetzt heiß; er bedauert uns arme Abgeordnete; aber die Sache müsse gemacht werden, sie sei zu ernst und dringend, und die Vorarbeiten seien schon gemacht. Was verlieren wir denn, wenn die Vorarbeiten hier bis zum Herbst liegen bleiben? Die Etats sind in Preußen und dem Reiche festgestellt; die Bedürfnisse sind befriedigt. Was hindert uns also, die Sache im Herbst vorzunehmen? Wir stehen der Branntweinbesteuerung an sich nicht negativ gegenüber. Wir würden auf eine rationelle Reform der Branntweinsteuer gern eingehen; aber in Verbindung mit der Fortsetzung der gesammten Steuerpolitik, die wir seit 1879 auf's allerschärfste bekämpfen, können Sie uns diese Vorlage, welche nur ein Glied in der Kette jener übrigen Steuern ist, nicht zumuthen. Machen Sie doch die Steuerreformen wenigstens so, daß Sie die Einnahmen auf die linke und die Ausgaben auf die rechte Seite legen. Es freut mich, daß Herr Oechelhäuser auf die Frage des Abg. Richter, wie viel seine Freunde bewilligen würden, sich damit einverstanden erklärt hat, die Bedürfnißfrage in der Commission zu prüfen. Die Prüfung der Bedürfnißfrage werden wir überhaupt sehr ausgiebig mit dem Finanzminister vornehmen, damit das Land wirklich einmal erkennen kann, wo denn eigentlich die Bedürfnisse des Reiches, der Einzelstaaten und Communen liegen. Der Finanzminister thut so, als ob derjenige ein thörichter „dummer Kerl" sei, der das Bedürfniß bestreite. Ich bin so einer (Heiterkeit rechts) und trotzdem er sich wiederholt die Mühe gegeben hat, mich zu widerlegen, so bin ich immer noch so thöricht, zu glauben, daß das Bedürfniß noch nicht bewiesen ist. Was die Vorlage eigentlich bedeuten soll, hat uns Herr Delbrück verrathen; es handelt sich nur um die Abhilfe der Noth der Landwirthschaft. Er stößt allerdings bei dem Finanzminister auf Hindernisse, deshalb will er das sogenannte Nothgesetz. Der Finanzminister kann aber nicht der Landwirthschaft mehr Einnahmen verschaffen und den Consum so hoch stellen, daß der Landwirth und zugleich der Staat Vortheil hat. Ich verstehe nicht, wie Landwirthe noch für die Vorlage sein können. Die Contingentirung hilft ihnen doch nichts, und nun gar die Concession! Ich habe immer eine gewisse Hochachtung vor dem Stolz der alten preußischen Junker gehabt. Wo ist dieser Stolz geblieben, wenn man sich dazu versteht, eine hohe polizeiliche Erlaubniß von einem beliebigen Regierungsrath zu extrahiren, Branntwein zu brennen! Man beugt sich geradezu vor der Bureaukratie. Herr v. Wedell-Malchow begeistert sich sogar für Zwangsgenossenschaften zum Zweck der Aufrechter-

haltung der Preise. Dies wäre die Rückkehr zur Zeit der Zwang- und Bannrechte. Ist die Coalition der Arbeiter zum Zweck des Strikezwanges nicht viel gerechtfertigter, als wenn hier Brennereibesitzer gesetzlich gezwungen werden sollen, ihren Spiritus nicht zu anderen Preisen zu verkaufen als die Genossenschaft. Sind wirklich die Landwirthe oder richtiger einige Landwirthe in einer Nothlage, so mag man vortheilhafter und verständlicher diesen Leuten A. B. u. s. w., wie es bei den Niederungs-Ueberschwemmten auch geschieht, aus der Staatskasse eine Unterstützung gewähren. Für eine solche Vorlage würde auch ich stimmen. Aber dieses wollen sie nicht. Das ist ihnen zu despectirlich, zu niedrig. Ist das etwas anderes, wenn Sie nun aus der Tasche der Steuerzahler eine solche Unterstützung für die Brennereibesitzer zahlen lassen? Geben wir aber die Unterstützung direct, dann wissen wir wenigstens, daß sie wirklich Bedürftige bekommen. Ich empfehle also dem Minister die Idee zur Erwägung, ob er ein Gesetz zur Unterstützung der hilfsbedürftigen Brennereibesitzer einbringen will. Herr Oechelhäuser fand in einer Aeußerung des Herrn Richter, daß er den Branntwein überhaupt schützen wolle. Das ist nicht richtig. Gegen eine höhere Besteuerung des Branntweins an sich haben wir nichts, obwohl wir aus praktischen Gründen uns dem Ansturm gegen die Branntweinpest anschließen können, wie es von mancher Seite geschieht. Ich habe selbst in meiner Vaterstadt dazu beigetragen, den Branntwein durch Kaffee und Thee u. s. w. zu verdrängen. Aber die städtische wie die ländliche Bevölkerung kann den Branntwein nicht ganz entbehren. Wenn sie dem Manne nicht gleichzeitig das Geld geben, sich andere Genußmittel zur Stärkung seiner Kraft zu verschaffen, dann sind alle ihre ethischen Gesichtspunkte zwar schön, aber praktisch nicht verwerthbar. Mit der Apotheke des Abg. Windthorst ist die Sache absolut nicht zu machen. (Heiterkeit.) Man darf nicht Jeden einen Trunkenbold nennen, der gelegentlich einen Schnaps trinkt. Ich komme jetzt etwas näher auf die Rede des Abg. Oechelhäuser. Ich habe eine gewisse Verpflichtung gegen mich selber, weil ich von mir abwenden möchte und der großen Mehrzahl meiner früheren Parteigenossen in der nationalliberalen Partei, daß wir jemals mit einem Standpunkte, wie ihn Herr Oechelhäuser gestern hier ausgesprochen hat, identificirt werden könnten. Ich habe lange Zeit gebraucht, um mich von dieser Rede zu erholen. (Heiterkeit links.) Ich bin ihm dankbar, daß er wenigstens zugestanden hat, daß mein verstorbener Freund Lasker nicht seiner Meinung war, die große Majorität der Partei aber auch nicht. So lange ich in der Fraction war, ist eine Ansicht, wie die des Herrn Oechelhäuser, niemals zum Vorschein gekommen. (Hört! hört! links.) Die Secession wäre sonst früher eingetreten. Genau das Gegentheil haben wir vertreten. Wer hat also die Wendung gemacht? Sagen Sie es doch offen und ehrlich dem Lande; denn Sie sind den alten Grundsätzen untreu geworden, Sie haben uns verlassen bei dem Unfallversicherungsgesetz, bei der großen Finanz- und Steuerpolitik. Wir wollen Ihnen keinen Vorwurf daraus machen, aber schmücken Sie sich wenigstens nicht mit der Fahne, die wir mit Ihnen hier vertreten haben, aber anders wie Sie jetzt. Herr Oechelhäuser hat auch concedirt, daß bei der Verfassung 1867 keine Rede davon gewesen sei, daß das Reich Wohlthaten nicht nur an die Einzelstaaten, sondern auch an die Gemeinden ausschütten solle. Die Reichsverfassung enthält sogar das Gegentheil. Sie giebt das Steuerrecht dem Reiche nur zur Bestreitung der Reichsausgaben, zu nichts anderem. Aendern Sie doch die Verfassung. Dann wird man fragen: Ist es dann nicht zweckmäßiger, den Einheitsstaat zu machen? Diese Bewegung ist unaufhaltsam, wenn Sie das weiter so treiben. Herr Oechelhäuser sagt ferner, dal wir kein Interesse dafür hätten, die Einnahmen des Reichs zu vermehren. Was Sie hier treiben, ist keine vorsichtige Finanzpolitik, sondern eine mit den wetterleuchtenden sogenannten großen Gesichtspunkten. Ein liberaler Mann kann dafür allerdings kein Verständniß haben. Nach dieser gestrigen Rede ist es mir zum Bewußtsein gekommen, daß sie eine dauernde schmerzliche Scheidewand zwischen uns auf diesem Gebiete bilden wird. Diese Finanzpolitik, die gestern der Herr Abg. Oechelhäuser proclamirt hat, macht allerdings eine Versöhnung, ein Zusammengehen für alle Zukunft unmöglich. (Bravo! rechts. Heiterkeit.) Was nun das Bedürfniß für das Reich anbetrifft, so hat Herr Richter schon gestern, ohne heute Widerspruch zu erfahren, esagt, daß wir jetzt schon mehr Einnahmen geschaffen haben, als die gzunächst liegenden Meh rbedürfnisse verbrauchen können. Die Ausgaben durch das Pensions- und Reliktengesetz werden einmal durch die Zuckersteuer, zweitens durch die 50 Millionen Mark Einnahmen aus dem neuen Zolltarif, die Sie voriges Jahr bewilligt haben, gedeckt. Wie steht es mit Preußen? Der Herr Reichskanzler hat 1875 ausdrücklich erklärt, er wolle nur eine Verminderung, wenn es sein könne, eine Abschaffung der Matricularbeiträge. Trotz aller Ausgabeerhöhungen werden jetzt aber an die Einzelstaaten schon 12 Millionen mehr herausgezahlt, als die Matricularbeiträge betragen. Das Programm der nationalliberalen Partei war dasjenige der Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reichs un der Verminderung der Matricularbeiträge; ich habe es oft genug vertreten, hier und im preußischen Abgeordnetenhause, und für diese Behauptung verweise ich auf einen klassischen Zeugen, Herrn v. Benda, der nach dem 1878/79 erstatteten Generalbericht der Budgetcommission, deren Vorsitzender er war, angeführt hat: „Eine maßvolle Vermehrung der indirecten Steuern, um die Matricularbeiträge einzuschränkrn, würde an sich voraussichtlich die Zustimmung der Mehrheit des Reichstages gefunden haben. Nur über die Art der Durchführung gingen die Ansichten auseinandet. Das neue Programm der Regierung mit seinen Verheißungen auf Entlassung der Einzelstaaten und der Gemeinden ist nicht mehr eine bloße Vermehrung der indirecten Steuern, sondern es enthält nichts Geringeres, als eine völlige Umgestaltung der bisherigen Grundsätze auf dem Gebiete der nationalen Besteuerung. Dann werden die Gründe der Unannehmlichkeit aufgeführt. Da heißt es u. A., daß die Entlastung der Kreise und Stadtgemeinden in das Communalsteuer-Gesetz gehört. Das war unser nationalliberales Programm, wie es Bennigten oft genug proclamirt hat, noch zuletzt hier in einer Rede vom 15. Juni 1882 zum Tabaksmonopol, die ihm vom Reichskanzler eine sehr schlechte Censur einbrachte. Dann im Juli auf dem Parteitage in Köln, wo er als Endpunkt der Communalsteuerreform die Verleihung eines erweiterten Rechts der Selbstbesteuerung an die Communen bezeichnete. Als aber vor einigen Wochen im preußischen Abgeordnetenhause die Interpellation von Minnigerode verhandelt wurde über den Nothstand der Landwirthschaft, und die Conservativen sehr stürmisch auftraten — Herr v. Below kündigte ausdrücklich die Unterstützung der Conservativen auf, wenn sie weiter ohne Erfolg um die Verdoppelung oder gar Verdreifachung der Getreidezölle bitten sollten — hatte ich nach eingehender Schilderung der Reformbestrebungen unter drei preußischen Finanzministern, wie die Verwendungsgesetze immer größere Summen von uns, zuletzt 188 Millionen verlangten, und wie der Reichskanzler hier gesagt hätte, es fiele ihm gar nicht ein, den Communen das Selbstbesteuerungdrecht auf dem Wege der indirecten Steuern zu geben, weil sie dann kein Bedürfniß mehr haben, die Regierung in ihren Reformbestrebungen zu unterstützen. Die Regierung ist entschlossen, Privilegien in dieser Beziehung nicht zu geben. (Ruf rechts: Ganz in der Ordnung.) Sie finden das ganz in der Ordnung und klagen uns dann an, daß die Communen ungedeckte Bedürfnisse haben: ja, wir klagen Sie und den Reichskanzler und die preußische Regierung vor dem Lande an, daß Sie den Communen, in der für diese ungemessenen Vermehrung indirecter Reichssteuern gebraucht, gesagt: es sei doch wunderbar, daß die Bedürfnißfrage immer betont würde, und Niemand wüßte, welche Communen eigentlich bedacht werden sollten. Bei allen früheren Commissions-Verhandlungen — ich habe allen beigewohnt — war Einstimmigkeit darüber, daß wir keine Commur.cn fanden. Da sagte Herr v. Zedlitz, die Communen würden sich schon finden. Herr Sattler verwies auf die Gemeinden in Hannover — wir im Osten haben in diesem Sinne keine Gemeinden — und Herr v. Scholz entgegnete mir: Wenn wir die Mittel haben, werden wir uns nicht umsonst darüber den Kopf zerbrechen, an welcher Stelle wir zweckmäßig einsetzen. Die allerdings noch sehr unvollkommene lex Huene hat gezeigt, daß wir Communen zu finden wissen, wo das Geld nützlich im Sinne der Regierung hinzulenken ist. (Heiterkeit! links.) Das ist die Antwort des königlich preußischen Finanzministers auf die Frage eines Abgeordneten, welchen Communen die Grund- und Gebäudesteuer übergeben werden soll; das ist die Lösung der Bedürfnißfrage; diese Frage ist keineswegs gelöst. Die Regierung kann uns gar kein Programm angeben. Im Jahro 1882 verkündete der Kanzler, er werde Sr. Majestät rathen, daß Abgeordnetenhaus so lange aufzulösen, bis die Bedürfnißfrage durch ein Verwendungs-Gesetz gelöst sei. Was ist diesen Worten gefolgt? Herr von Scholz hat die Verwendungs-Gesetze einfach ad acta seiner Vorgänger geschrieben. Bei den Kreisen, den Provinzial-Verbänden ist doch gar kein Bedürfniß. Gemeinden haben wir; seit 1869 rufen wir vergeblich nach der versprochenen Landgemeinde-Ordnung, der nothwendigen Grundlage aller Steuerreform in Preußen. Das sind die kleinen Gesichtspunkte des Herrn Richter, die großen des Herrn Oechelhäuser kümmern sich natürlich um solche Lumpereien gar nicht. Herr von Scholz fragt: Hat Herr Richter kein Gefühl für die Noth der Gemeinden? Ich frage: Hat der Minister kein Gefühl für die Noth der armen, fortgesetzt mit indirecten Steuern belasteten Gemeinden; 97 pCt. der Bevölkerung in Preußen zahlen die indirecten Steuern. Wir werden in der Commission den Minister Enquete machen lassen über die Bedürfnißfrage, wir wollen nicht tönende Redewendungen, sondern klare Ziffern über alle Einzelnheiten. (Abg. von Mirbach ruft: Das wird amüsant werden!) Es ist charakteristisch, daß Sie sich darüber amüsiren, ist das die vielgerühmte Noth? Lachen zwingt sie Ihnen ab. Die Steuern müssen aus den Taschen der armen Bevölkerung genommen werden, sie fallen nicht vom Himmel. (Lachen und Zwischenrufe rechts. Abg. v. d. Osten ruft: Unsinn!) Dieser sehr parlamentarische Zwischenruf stört mich gar nicht, der geehrte Zwischenrufer ist ein Ignorant, wenn er hierzu Unsinn bemerken kann. Die Kreuzzeitung, die ja wohl nicht Unsinn macht, hat 1882 ausgeführt, daß man den Gedanken der Ueberweisung der halben Grund- und Gebäudesteuer an Communal-Verbände wegen der weitauseinandergehenden Wünsche der Interessenten immer mehr fallen lasse. Sie wissen doch selbst nicht, was Sie mit diesen 600—700 Millionen für das Reich machen sollen. Es bestimmt gar kein Bedürfnißplan; dem einen verspricht man dies, dem anderen jenes. Mir sagte ein College: Seid ihr wirklich in Preußen so bankerott, wie Herr v. Scholz sagt? Ich konnte ihn auf die Canalrede des Ministers Maybach verweisen, wir sollten nicht ängstlicher sein, als der Finanzminister. Hätte nur jeder Staat einen solchen Etat, wie Preußen. Ein Eisenbahnetat von 700 Millionen! Glauben Sie, daß es da überhaupt auf 20, 36, 40 Millionen ankommt? Für 1886/87, glaube ich, ist ein Ueberschuß von einigen 20 Mill. Mark in Aussicht genommen oder mehr. Die Sache steht aber so, daß die wirklichen Einnahmen den Anschlägen nicht entsprechen. Im preußischen Etat kann uns da keine Hülfe vom Reiche gebracht werden, der Herr Minister redet zwar von allerhand Bedürfnissen, z. B. von der Erhöhung der Beamtenbesoldungen. Man soll langsam vorgehen, wir haben auch ein Interesse daran, die Gehälter der unteren Beamten aufzubessen, weil sie mit der Noth des Lebens am meisten zu kämpfen haben, aber wenn Preußen Bedürfnisse hat, folgt noch nicht, daß es bei den anderen ebenso ist. In der sächsischen Thronrede — Abg. Bock hat schon darauf hingewiesen — heißt es: „Die Finanzlage Sachsens ist andauernd eine günstige, und gewährt nicht nur reichliche Mittel zur Befriedigung der staatlichen Bedürfnisie, sondern auch zu einer weiteren Erleichterung der Steuern." Baiern hat einen Ueberschuß von 5 Millionen Mark, Oldenburg soll ganz vorzüglich stehen, ebenso Anhalt, Braunschweig. Soll denn Alles sich auf Preußen beziehen? Ist es nicht bedauerlich, daß in einigen Theilen Deutschlands der Unwille groß gezogen wird, daß die Finanzpolitik sich nur um Preußen dreht, ohne erkennbaren Grund, nur wegen der Bedürfnisse der Commune, die uns noch gar nicht beziffert worden sind? Es ist außerdem unrichtig, daß der Schlüssel für die indirecten Steuern nur dem Reiche gegeben ist. In den Einzelstaaten wird ja auch eine Reihe indirecter Steuern erhoben. Ich spreche mit dem Herrn Finanzminister nun schon zwei Jahre darüber ohne Erfolg. Wenn ich die Steuerreform verlange, so fordert er mich immer auf, ihm ein Stempelsteuergesetz vorzulegen. O! ich habe wohl ein Project, werde aber nicht so unvorsichtig sein und dem Herrn Finanzminister mein Project verrathen. Ich habe eines zu was ein ungeheures Geld bringt, ich werde es ihm aber nicht verrathen. Der Abg. Oechelhäuser hat von der Socialpolitik gesprochen. Er sagte, diese ganze Rederei über die Socialpolitik wäre Geschwätz, wenn nicht Staat und Gemeinde den festen Willen haben, tief in die Tasche zu greifen, und er sprach dann von der Altersversorgung. Ja Herr Oechelhäuser macht sich das in die Tasche greifen sehr leicht, es wurde ihm schon von anderer Seite zugerufen: ja in anderer Leute Taschen. Wer bezahlt denn das Geld. Diejenigen, die so wohl situirt sind, wie Herr Oechelhäuser, bezahlen blutwenig für die öffentlichen Lasten; die große Masse muß es bringen. Und ich halte es mit dem Gefühl, der Verantwortlichkeit als Volksvertreter nicht für vereinbar, daß man solche schöne Versprechungen an die Wand malt, und Sie, Herr College, hätten am wenigsten nach Ihrer Vergangenheit Anlaß, Versprechungen zu machen, die Sie nicht erfüllen können. Zur Ausführung ihrer Projecte würden mehr als 600 Millionen an neuen Steuern gehören; das kann ich Ihnen vorrechnen. Auch Herr von Bennigsen hat noch 1882 auf einem Parteitag erklärt, wenn eine Altersversorgung überhaupt durchführbar sei, so könne der Staat nichts weiter thun, als gewisse allgemeine Normen aufstellen, die die Durchführung sichern. (Hört! hört!) Jetzt muß der Mann es schmerzlich erleben, daß, während er nicht anwesend ist, einer seiner engsten Freunde mit so vagen Projecten ohne solide Grundlage hervorkommt. (Sehr gut! links.) Wir haben allerdings so kleine Gesichtspunkte, daß wir die Leute nicht abspeisen mit hochtönenden Redensarten und Versprechungen, die höchstens so erfüllt werden können, daß man das Geld aus den Taschen derselben Leute nimmt, denen man die Wohlthaten zukommen lassen will. Es ist ein kleiner, aber bewährter Grundsatz, daß das Geld in den Taschen der Steuerzahler meist viel größere Zinsen trägt, als im großen fiskalischen Topf, wo ohne Ansehen die Wohlthaten nach allen Richtungen herumgestreut werden. Ja, diese „kleinen Gesichtspunkte" spielen ja wohl die Hauptrolle in dem Feuerwerk, in dem Wetterleuchten der Oechelhäuser'schen Rede, die frühere preußische Finanzpolitik bestand immer darin, daß man vorsichtig, knapp und gerecht war, gegen die, welche die Hauptlast im Staat tragen müssen, also gegen die Arbeiter, denen man jetzt um hunderte von Millionen die Lebensmittel vertheuert hat. Diese „kleinliche" Politik hat dem preußischen Staat das Zeug dazu gegeben, der Führer Deutschlands zu werden und die Einheit Deutschlands herauszuarbeiten; diese Politik gereicht Preußen zum Ruhme und erfüllt alle Culturstaaten mit Bewunderung. Lesen Sie doch die Bücher von englischen Finanzpolitikern, welche, wie Carey, der dem Herrn von Kardorff ja so imponirt, ausführen, was England und Frankreich mit kolossalen Summen geleistet haben, wie dagegen Preußen in seinen knappen, ängstlichen kleinlichsten Verhältnissen, trotzdem es wenig die Volkskraft angespannt hat, so Großes nicht nur auf dem Gebiete der Waffen, der Militärmacht, sondern auch auf dem Gebiete der Cultur und der Bildung geleistet hat. Wir, meine Herren, werden die kleinen Gesichtspunkte, die Deutschland groß gemacht haben, festhalten. Wir überlassen Herrn Oechelhäuser und denen, die ihm folgen, die hochtönenden Redewendungen und die niemals zu erfüllenden Versprechungen! (Anhaltender Beifall links.)

Abg. Buhl: Herr Rickert hat unter Verlesung von Citaten aus Reden des Herrn v. Bennigsen hervorgehoben, daß unsere jetzige Haltung unter Bennigsen'scher Führung unmöglich gewesen sei. Herr v. Bennigsen hat früher ausgeführt, daß, wenn die Mittel Preußens für seine Bedürfnisse nicht ausreichten, auch die Mittel des Reichs in Anspruch genommen werden müßten. Redner verliest einen Satz aus einer Bennigsen'schen Rede. (Abg. Rickert: Weiter lesen. Sie lassen den entscheidenden Satz aus.) Ich habe einen abgeschlossenen Satz zur Verlesung gebracht. Ganz in diesem Sinne hat sich auch Herr Oechelhäuser vernehmen lassen. Ich selbst habe schon bei der Berathung des Branntweinmonopols auf die Bedürfnisse des Reichs hingewiesen auf die Regelung des Militär- und Civilpensionsgesetzes, auf die Vermehrung der Schuldenlast. Wenn Herr Richter gemeint hat, daß die vermehrten Bedürfnisse des Reiches sich schon durch die erhöhten Erträge aus der Zuckersteuer decken ließen, so mache ich ihn darauf aufmerksam, daß die Zuckersteuer schon jetzt in jedem Jahr hinter den Veranschlagungen weit zurück geblieben ist und daß auch die jetzt beschlossene Erhöhung bei Weitem nicht zur Deckung unserer Bedürfnisse ausreicht. Was die Grund- und Gebäudesteuer betrifft, so hat sich 1880 der Abgeordnete Löwe für eine Ueberweisung derselben an die Comunen ausgesprochen. (Abg. Richter: aus den damaligen Steuern) und Abg. Meyer hat bei der Berathung der Lizenzsteuer erklärt, daß auch seine Partei es für ihre Pflicht ansehe, eine Form zu finden, in welcher der Branntwein in höherem Maße, denn bisher zur Steuer herangezogen werden könnte. Was endlich die Bemerkung des Herrn Oechelhäuser über die Altersversorgung betrifft, so muß ich den Vorwurf, als ob derselbe vage Versprechungen habe machen wollen, mit Entschiedenheit zurückweisen. Ein Mann, der wie er so für seine Arbeiter gesorgt hat, hat wohl das Recht, auch auf die staatlichen Verpflichtungen den Arbeitern gegenüber hinzuweisen. Im übrigen hat Herr Oechelhäuser diese Erklärungen nicht im Namen der Partei abgegeben.

Damit schließt die Debatte.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Richter: Der Herr Finanzminister hat nur den kleinsten Theil meiner Rede angehört und sich gleichwohl gemüßigt gesehen, mir in der Darstellung seiner Finanzpläne Oberflächlichkeit vorzuwerfen. Ich habe alle seine Pläne erwähnt, auch die Entlastng der Communen. Dann hat der Herr Minister unter Nennung meines Namens angedeutet, daß ich, durch Geld bestochen, in der „Freisinnigen Zeitung" Artikel gegen das Monopol geschrieben habe. Ich kann den Minister nur bedauern, dem dafür, daß in der Politik Jemand aus anständigen Motiven zu handeln im Stande ist, in seinem Verkehr und in seiner Praxis das Verständniß völlig abhanden gekommen ist.

Die Vorlage wird an eine Commission von 28 Mitgliedern verwiesen.

Auf Vorschlag des Präsidenten beschließt das Haus, um den Commissionsberathungen freien Spielraum zu lassen, demnächst keine Sitzungen abzuhalten, der Präsident wird auch ermächtigt bei etwa in der Commission eintretenden Vacanzen die Abtheilungen zu Neuwahlen einzuberufen.

Schluß $5\frac{1}{2}$ Uhr.

Nächste Sitzung unbestimmt.

Landtag.

Berlin, 25. Mai. Das Abgeordnetenhaus beendigte heute die zweite Berathung der Canalvorlage und nahm die einzelnen Paragraphen mit überraschend großer Majorität an und zwar überraschend groß nach dem gegentheiligen Eindruck, den die vorangegangenen Debatten hervorgerufen hatten. § 1 wurde nach einem Compromißantrag Windthorst-Letocha angenommen, welcher einerseits die Bedenken des Ministers Maybach gegen die Commissionsfassung bezüglich des Rhein-Emscanals zu beseitigen bezweckte, andererseits der Forderung der Schiffbarmachung der oberen Oder ein präcisere Fassung giebt. Dagegen stimmten nur wenige Conservative und Nationalliberale. Der von der Commission hinzugefügte Zusatz zu § 2, nach welchem mit der Oderregulirung sofort vorzugehen sei, wurde gegen die Stimmen des Centrums gestrichen, nachdem der Vertreter der Regierung diese Forderung als unannehmbar bezeichnete. Aus der Debatte ist bemerkenswerth die scharfe Art, in welcher Minister v. Böttiche die excessiven Forderungen des Agrariers Grafen Kanitz bekämpfte. Neben ihm that dies auch Alexander Meyer, der die Erklärung abgeben konnte, die Freisinnigen seien einstimmig für die schlesische Linie. Morgen Petitionen.

Abgeordnetenhaus. 82. Sitzung vom 25. Mai.
10 Uhr.

Am Ministertische: v. Bötticher, Maybach und Commissarien.

Das Haus setzt die am Sonnabend abgebrochene Debatte der Canalvorlage fort.

Abg. Stötzel spricht zunächst seine Freude darüber aus, daß durch die Erklärungen des Ministers vom vergangenen Sonnabend das Zustandekommen der vorgeschlagenen Canallinien sich weit aussichtsvoller, als bisher gestaltet habe und wendet sich sodann gegen die Bemerkung des Abg. von Rauchhaupt, daß, während der Oder-Spree-Canal und die Regulirung der oberen Oder einer ganzen Provinz zu Gute komme, der Rhein-Ems-Canal nur einer Interessengruppe Nutzen bringe. Das sei durchaus falsch; denn diese Canallinie habe nicht nur für zwei Provinzen und deren Industrie, sondern für Industrie und Landwirthschaft des ganzen Landes die allergrößte Bedeutung. Die Lage der Kohlenindustrie in Rheinland-Westfalen sei eine derartig traurige, daß, da die meisten Zechen seit Jahren nur mit Zubußen noch existirten, der Ruin und ein unberechenbarer Krach ihnen drohe, wenn nicht baldigst Hilfe komme. Das in den Kohlengruben angelegte Capital betrage 700 Millionen Mark; es handle sich also um kolossale Summen. Wenn er nun auch meine, daß durch den Canal die Industrie direct weder besser noch schlechter gestellt sein werde, so wünsche er doch dringend im Interesse der westfälischen Arbeiter den Bau des Canals. Die Lage dieser grundbraven Arbeiterbevölkerung sei höchst beklagenswerth. Auch im Interesse der Landwirthschaft wünsche er den Bau des Rhein-Ems-Canals, auf welche Weise dann auch der mit jener so innig wie nirgends verbundenen Industrie mittelbar Vortheil erwachsen werde.

Abg. Olzem wird im Gegensatz zur Mehrzahl seiner Freunde gegen den § 1 der Vorlage stimmen. Er könne die Nothwendigkeit und Vortheilhaftigkeit der Canalanlagen nicht einsehen, denn er halte Preußen nicht für reich genug, um so theure Experimente — denn mehr sei es bei der Unsicherheit des Nutzens und der Rentabilität nicht — zu machen. Namentlich liege die Gefahr darin, daß es bei dem Dortmund-Emscanal nicht bleiben, sondern daß andere Landestheile ähnliche nicht minder berechtigte Wünsche vorbringen würden, so daß es sich eigentlich um ein Milliardenproject handle. Seiner Meinung nach sei die Canal-Aera, welche wohl für die Zeit des großen Kurfürsten, allenfalls Friedrichs des Großen, noch passend gewesen vorbei und die Eisenbahn-Aera angebrochen. In England gingen nach und nach die Canäle zu Grunde. Die Nothlagen der Industrie, welcher der Rhein-Emscanal abhelfen solle, beruhe auf Ueberproduction und wenn der Canal gebaut sein werde würde sich die Production nur noch mehr steigern, auch müsse ein für alle Mal die Hoffnung auf billigere Tarife aufgeben werden. Nicht minder schwere Bedenken habe er auch als Freund des Staatsbahnsystems gegen den Bau dieser Canäle, denn die Eisenbahnen würden dadurch erheblich in ihrer Rentabilität geschädigt. Von einem allgemeinen Nutzen könne er nichts erblicken. Im Gegentheil erkenne er in der Vorlage nur das Bestreben einen Landestheil auf Kosten anderer zu bevorzugen. Aus diesen Gründen werde er gegen die Vorlage stimmen.

Minister v. Bötticher: Der Standtpunkt des Herrn Vorredners ist meines Erachtens lediglich dictirt von den Interessen des Landestheils (sehr gut! links) den er hier vertritt. (Rufe: Stumm! Heiterkeit.) Bei seinen Ausführungen, die sich gegen die Canäle im Prinzip richteten, klang immer nur hindurch: Wir dürfen einen Canal nicht bauen, der im Stande ist, die Interessen anderer Landestheile zu schädigen. Das ist des Pudels Kern bei allen Rednern, welche die Vorlage hier bekämpfen. Eine zuverlässige Rentabilitätsberechnung über den Canal läßt sich allerdings nicht aufstellen. Es handelt sich um einen neuen Verkehrsweg, von dem wir ausgiebige Benutzung hoffen. Wenn man verlangt, daß ein neuer Verkehrsweg erst hergestellt werden soll, wenn man Beweise dafür hat, daß er die Anlagekosten deckt, dann befänden wir uns unter Befolgung solcher Grundsätze noch auf dem Standpunkt früherer Jahrhunderte, dann könnten wir unmöglich im Besitze so leistungsfähiger und gegen alles Erwarten prosperirender Verkehrsmittel seien. (Sehr gut!) Neue Verkehrswege werden angelegt, um dem Verkehr neue Bahnen zu eröffneu und damit indirect den Volkswohlstand zu heben; ein gewisses Risico ist ja dabei. Weil ich der Ueberzeugung bin, daß der Erfolg einer außerordentlichen Prosperität nicht blos der localen Industrie, sonder aller Verkehrsbeziehungen von Westfalen zu den übrigen Provinzen und umgekehrt gesichert ist, deshalb ist der Rentabilitätsfrage für mich eine durchaus untergeordnete und gleichgiltige. (Sehr wahr! links.) Ich möchte das hohe Haus, so schließt der Minister, bitten, sich nochmals zu überlegen, ob es richtig ist, die unbegründete Sorge um das Wohl und Wehe einzelner Districte zum Ausgangspunkte für ein ablehnendes Votum zu nehmen. Wenn die Regierung in allen ihren Gliedern kein Bedenken getragen hat, in die Vorlage einzutreten, dann können Sie daraus ermessen, daß uns nicht die Fürsorge für einen einzelnen Bezirk, für die westfälischen Zechenbesitzer, geleitet hat, sondern daß wir ein Werk zu inauguriren überzeugt sind, welches dem wirthschaftlichen Leben der gesammten Nation zu Gute kommt. Denken Sie an das Dichterwort, nach welchem Derjenige, der für seine Interessen ausschließlich sorgt, keinen Anspruch auf Unterstützung hat. Wenn seine Interessen gefördert werden sollen, man sagt zu ihm mit zugeknöpften Taschen. Dir thut Niemand was zu Lieb, Hand wird nur von Hand gewaschen, wenn Du nehmen willst, so gieb. (Beifall.)

Abg. v. Benda: Ich vertrete die überwiegende Mehrheit meiner Freunde, welche für die Vorlage eintritt. Ich gebe zu, daß sich gegen die Vorlage gewichtige Gründe geltend machen lassen; man fürchtet vielleicht nicht ohne Grund, daß die Canäle den Eisenbahnen erhebliche Concurrenz machen können, allein, wenn der Eisenbahnminister selbst für die Vorlage spricht, so kann man seine Besorgnisse unterdrücken, ebenso auch alle finanziellen Bedenken, da es sich hier um productive Anlagen handelt. Im Interesse der Gerechtigkeit bin ich dafür, daß die Anwohner der beiden großen Ströme Weser und Elbe hier nicht vergessen werden. Die Erklärungen des Eisenbahnministers haben uns in dieser Beziehung beruhigt und wir sind gern bereit, dem Commissionsantrage eine noch vorsichtigere Fassung zu geben. Für alle Fälle bitte ich Sie, den Gesetzentwurf mit großer Mehrheit anzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Immwalle: Ich muß dagegen energisch protestiren, daß wir aus localen Gründen Gegner der Vorlage sind. Mit Dichterworten vertheidigt man keine materiellen Interessen. Statt uns mit Spott und Hohn zu überschütten, hätte uns der Minister mit sachlichen Gründen überzeugen sollen.

Abg. Szmula: Die Interessen der oberschlesischen Kohlenindustrie verdienen dieselbe Berücksichtigung, wie die der westfälischen. Verschlösse uns Rußland nicht den Import über seine Grenzen, so brauchten wir gar nicht nach der Ostsee oder Nordsee unsere Kohle zu exportiren. So aber bleibt uns nichts übrig, als auf den Ausbau unseres Canalnetzes zu dringen. Ich habe zu dem Herrn Minister alles Vertrauen; besser aber wäre es doch, wenn die betreffende Forderung schon in das Gesetz aufgenommen würde. (Beifall.)

Abg. Meyer (Breslau): Ich bin gegen die Commissionsfassung, soweit sie über die Vorschläge der Regierung hinausgeht, und ich stimme für die Regierungsvorlage. Die Ansichten meiner Freunde über diese

Projecte gehen auseinander. Der Emscanal ist unter allen Umständen als productive Anlage anzusehen. Fraglich ist nur, ob sie jetzt schon zeitgemäß ist. Wird nun durch deren Ablehnung die oberschlesische Anlage gefährdet, so besinne ich mich keinen Augenblick, für den Emscanal zu stimmen. Die Zeit der Canäle ist keineswegs vorüber und es ist vielmehr Zeit, daß wir wenigstens in bescheidenen Grenzen endlich diese seit zwanzig Jahren vielbesprochenen Projecte in Angriff nehmen. (Beifall.)

Abg. Kämpe: Meine Landsleute, die Ostpreußen, begrüßen das Project des Dortmund-Ems-Canals mit Freuden als die Erfüllung eines von ihnen schon seit Jahren gehegten Wunsches. Ich verstehe nicht wie ein Vertreter der Stadt Hannover sich gegen das Gesetz hat aussprechen können. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß er mit seinen Freunden doch noch für die Vorlage stimmen wird. Bedauern muß ich jedoch, daß die Schifffahrtsinteressen der Stadt Leer durch Anlage eines Hafens in der Vorlage nicht berücksichtigt sind.

Abg. Wüsten erklärt sich gegen den Bau des Dortmund-Emscanals.

Abg. v. Minnigerode: Wir sind nicht reich genug, um neben unsern natürlichen Wasserstraßen noch ausgedehnte Canalnetze bauen zu können. Von einer großen Canal-Aera darf für die Zukunft keine Rede sein. Man sollte auch nicht die Staatsbahnen in ihren Erträgen schmälern. Es fragt sich aber doch, ob nicht für einzelne Districte Canalbauten nothwendig sind. Die Kohlengebiete Westfalens und Oberschlesiens verdienen alle Berücksichtigung. Eine Herabsetzung der Eisenbahn Tarife für Kohlen wäre sehr bedenklich und ein sehr bedenkliches Präjudiz für andere Interessenten, da nun aber die Kohlenindustrie ohne billigere Frachten nicht prosperiren kann, so muß man sich zur Eröffnung neuer künstlicher Wasserstraßen entschließen, auf die Gefahr hin, daß man hier und da locale Interesse schädigt. Meine Freunde werden für den Antrag Windthorst-Letocha stimmen mit dem Vorbehalt, daß die projectirten Wasserstraßen nur dem Massentransport dienen sollen.

Die Discussion wird geschlossen. Der § 1 wird darauf mit großer Mehrheit angenommen. Dagegen stimmte ein großer Theil der conservativen Partei.

Die Commission hat den § 2 folgenden Zusatz gegeben: „Mit dem Ausbau der Wasserstraße im oberen Laufe der Oder ist nach Feststellung der Projecte und Bewilligung der erforderlichen Mittel sofort vorzugehen und der Bau unter allen Umständen so zu fördern, daß diese Wasserstraße spätestens mit der Vollendung des Schiffahrtscanals von Dortmund nach dem Emdener Binnenhafen fertiggestellt ist."

Abg. Letocha empfiehlt die Annahme des Zusatzes.

Ministerialdirector Schultz erklärt denselben für unannehmbar, weil es nicht angehe, die Fertigstellung eines Projectes, für welches alle Pläne bereits ausgearbeitet sind, abhängig zu machen von einem anderen, welches noch nicht vorbereitet sei.

Nachdem auch der Abg. Eickenscheidt sich gegen diesen Zusatz erklärt, wird derselbe gegen die Stimmen des Centrums und der schlesischen Abgeordneten der anderen Parteien abgelehnt und § 2 ohne Aenderung nach der Vorlage angenommen.

Der Rest des Gesetzes, welcher über die Aufnahme der Anleihe rc. die üblichen Vorschriften enthält, wird ohne Debatte angenommen.

Die zu dieser Vorlage eingegangenen Petitionen werden durch die gefaßten Beschlüsse für erledigt erklärt.

Schluß $1\frac{3}{4}$ Uhr.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 11 Uhr; Petitionen.

---

* **Berlin,** 25. Mai. Der dem Reichstage heute vorgelegte Rechenschaftsbericht über die Verhängung des Belagerungszustandes über Spremberg ist so nichtssagend wie möglich. Man erfährt aus demselben keine Thatsache, die geeignet wäre, das Erstaunen zu beseitigen, welches die Maßregel hervorgerufen hat. Die Begründung lautet: Unter der zahlreichen Fabrikbevölkerung der Stadt Spremberg hat die socialdemokratische Partei seit längerer Zeit viele Anhänger, welche durch eine feste Organisation unter einem Parteiführer und mehreren Vertrauensmännern zusammengehalten werden und mit den Gesinnungsgenossen in anderen Städten der Provinz in enger Verbindung stehen. Die Verbreitung socialdemokratischer Flugblätter wird dort in erheblichem Umfange und systematisch betrieben. Die socialdemokratischen Bestrebungen sind bereits in früheren Jahren bei mehreren Anlässen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise hervorgetreten. Als im Sommer des Jahres 1883 eine socialdemokratische Versammlung, in welcher der Reichstagsabgeordnete Hasenclever sprach, aufgelöst werden mußte, wurden gegen die Behausung des Bürgermeisters von Spremberg, welcher die Versammlung für aufgehoben erklärt hatte, Gewaltthätigkeiten verübt. Im Frühjahre 1885 erhielten mehrere Einwohner von Spremberg Exemplare einer Nummer des Züricher „Socialdemokrat" zugesandt, worin eine Correspondenz aus Spremberg enthalten war, in welcher unter Verunglimpfung dortiger Beamten die selbstverständlich erfundene Behauptung aufgestellt wurde, daß im Polizeigewahrsam daselbst ein Verhafteter durch den Polizei-Wachtmeister Sommer zu Tode geprügelt worden sei, und daß der Kreis-Medicinal-Beamte demnächst wissentlich eine falsche Todesursache attestirt habe. Neuerdings haben in Spremberg schwere Störungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit durch die socialdemokratische Bevölkerung stattgefunden. Kurz nach Beendigung der diesjährigen Musterung der in dieser Stadt wohnhaften Gestellungspflichtigen bewegte sich ein Zug von etwa 50 jungen, zumeist gestellungspflichtigen Leuten unter Absingung der sogenannten Arbeiter-Marseillaise durch die Straßen; an der Spitze dieses Zuges wurde eine rothe Fahne getragen, welche dadurch hergestellt war, daß einer aus dem Haufen ein rothes Tuch an einem Stock gebunden hatte und denselben in die Höhe hielt. Der Polizeisergeant Hubrich, welcher die Fahne entfernen wollte, wurde beschimpft und als er einen der Excedenten zu verhaften versuchte, umringte ihn der Haufen, versuchte ihm den Verhafteten zu entreißen und griff ihn thätlich an, so daß er von der Waffe Gebrauch zu machen genöthigt war, wobei mehrere der Excedenten verwundet wurden. Aus seiner bedrängten Lage wurde er erst befreit als der Landrath, der Bürgermeister und die herbeigerufenen Gendarmen, sowie städtische Polizeibeamte zur Stelle kamen, mehrere Verhaftungen vornahmen und die Excedenten auseinandertrieben. Am Abend desselben Tages erneuerten sich die Unruhen, indem sich vor einem Hause, in welches sich der mehrgenannte Beamte begeben hatte, größere Menschenmengen ansammelten, welche drohten, an ihm Rache für die verwundeten Personen zu nehmen. Noch ernster gestaltete sich der Exceß am Abend des 1. Mai. Eine nach Hunderten zählende Menge versammelte sich zwischen 9 und 10 Uhr auf dem Marktplatze. Vor dem Rathhause sang sie die Arbeiter-Marseillaise und zeigte eine, die öffentliche Ruhe und Sicherheit bedrohende Haltung. Die Aufforderungen des Bürgermeisters zum Auseinadergehen blieben jedoch erfolglos, so daß die städtischen Polizeibeamten von der Waffe Gebrauch machen mußten, um die Menge auseinander zu treiben und 15 der Excedenten zu verhaften. Von den letzteren wurde thätlicher Widerstand geleistet, insbesondere wurde nach den Polizeibeamten mit Steinen und Flaschen geworfen. Diese Excesse scheinen um so bedenklicher, als dieselben bei Gelegenheit der Militär-Ersatzaushebung stattgefunden haben. Nach diesen Vorgängen ist nicht zu bezweifeln, daß die socialdemokratische Bewegung in Spremberg, deren auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschafts-Ordnung gerichtete Bestrebungen schon, wie oben erwähnt, seit längerer Zeit in der Arbeiterbevölkerung in einer den öffentlichen Frieden gefährdeten Weise sich erkennbar gemacht hatten, neuerdings einen gewaltthätigen Charakter angenommen hat und dadurch die öffentliche Sicherheit bedroht. Dieser Zustand hat es erforderlich gemacht, den Behörden Ausnahmebefugnisse einzuräumen und die im § 28 Nr. 1 und 3 des Socialistengesetzes vorgesehenen Maßnahmen über die Stadt Spremberg zu verhängen. Zugleich sind die betreffenden Anordnungen auf den Gemeindebezirk Slamen und den Gutsbezirk Colonie Heinrichsfeld ausgedehnt worden, da diese Ortschaften in örtlichem Zusammenhange bezw. in unmittelbarer Nähe der genannten Stadt liegen und ihre zum großen Theile der socialdemokratischen Partei angehörigen Einwohner in engster Verbindung mit den Bewohnern von Spremberg stehen.

* **Berlin,** 25. Mai. Die Budget-Commission des Reichstages lehnte in ihrer gestrigen Sitzung, dem Antrage der zur Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend den Servistarif und die Klasseneintheilung der Orte, niedergesetzten Subcommission entsprechend, die Versetzung der Städte Breslau, Köln und Leipzig in Klasse a einstimmig ab; nur für die Versetzung Kölns wurde eine Stimme abgegeben. Einstimmig angenommen wurde nach dem Vorschlage der Subcommission die Versetzung aller von der Regierung dazu vorgeschlagenen Orte in die höheren Klassen 1, 2 und 3 (in letzterer mit Ausnahme von Bartenstein und Meseritz), sowie 4 ohne Ausnahme. Ebenso einstimmig angenommen wurde, dem Antrage der Regierung entsprechend, die Beseitigung der gesonderten Klassificirung von Mühlberg bei Karlsruhe, Neudorf bei Gleiwitz und Neustadt bei Magdeburg, welche Orte den Städten, deren Vororte sie waren, einverleibt sind. Die Herabsetzung von höheren in niedrigere Klassen, welche von der Regierung vorgeschlagen sind, wurden mit Ausnahme der für Meppen beantragten, welche abgelehnt wurde, auf Antrag der Subcommission einstimmig gutgeheißen.

Berlin, 25. Mai. Es galt heute im Seniorenconvent des Reichstages für die stillschweigende Voraussetzung des Plenums, daß die nächste Sitzung erst nach Pfingsten — man nimmt an, am 17. Juni — stattfinden werde. Früher dürfte die Commission für die Branntweinsteuer mit ihrer Arbeit nicht fertig werden, falls sie überhaupt zu einem Resultat gelangen solte.

Berlin, 25. Mai. Auswärtige Blätter lassen sich melden, und die meisten hiesigen Drucken es treuherzig nach, daß dem Reichstage ein Relictengesetz für die Reichsbeamten zugehen solle. Bekanntlich besteht ein solches Gesetz bereits seit fünf Jahren; es handelt sich um das Militärrelictengesetz, welches, wie wir bereits vor einigen Tagen mittheilten, den Reichstag noch beschäftigen soll. Die Vorlage wird morgen dem Bundesrath zugehen, und zwar unverändert in der Form, in der sie 1884 vorgelegt wurde. Sie Scheiterte damals an der Bestimmung, daß die unverheiratheten Lieutenants und Hauptleute zweiter Klasse von der Beitragspflicht zu ben Wittwen- und Waisengeldern befreit sein sollten, welche die Civilbeamten des Reiches leisten müssen. Die Regierung scheint — und nicht ohne Grund — zu glauben, daß sie diesmal mit dem Reichstage zu einer Einigung kommen werde. Die Frage, ob dem Reichstage noch der neulich schon erwähnte Nachtragsetat zugehen soll, welcher hauptsächlich Forderungen für militärische Zwecke enthalten würde, ist noch immer unentschieden. Es ist kein Geheimniß mehr, daß Verstärkungen der Garnisonen in Elsaß-Lothringen im Werke sind. Es ist aber nicht unwahrscheinlich, daß die Regierung eine Nachtragsforderung und die damit verbundenen Erörterungen im Reichstage zu vermeiden wünscht und ähnlich, wie es vor zwei Jahren bei den Dislocationen in den Ostprovinzen geschehen ist, erst nachträglich die Genehmigung der Kosten nachsucht.

* **Berlin,** 25. Mai. Gestern hat hier eine vom fortschrittlichen Arbeiterverein einberufene Versammlung stattgefunden, in welcher von mehreren Rednern, u. A. auch vom Reichstagsabgeordneten Hinze, der Ministerialerlaß über die Aufhebung des Versammlungsrechtes scharf bekämpft und eine Petition an den Reichstag und Landtag beschlossen wurde.

Cassel, 25. Mai. Entsetzliche Zerstörung gestern Abend durch eine Windhose bei Wetzlar. Die Bahnhofsmaschinenhalle und zwei Fabrikschlote sind eingestürzt. Mehrere Dächer wurden abgehoben, Kähne umgestürzt und Waldstriche umgeknickt.

(Für einen Theil der Auflage wiederholt.)

(Aus Wolff's Telegraphischem Bureau.)

Berlin, 25. Mai. Das Gesetz, betreffend Abänderung der kirchenpolitischen Gesetze, wurde heute veröffentlicht.

Stuttgart, 25. Mai. In einem Handschreiben, datirt Nizza, 19. Mai, spricht der König dem General Schachtmeyer den Dank für seine ausgezeichneten treuen Dienste aus, er hofft, daß dem General noch viele Jahre der Ruhe und ungestörter Gesundhelt beschieden seien. Der König wünsche Schachtmeyer ein besonderes Zeichen seiner wohlwollenden Gesinnung zu geben, er lasse deshalb sein Bild anfertigen, welches den General sofort nach seiner Vollendung zugehen werde.

Wien, 25. Mai. Abgeordnetenhaus. Die Linke und der Deutsche Club erklärten, sich an der Ersatzwahl für die Staatsschulden-Control-Commission nicht betheiligen zu wollen. Graf Taaffe hatte erklärt, daß die Regierung mit den betreffenden Vorgängen nichts zu thun gehabt, sowie auch keinerlei Verfügungen erlassen habe, und wies unter Darlegung des Sachverhalts alle gegen die Regierung erhobenen Vorwürfe entschieden zurück.

Rom, 25. Mai. Bisheriges Wahlergebniß: 249 Ministerielle, 156 Pentarchisten, 28 Radicale, 18 unbekannter Partei, 4 Dissidenten. Es stehen noch 51 Wahlresultate aus.

London, 25. Mai. Gladstone hat sich nach dem heutigen Cabinetsrath zur Audienz zur Königin nach Windsor begeben.

Belgrad, 25. Mai. Das „Amtsblatt" veröffentlicht einen königlichen Erlaß, betreffend die verfassungsmäßige Ernennung von vierzig Abgeordneten aus dem Beamten-, dem Kaufmanns- und dem Bauernstande.

Montevideo, 25. Mai. Der Präsident Vidal gab seine Entlassung. Die Nationalversammlung berief an seiner Statt den Expräsidenten Santos.

Handels-Zeitung.

Breslau, 25. Mai.

* **Deutsche Reichsbank.** Wir meldeten bereits, dass in Frankfurt a. M. in Anwesenheit des Präsidenten der Reichsbank Herrn v. Dechend, eine Directoren-Versammlung stattgefunden hat. Das Resultat der Berathung fixirt die „Frankf. Ztg." wie folgt: Die Reichsbank legt Werth darauf, den Verkehr in kleinen Wechseln nach Kräften zu erleichtern, in der Absicht, dadurch die Gewöhnung der Geschäftskreise an Baarzahlung zu fördern. In Frankreich ist Baarzahlung oder an deren Stelle die Zahlung durch 30, 45 oder 60 Tage-Wechsel, namentlich auch die Ausstellung der sogenannten Billets à ordre, so sehr allgemeine Gepflogenheit, dass bei Weitem mehr als in Deutschland auch ganz kleine Wechsel ausgestellt werden, Appoints von 100 à 200 Francs und selbst unter 100 Francs. Die Banque de France pflegt davon grosse Mengen durch ihr Portefeuille wandern zu sehen, was ihr allerdings dadurch erleichtert wird, dass solche kleine Wechsel zuvor von vielen französischen Banken angesammelt werden. Die Reichsbank discontirt zur Zeit keinen Wechsel unter einem Minimal-Discontabzuge von 60 Pf., daher ihr ganz kleine Wechsel entweder gar nicht gegeben werden, oder nur dann, wenn die Laufzeit lang genug ist, um den Minimal-Abzug zu decken. Es wird nun vorgeschlagen, die Reichsbank möge, ungeachtet der aus so kleinen Appoints ihr erwachsenden Arbeitslast, künftig Appoints bis zu 100 M. schon für 30 Pf., grössere für 50 Pf. discontiren. Ferner wurde angeregt, denjenigen Giro-Kunden der Reichsbank, welche ihre Wechsel nicht durch regelmässigen Austausch mit anderen Firmen verwerthen, sondern sich damit beständig an die Reichsbank wenden, ein gewisses Entgegenkommen in Bezug auf die Höhe des von ihnen zu haltenden Giro-Saldos zu bethätigen. Ganz besonders wünscht die Reichsbank, dass, wie in früheren Jahren, der Gesammtverkehr in kurzen Wechseln sich bei ihr concentrire, nicht nur weil sie dadurch vollen Ueberblick über den Geschäftsverkehr erlangt, sondern hauptsächlich weil kurze Wechsel die liquideste, und folglich für eine grosse Zettelbank geeignetste Zinsanlage bilden. Die bisherige Bedingung aber, dass die Reichsbank mindestens zehn Tage zum vollen Banksatze kürzt, hat sich als eine, gegenüber den durch gesteigerte Concurrenz herabgedrückten Provisionen so harte erwiesen, dass die Banquiers mit einem sehr grossen Theile ihrer kurzen Wechsel die Reichsbank umgehen müssen. Es ist deshalb der Vorschlag, die Reichsbank möge sich an fünf Tagen Banksatz genügen lassen, neuerdings in Erwägung gezogen worden. Indess besteht vorerst keine Geneigtheit, diese Erleichterung für alle Wechsel ohne Unterschied zu bewilligen, sondern nur für grössere Abschnitte bezw. für grössere, auf einmal eingereichte Beträge. Welches dafür die unterste Grenze sein soll, darüber gehen die Meinungen auseinander; sie schwanken zwischen 10000 M. für einzelne Abschnitte bezw. 30000 Mark für jede Einreichung. Weiter wurde angeregt, ob die Reichsbank nicht von Denjenigen ein Aequivalent beanspruchen sollte, welche im Wechsel-Incasso die Reichsbank ausschliesslich oder doch vorzugsweise für die kleinen oder schwerer einziehbaren Wechsel in Anspruch nehmen, die grossen und glatten Abschnitte dagegen direct einkassiren. Es scheint indess, dass davon vorerst Abstand genommen werden soll. Sehr lebhaft wurde die Frage discutirt, ob die Reichsbank nicht nunmehr der Discontirung von Warrants näher treten sollte, da grosse Lagerungs-Einrichtungen in Hamburg, Bremen und Frankfurt a. M. in der Herstellung begriffen sind, in Mainz, Mannheim, München und vielen anderen Städten bereits bestehen und zum Theil noch erweitert werden, die praktische Voraussetzung für den Verkehr in Warrants somit künftig auch in Deutschland mehr als bisher gegeben sein wird. Die Banque de France discontirt schon seit längerer Zeit Warrants mit zwei Unterschriften, nicht über drei Monate laufend, und zwar in ausgedehntem Umfange. Die Reichsbank würde, um sich diesem Geschäftszweige mit Erfolg widmen zu können, zuvor eine gesetzliche Regelung des Warrantsrechtes abwarten müssen, bei welcher Gelegenheit auch die Befugnisse der Bank entsprechend zu erweitern wären. Einstweilen sind, wie die „Fr. Ztg." hört, von den hauptsächlich in Betracht kommenden Plätzen Gutachten eingefordert worden.

* **Lissabonner 4proc. Stadt-Anleihe.** Am 27. und 28. d. M. findet in Berlin bei der Bank für Handel und Industrie und an einer grossen Anzahl anderer Plätze in Deutschland und in der Schweiz die Subscription auf eine 4procentige Lissabonner Stadtanleihe im Betrage von 15117200 Mark zum Course von $79\frac{1}{2}$ pCt. statt. Die Anleihe ist im Wesentlichen bestimmt, um diejenigen Ausgaben zu decken, welche die Verwaltung der Stadt Lissabon in Folge der beträchtlichen Erweiterung der Stadt zu bestreiten hat, z. B. für Strassenbauten, Herstellung einer neuen Octroi-Mauer u. s. w. Die Vergrösserung der Stadt Lissabon ist durch das Gesetz vom 18. Juli 1885 sanctionirt worden und besteht darin, dass eine Reihe unmittelbar an die Stadt Lissabon angrenzender Ortschaften, welche eine Einwohnerzahl von circa 100000 Seelen haben, in den Stadtbezirk einbezogen werden. Die hauptsächliche Steuer in Lissabon ist die Verbrauchssteuer (Octroi) und ist durch das oben erwähnte Gesetz festgesetzt worden, dass der Stadt Lissabon von der durch die Vermehrung der Einwohnerzahl der Stadt entstehenden Verbrauchs-Stener 80 Procent zufallen, während die restlichen 20 Procent der Portugiesische Staat erhält. Nach den angestellten genauen Berechnungen und unter Zugrundelegung der in dem früheren kleineren Stadtbezirke eingekommenen Verbrauchs-Steuern ist der Gesammtbetrag des Zuwachses an Verbrauchs-Steuern auf 720000 Milreïs zu veranschlagen, wovon also der Stadt Lissabon 80 pCt. = ca. 576000 Milreïs (M. 2560000) zufallen. Durch den Anleihe-Vertrag ist diese Einnahme aus der Verbrauchsteuer von der Stadtverwaltung der Stadt Lissabon als Garantie für die neu zu emittirende Anleihe überwiesen worden. Die Obligationen der Anleihe lauten auf 90 Milreïs = 400 Mark und auf 450 Milreïs = 2000 Mark; ebenso lauten die halbjährlichen Coupons der Obligationen von 400 M. auf $1\frac{8}{10}$ Milreïs = 8 Mark und derjenigen von 2000 Mark auf 9 Milreïs = 40 Mark. Die Coupons und verloosten Obligattonen sind nach Wahl des Inhabers zahlbar in Lissabon in portugiesischer Währung, oder bei den deutschen Zahlstellen in Mark deutscher Reichswährung, so dass also eine Coursschwankung für die Coupons ausgeschlossen ist. Ferner sind die Coupons und verloosten Obligationen, welche in Deutschland zur Einlösung gelangen, frei von jeder portugiesischen Staats- oder städtischen Steuer. Die Anleihe wird durch jährliche Amortisationen al pari binnen 90 Jahren zurückgezahlt.

Versicherungs-Nachrichten.

* **Lebens- und Pensions-Versicherungs-Gesellschaft „Janus" in Hamburg.** Aus dem Geschäftsbericht pro 1885 geht hervor, dass die Ergebnisse des verflossenen Geschäftsjahres im allgemeinen befriedigende waren. In der Lebensversicherungsbranche kamen 2502 Versicherungen auf zusammen 6987755 Mark zum Abschluss; dem entsprechend hob sich nach Ausscheidung der durch Sterbefälle, Fälligkeit, Rückkauf und Nichtprolongation in Abrechnung kommenden Versicherungen der Gesammtbestand derselben pro 1886 auf 66073645 Mark und die Jahresprämien-Einnahme auf 2074725 Mark. Die Pensions-Versicherungs-Branche brachte an Capital-Einlage die Summe von 637176 Mark für sofort beginnende Renten, deren Gesammtbetrag Ende 1885 auf 355706 Mark jährlicher Rente gestiegen war, während die Gesammtsumme für später beginnende jährliche Pensionen auf 23555 M. sich erhöhte. Die Zinseneinnahme befand sich unter dem ungünstigen Einflusse des andauernd und allgemein in rückgängiger Bewegung begriffenen Zinsfusses. Dieselbe belief sich auf 704866 M. Hinsichtlich der Sterblichkeit unter den Versicherten verlief das verflossene Jahr für die Gesellschaft zwar nicht gleich vortheilhaft, wie sein Vorgänger, in welchem eine recht erhebliche Untersterblichkeit zu registriren gewesen, doch aber immerhin noch günstig, denn obgleich die rechnungsmässige Erwartung um Einiges überschritten wurde, erwiesen die zur Deckung bereiten Mittel einen Ueberschuss von 58093 M. Das Gewinn- und Verlust-Conto weist einen für das Jahr 1885 verfügbaren Ueberschuss von 216296 Mark auf; es können a. 20 pCt. auf die reine Prämie der am Schluss des Jahres 1883 mit Dividendenanspruch in Kraft gewesenen Versicherungen; b. 300 M. pro Actie auf den Baar-Einschuss der Actionäre zur Vertheilung gelangen. Die Gesammtreserven sind um 1015343 M. auf 17072428 M. gewachsen; von denselben fallen 13328443 M. auf Prämien-Reserve der Lebensversicherungsbranche, 2656339 M. auf Reserve der Pensionsversicherungsbranche, 766602 M. auf Gewinn- und 321053 M. auf Capital-Reserve.

Börsen- und Handelsdepeschen.

Special-Telegramme der Breslauer Zeitung.

Berlin, 25. Mai. **Neueste Handels-Nachrichten.** Das Prolongationsgeschäft nimmt einen den flüssigen Geldverhältnissen entsprechenden glatten Verlauf. Russische Noten und Disconto-Commandit-Antheile waren übrig. Es wurden die folgenden Sätze bezahlt: Oesterreichische Creditactien 0,35 M. Deport, Franzosen 1—1,10—0,90 Mark Deport, Lombarden 0,90 M. Deport, Disconto-Commandit-Antheile 0,10—0,05—0,10 pCt. Report, Deutsche Bank glatt, Dortmunder Union 0,40—$0{,}42\frac{1}{2}$ pCt. Deport, Laurahütte 0,20—0,25 pCt. Deport, Italiener 0,25 pCt. Deport, Ungarn 0,25 pCt. Deport, Gemischte Russen 0,30—0,2875 pCt. Deport, 1884er Russen 0,30 pCt. Deport, 1880er Russen 0,1875—0,20 pCt. Deport, Orient-Anleihe $0{,}28\frac{3}{4}$—0,30 pCt. Deport, Russische Noten 0,40—0,45 M. Report, Ostpreussische Südbahn 0,75—1,25 pCt. Deport. Alles mit Courtage. — Die Gerüchte, dass die Conversion der Kursk-Kiewer Prioritäten aufgegeben sei, werden als unrichtig bezeichnet, ebenso sind auch die weiteren Gerüchte vom Aufschub des Conversionsgeschäftes mit grosser Vorsicht zu behandeln. — Die von der letzten Generalversammlung beschlossene Erhöhung des Actiencapitals der Stettiner Maschinenbau-Actien-Gesellschaft „Vulcan" um 1200000 Mark ist nunmehr ins Handelsregister eingetragen worden, so dass die Emission dieser Actien, welche bekanntlich durch die Berliner Handels-Gesellschaft erfolgt, in der nächsten Zeit stattfinden wird. — Nach dem „Börsen-Courier" ist auf die Kuxe der Gewerkschaft Neustassfurt für den Monat April eine höhere Ausbeute als bisher, nämlich 150 Mark, gegen 125 Mark für die letzten Monate, zur Vertheilung gelangt.

Berlin, 25. Mai. Wie die „National-Zeitung" erfährt, wird die russische Regierung demnächst eine steuerpflichtige fünfproc

innere Anleihe von einhundert Millionen Rubeln zum Pari-Course auflegen.

Berlin, 25. Mai. **Fondsbörse.** Die Börse eröffnete in fester Haltung, ermattete jedoch im weiteren Verlaufe auf die Meldung der „National-Zeitung", dass dem Reichstage eine erhebliche Nachtragsforderung für militärische Zwecke zugehen werde, sowie auf das Gerücht, die Conversion der russischen Anleihen sei einstweilen aufgehoben, welches durch die gleichfalls unrichtige Petersburger Nachricht entstanden sein dürfte, dass die Conversion der Kursk-Kiewer Prioritäten wegen der Mindereinnahmen der Bahn einstweilen aufgegeben sei. Creditactien schliessen 459,50, Disconto-Commandit-Antheile 217,37. Auch Berliner Handelsgesellschafts-Antheile waren etwas schwächer, während Deutsche Bankactien, die für Hamburger Rechnung stark gekauft wurden, und Darmstädter Bankactien Coursavancen erzielen. Eine sehr matte Haltung zeigten die Actien der Oesterreichisch-Ungarischen Staatsbahn, die in Folge der vorliegenden Mindereinnahmen ca. 6 Mark zurückgegangen sind; dagegen wurden Dux-Bodenbacher und Galizier zu etwas besseren Coursen gehandelt. Die Schweizerischen Eisenbahnactien verkehrten in recht fester Tendenz und zum Schluss erzielten sowohl Schweizer Union als Schweizer Nordostbahn-Actien kleine Besserungen. Auch für die Deutschen Eisenbahn-Actien ist die Stimmung unverändert günstig geblieben, insbesondere zeichneten sich Hessische Ludwigsbahn- und Dortmund-Gronau-Enscheder Eisenbahn-Actien durch lebhafte Umsätze und höhere Course aus. Auch Mecklenburger haben neuerdings etwas angezogen und Ostpreussische Südbahn-Actien blieben gut behauptet. Die ausländischen Renten bekundeten eine recht feste Tendenz und konnten namentlich die Russischen Anleihen weiter anziehen. Neue Lissaboner Stadtanleihe wurde zum Course von 81,50 gehandelt. Die Rrussischen Prioritäten waren etwas abgeschwächt. Für die Speculations-Montanpapiere war die Stimmung auch heute matt und mussten namentlich die Actien der Laurahütte weiter nachgeben. Auch die Cassawerthe waren gedrükt. Von sonstigen Industriewerthen gewannen Oppelner Cementfabrik $1^1/_2$ pCt., Schlesischer Portland Cement $1^1/_2$ pCt.. Erdmannsdorfer Spinnerei 0,65.

Berlin, 25. Mai. **Productenbörse.** In Folge der von fast allen Theilen Deutschlands gemeldeten feuchten Niederschläge, sowie niedrigerer ausländischer Notirungen war der Productenmarkt heute flau und kürzten starke Angebote der Platzspeculationen den Weizen für nahe Sichten 1 M., für entfernte $1^1/_2$ M. — Roggen war für den nahenden Juni-Juli-Termin in Realisationen vielseitig angeboten, spätere Sichten weniger, was zur Vergrösserung des Reports beitrug. Das Effectiv-Geschäft konnte sich nicht zu grösserer Ausdehnung entwickeln, und verlautete auch nichts über Neukäufe von auswärts. — Gerste geschäftslos. — Hafer nur in feiner Qualität beachtet. Termine still. — Mais fest, Mai und Juni-Juli $108^1/_2$, Sept.-Octbr. $111^1/_2$. — Mehl ruhig. — Rüböl schwächer. — Petroleum geschäftslos. — Spiritus matter.

Paris, 25. Mai. **Zuckerbörse.** Rohzucker 88 pCt., ruhig, loco 33, —, weisser Zucker, ruhig, Nr. 3 per 100 Klgr. per Mai 36,25, per Juni 36,30, per Juli-August 36,80, per October-Januar 38,00.

London, 25. Mai. **Zuckerbörse.** Havannazucker No. 12: $13^1/_2$ nom. Rüben-Rohzucker, flau, 12 Centrifugal-Cuba —.

Telegramme des Wolff'schen Bureaus.

Berlin, 25. Mai. [Amtliche Schluss-Course.] Abgeschwächt.

Cours vom	25.	24.
Eisenbahn-Stamm-Actien.		
Mainz-Ludwigshaf.	97 50	97 10
Galiz. Carl-Ludw.-B.	81 20	81 70
Gotthard-Bahn	109 70	— —
Warschau-Wien	253 —	253 10
Lübeck-Büchen	158 50	158 50
Eisenbahn-Stamm-Prioritäten.		
Breslau-Warschau	67 70	67 90
Ostpreuss. Südbahn	124 —	123 90
Bank-Actien.		
Bresl. Discontobank	89 50	89 60
do. Wechslerbank	102 90	101 70
Deutsche Bank	159 25	159 50
Disc.-Command. ult.	217 50	219 —
Oest. Credit-Anstalt	459 —	460 —
Schles. Bankverein	104 20	104 20
Industrie-Gesellschaften.		
Brsl. Bierbr. Wiesner	— —	— —
do. do. St.-Pr.-A.	— —	— —
do. Eisnb.-Wagenb.	108 —	108 40
do. verein. Oelfabr.	58 20	58 10
Hofm. Waggonfabrik	— —	— —
Oppeln. Portl.-Cemt.	89 —	87 50
Schlesischer Cement	121 50	120 —
Bresl. Pferdebahn	134 20	134 20
Erdmannsdrf. Spinn.	70 25	69 60
Kramsta Leinen-Ind.	127 —	127 —
Schles. Feuerversich.	1528 —	1528 —
Bismarckhütte	106 —	106 40
Donnersmarckhütte	29 —	29 70
Dortm. Union St.-Pr.	42 —	42 40
Laurahütte	68 30	69 50
do. $4^1/_2$% Oblig.	101 20	101 20
Görl. Eis.-Bd. (Lüders)	104 —	104 —
Oberschl. Eisb.-Bed.	28 —	28 —
Schl. Zinkh. St.-Act.	119 30	119 20
do. St.-Pr.-A.	124 —	124 —
Inowrazl. Steinsalz	29 20	29 —
Inländische Fonds.		
Deutsche Reichsanl.	106 10	106 10
Preuss. Pr.-Anl. de 55	143 —	143 20
Preuss. 4% cons. Anl.	105 10	105 —
Prss. $3^1/_2$% cons. Anl.	102 60	102 60

Cours vom	25.	24.
Posener Pfandbriefe	101 —	101 20
Schles. Rentenbriefe	104 —	104 —
Goth. Prm.-Pfbr. S. I	109 20	109 30
do. do. S. II	105 60	105 70
Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.		
Breslau-Freib. $4^1/_2$%	102 20	102 20
Oberschl. $3^1/_2$% Lit. E	100 60	100 30
do. $4^1/_2$%	102 10	102 10
do. $4^1/_2$% 1879	106 —	106 —
R.-O.-U.-Bahn 4% II.	104 —	104 —
Mähr.-Schl.-Ctr.-B.	58 —	58 50
Ausländische Fonds.		
Italienische Rente	98 50	98 20
Oest. 4% Goldrente	94 90	94 50
do. $4^1/_5$% Papierr.	68 80	68 90
do. $4^1/_5$% Silberr.	68 90	68 90
do. 1860er Loose	118 50	118 10
Poln. 5% Pfandbr.	62 50	62 50
do. Liqu.-Pfandb.	57 —	56 90
Rum. 5% Staats-Obl.	95 80	95 70
do. 6% do. do.	107 20	107 40
Russ. 1880er Anleihe	89 60	89 10
do. 1884er do.	100 40	100 20
do. Orient-Anl. II.	62 10	62 20
do. Bod.-Cr.-Pfbr.	100 20	101 10
do. 1883er Goldr.	114 90	114 80
Türk. Consols conv.	15 30	15 30
do. Tabaks-Actien	79 50	79 50
do. Loose	34 50	34 50
Ung. 4% Goldrente	84 70	84 50
do. Papierrente	76 50	76 40
Serbische Rente	81 —	81 —
Banknoten.		
Oest. Bankn. 100 Fl.	161 40	161 30
Russ. Bankn. 100 SR.	200 —	199 80
do. per ult.	200 —	199 70
Wechsel.		
Amsterdam 8 T.	169 05	— —
London 1 Lstrl. 8 T.	20 41	— —
do. 1 „ 3 M.	20 $32^1/_2$	— —
Paris 100 Frcs. 8 T.	80 75	— —
Wien 100 Fl. 8 T.	161 10	160 90
do. 100 Fl. 2 M.	160 30	160 20
Warschau 100 SR 8 T.	199 75	199 60

Privat-Discont $1^3/_4$ %.

Berlin, 25. Mai, 3 Uhr 15 Min. [Dringl. Origin.-Depesche der Breslauer Zeitung.] Schwach, Commandit offerirt.

Cours vom	25.	24.	Cours vom	25	24.
Oesterr. Credit. ult.	459 50	461 —	Gotthard ult.	109 62	109 25
Disc.-Command. ult.	217 25	219 25	Ungar. Goldrente ult.	84 62	84 50
Franzosen ult.	373 —	377 —	Mainz-Ludwigshaf.	97 50	97
Lombarden ult.	194 50	193 50	Russ. 1880er Anl. ult.	89 37	89 37
Conv. Türk. Anleihe	15 37	15 25	Italiener ult.	98 50	98 25
Lübeck-Büchen. ult.	158 50	158 75	Russ. II. Orient-A. ult.	62 —	62 12
Dortmund-Gronau-Enschede St.-Act. ult.	68 25	68 —	Laurahütte ult.	67 75	68 87
Marienb.-Mlawka ult	49 37	49 50	Galizier ult.	80 87	81 25
Ostpr. Südb.-St.-Act.	85 75	86 —	Russ. Banknoten ult.	200 —	200 —
Serben	81 —	— —	Neueste Russ. Anl.	100 50	100 37

Berlin, 25. Mai. [Schlussbericht.]

Cours vom	25.	24.	Cours vom	25.	24
Weizen. Flau.			Rüböl. Flau.		
Mai-Juni	150 25	151 25	Mai-Juni	42 60	43 20
Septbr.-October	155 50	156 75	Septbr.-October	43 40	44 20
Roggen. Flau.			Spiritus. Flau.		
Mai-Juni	135 25	136 50	loco	37 20	37 30
Juni-Juli	135 25	136 50	Mai-Juni	37 30	37 60
Septbr.-October	137 75	138 25	Juni-Juli	37 40	37 70
Hafer.			August-Septbr.	39 20	39 60
Mai-Juni	127 25	127 50			
Juni-Juli	127 25	127 75			

Stettin, 25. Mai Uhr — Min.

Cours vom	25.	24.	Cours vom	25.	24.
Weizen. Matt.			Rüböl. Still.		
Mai-Juni	157 —	157 50	Mai-Juni	43 20	43 50
Septbr.-October	159 50	160 50	Septbr.-October	44 —	44 —
Roggen. Matt.			Spiritus.		
Mai-Juni	131 50	132 50	loco	36 30	37 —
Septbr.-October	134 50	135 —	Mai-Juni	36 50	37 20
			Juli-August	37 60	38 30
Petroleum.			August-Septbr.	38 40	39 20
loco	11 10	11 20			

Frankfurt a. M., 25. Mai. Italien 100 Lire k. S. 80,75à80,75 bz.

Frankfurt a. M., 25. Mai. Mittags. Credit-Actien 230, 75. Staatsbahn 187, 12. Galizier 162, 25. Fest.

Wien, 25. Mai. [Schluss-Course.] Matt.

Cours vom	25.	24.	Cours vom	25.	24.
1860er Loose	— —	— —	Ungar. Goldrente	— —	— —
1864er Loose	— —	— —	4% Ungar. Goldrente	105 52	105 32
Credit-Actien	284 40	285 20	Papierrente	85 30	85 32
Ungar. do.	— —	— —	Silberrente	85 50	85 50
Anglo	— —	— —	London	126 80	126 75
St.-Eis.-A.-Cert.	231 25	233 50	Oesterr. Goldrente	117 20	117 25
Lomb. Eisenb.	109 75	108 30	Ungar. Papierrente	95 —	95 —
Galizier	198 25	201 50	Elbthalbahn	157 25	156 25
Napoleonsd'or	10 03	10 03	Wiener Unionbank	— —	— —
Marknoten	62 05	62 05	Wiener Bankverein	— —	— —

Paris, 25. Mai, 3% Rente 82, 57. Neueste Anleihe 1872 109, 60. Italiener —, —. Staatsbahn —, —. Lombarden —, —. Neue Anleihe von 1886 81, 80. Fest.

Paris, 25. Mai, Nachm. 3 Uhr. [Schluss-Course.] Fest.

Cours vom	25.	24.	Cours vom	22.	24.
3proc. Rente	82 70	82 47	Türkische Loose	— —	— —
Amortisirbare	84 62	84 45	Orientanleihe II	— —	— —
5proc. Anl. v. 1872	109 37	109 30	Orientanleihe III	— —	— —
Ital. 5proc. Rente	99 60	99 40	Goldrente, österr.	$93^7/_8$	94 —
Oesterr. St.-E.-A.	468 75	475 —	do. ungar. 6pCt.	— —	— —
Lomb. Eisb.-Act.	242 50	242 50	do. ungar. 4pCt.	$85^5/_8$	85 43
Türken neue cons.	15 35	15 17	1877er Russen	104 —	104 40

Neue Anleihe von 1886 81, 85.

London, 25. Mai. Consols 101, 13. 1837er Russen 101, —. Wetter: Bewölkt.

London, 25. Mai, Nachm. 4 Uhr. [Schluss-Course.] Platzdiscont $1^3/_4$ pCt. — Bankeinzahlung — Pfd. Sterl. Bankauszahlung — Pfd. Sterl. nach Südamerika. — Schwächer.

Cours vom	25.	24.	Cours vom	25.	24.
Consols per Juni	$107^7/_8$	101 11	Silberrente	$69^1/_4$	69 —
Preussische Consols	104 —	104 —	Papierrente	— —	— —
Ital. 5proc. Rente	$98^3/_8$	$98^1/_8$	Ungar. Goldr. 4proc.	$84^3/_4$	$84^1/_4$
Lombarden	$9^1/_2$	$9^3/_8$	Oesterr. Goldrente	$91^1/_2$	92 —
5proc. Russen de 1871	$99^1/_2$	99 —	Berlin	20 55	— —
5proc. Russ. de 1872	99 —	$98^3/_4$	Hamburg 3 Monat	20 55	— —
5proc. Russen de 1873	$100^7/_8$	$100^3/_4$	Frankfurt a. M.	20 55	— —
Silber	— —	— —	Wien	12 $82^1/_2$	— —
Türk. Anl., convert.	$15^1/_8$	15 —	Paris	25 $36^1/_4$	— —
Unificirte Egypter	$69^1/_2$	$69^1/_2$	Petersburg	23 $^3/_8$	— —

Köln, 25. Mai. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen loco —, —, per Mai 16 30, per Juli 17, 00, Roggen loco —, —, per Mai 13, 55, per Juli —, —, Rüböl loco 22, 40, per Mai 22, 20. Hafer loco 15, 25.

Hamburg, 25. Mai. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen loco fest, holsteinischer loco 158—162 — Roggen loco ruhig, Mecklenburger loco 140—146, Russischer loco ruhig, 106—109, Rüböl matt, loco 42. — Spiritus matt, per Mai 24, per Juli-August 25, per August-Septbr. $25^1/_2$, per Septbr.-Oct. $26^1/_2$. Wetter: Veränderlich.

Amsterdam, 25. Mai. [Schlussbericht.] Weizen —, loco per Mai —, per November —. Roggen loco —, per Mai 132, per October 135.

Paris, 25. Mai. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen ruhig, per Mai 21. 00, per Juni 21, 10, per Juli-August 21, 75, per Sept.-December 22, 25. — Mehl fest, per Mai 46, 30, per Juni 47, 10, per Juli-August 47, 75, per Septbr.-December 48, 50. — Rüböl ruhig, per Mai 55, 25, per Juni 55, 25, per Juli-August 56, 00, per September-December 57, 50. — Spiritus steigend, per Mai 46, 00, per Juni 46, 25, per Juli-August 46, 50, per September-December 45, 75. Wetter: Bedeckt.

Paris, 25. Mai. Rohzucker loco 33, —.

London, 25. Mai. Havannazucker $13^1/_2$ nominell.

Liverpool, 25. Mai. [Baumwolle.] (Schlussbericht.) Umsatz 10 000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Stetig.

Abendbörsen.

Frankfurt a. M., 25. Mai, 7 Uhr — Minuten. Creditactien 229, 50. Staatsbahn 186, 12. Lombarden $87^1/_2$. Mainzer —, —. Gotthard —, —. Galizier 161, 37. Besser.

Wien, 25. Mai, 5 Uhr 20 Min. Oesterr. Credit-Actien 284, 60, Ungar. Credit —, —, Staatsbahn 231, 25, Lombarden —, —. Galizier —, — Oesterr. Silberrente —, —. Marknoten —, —. Oesterr. Goldrente —. — 4proc. Ungarische Goldrente 105, 67. do. Papierrente —, —. Elbthalbahn —, —. Ruhig.

Schifffahrtsnachrichten.

* **Oder-Schifffahrt.** Rhederei Chr. Priefert: Abgegangen sind am 22. Mai Dampfer „Agnes" nach Köben, holte drei mit Ziegeln beladene Kähne, mit denen er am 25., früh, hier eintraf, und Dampfer „Christian" mit Ladung und zwei beladenen Schleppkähnen für Stettin.

Eingetroffen:

24. Dpfr. „Alfred" mit Strm. W. Gruschke von Stettin mit Heringen, und 8 leeren Kähnen.
25. „ „Martha" „ „ C. Girlich, Stettin, Güter und Heringe.
Hch. Witzleck, „ „ „
G. Bartsch, „ „ u. Palmkerne 3 leere Kähne.

Erwartet wird:

Dmpfr. „Elisabeth" mit Strm. A. Eisermann, Hamburg, Güter.
C. Berlin, Saathen, Salz, u. 3 leere Kähne.

In Neusalz löschen: G. Nitschke, Stettin, Roheisen.
G. Hepner, „ „
C. Witte, „ „

Rhederei Stehr & Schartmann. Dampfer „Marschall Vorwärts" traf am 23. cr. mit 12 leeren Fahrzeugen hier ein, und fährt mit 300 Ctr. eigener Ladung (Leim und Bleiweiss) nach Stettin, um von da alsbald 4 beladene Stettiner, von Saathen aus 2 beladene Hamburger Kähne (S. Friedr. Schorgott u. Hanschke) in's Schlepptau zu nehmen.

Vom Standesamte. 24./25. Mai.

Aufgebote.

Standesamt I. **Fichtner,** Ernst, Schlosser, ev., Catharinenstraße 8, **Kalus,** Lucia, k., Neue Junkernstraße 30. — **Otto,** Carl, Sergeant und Abth.-Schreiber vom Stabe der 2. Abth. Schles. Feld-Art.-Regts. Nr. 6, ev., Bürgerw.-Kaserne 3, **Gloger,** Selma, k., Berlinerstr. 46. — **Körper,** Paul, Barbier, k., Matthiasplatz 10, **Albrecht,** Elisabeth, ev., Uferstr. 28. — **Gräf,** Otto, Fleischer, ev., Kupferschmiedestr. 61, **Schanz,** Emilie, ev., Kupferschmiedestraße 61.

Standesamt II. **Gabriel,** August, Tischler, k., Neue Graupenstr. 11, **Marschler,** Bertha, geb. Hannack, ev., ebenda. — **Rosenbaum,** Isaak, Kaufmann, mos., Kaiser Wilhelmstr. 13, **Baumgart,** Aug., mos., Unruhstadt. — **Müller,** Anton, Schlosser, k., Löschstr. 36, **Vogel,** Bertha, k., Forckenbeckstr. 12. — **Beier,** Georg, Kutscher, ev., Posenerstr. 11, **Purrmann,** Mar., ev., Lehmgrubenstr. 7. — **Nissarczyk,** Joh., Arbeiter, k., Berlinerstraße 44, **Gornik,** Paul., k., Catharinenstraße 5.

Sterbefälle.

Standesamt I. **Baudisch,** Christiane, geb. Hartmann, Bildhauerwwe., 65 J. — **Reichelt,** Anna, T. d. Weichenstellers Heinrich, 10 Wochen. — **Heinzelmann,** Marie, T. d. Stellmachers Johann, 7 J. — **Ferenz,** Hellmuth, S. d. Schneidermstrs. Josef, 11 W. — **Hirsch,** Bertha, T. d. Bäckermeisters Julius, 10 T. — **Schütze,** Ernst, Kassendiener, 33 J. — **Grande,** Carl, Arbeiter, 47 J. — **Ibscher,** Ferdinand, S. d. Hautboist und Sergeanten Paul, 4 M. — **Schubert,** Antonie, geb. Krause, Lehrerfrau, 48 J. — **Pelz,** todtgeb. T. d. Arbeiters Carl. — **Paukla,** Else, T. d. Schneidermstrs. Theodor, 4 M. — **Zell,** Margarethe, T. d. Glasermeisters Hermann, 1 J. — **Tomala,** Georg, S. d. verst. Arb. Casimir, 3 M. — **Alter,** todtgeb. S. d. Arbeiters Robert. — **Lüdke,** Emil, S. d. Kaufm. Hugo, 10 J. — **Walter,** Marie, T. d. Kellners Gustav, 10 M. — **Wende,** Alfred, S. d. Drechslermstrs. Hugo, 4 M. — **Ramm,** Mar., T. d. Schuhmachermstrs. Theodor, 12 J. — **Herde,** Martha, T. d. Maurers Franz, 5 M. — **Nowack,** Richard, S. d. Schleusengehilfen Stefan, 9 M. — **Fritsch,** Marie, geb. Unger, Maurerfrau, 48 J. — **Gottheiner,** Handel, geb. Goldberg, Zolleinnehmerwwe., 81 J. — **Gärtner,** Gustav, S. d. Fleischermstrs. Gustav, 3 M. — **Händel,** Erwin, S. d. Handschuhmachers Hugo, 4 M. — **Frey,** Richard, S. d. Schneidermstrs. Adolf, 8 W. — **Brückner,** Richard, S. d. Tischlers Paul, 6 M. — **Kleinert,** Beate, geb. Kinast, Arbeiterfrau, 36 J. — **Jendroscheck,** Elfriede, T. d. Schriftsetzers Otto, 4 M. — **Berger,** Moritz, Gasarb., 60 J. — **Just,** Theodor, Böttcherges., 42 J. — **Meißner,** Carol., geb. Hieronymus, Handelsmannfrau. — **Fischer,** Willi, S. d. Tischlers Carl, 3 M. — **Stiller,** Bruno, S. d. Buchdruckers Berthold, 11 T. — **Schwebsch,** Gertrud, T. d. Schuhmachers Carl, 8 M. — **Elsner,** Emilie, geb. Rother, Damenschneiderin, 21 J. — **Warschawski,** Georg, S. d. Schneidermstrs. Michael, 5 W. — **Rosenbaum,** Isak, Particulier, 77 J. — **Decker,** Robert, Kammerjäger, 65 J. — **Schlesinger,** Leo, S. d. Conditors Adolf, 10 M. — **Scholz,** Fritz, S. d. Arbeiters Ernst, 5 M. — **Gallasch,** Georg, S. d. Schneiders Anton, 5 M.

Standesamt II. **Diebel,** Götz, S. d. Kaufmanns Max, 8 M. — **Kühnel,** Alfred, S. d. Müllers Ernst, 2 J — **Nährig,** Hermann, S. d. Kutschers Heinrich, 9 M. — **Henn,** Pauline, geb. Baumgarten, verw. Oberlehrer, 73 J. — **Seidel,** Clara, T. d. Arb. August, 2 J. — **Berger,** Paul, S. d. Schlossers Paul, 6 M. — **Faulhaber,** Paul, Kanzlei-Assist., 32 J. — **Bartsch,** Ernst, Arbeiter, 61 J. — **Möhring,** Hans, S. d. Kaufm. Bruno, 8 W. — **Mallin,** Wanda, T. d. Schlossers Paul, 18 T. — **Mehrer,** Arthur, S. d. Töpfers Carl, 11 M. — **Heyer,** Julius, Hilfsbureaudiener, 22 J. — **Fischer,** Willy, S. d. pens. Eisenbahnschaffners Carl, 3 M. — **Jüttner,** Ida, T. d. Schuhmachers Aug., 1 J. — **Rohr,** Lorenz, Obernachtwachtmann, 67 J. — **Werner,** Richard, S. d. Postschaffners Heinrich, 5 W. — **Fuchs,** Erdmann, S. d. exam. Heizers Wilhelm, 3 M. — **Lenasch,** Gertrud, T. d. Schlossers Carl, 3 W.

Vergnügungs-Anzeiger.

* **Die ungarische Zigeuner-Capelle Benczy-Gyula** hat in Folge vielfachen Ansuchens den Cyclus ihrer Concerte bis zu Ende dieser Woche ausgedehnt. Heute Mittwoch findet im Concerthaus ein Walzer-Abend statt.

Bekanntmachung.

Als Rendant der Kreis-Spar-Kasse ist der seitherige Kreis-Spar-Kassen-Controleur **Hoffmann** vom 1. April dieses Jahres ab angestellt worden, was gemäß § 24 des Statuts der Kreis-Spar-Kasse zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird. [6948]

Breslau, den 25. Mai 1886.

Das Curatorium
der Spar-Kasse des Landkreises Breslau.

Generalversammlung.

Die Generalversammlung des Schlesischen Vereins zur Unterstützung von Landwirthschafts-Beamten wird hierdurch in Gemäßheit des § 6 des Statuts vom 20. October 1880 auf [6278]

Mittwoch, den 9. Juni 1886, Vormittag 11 Uhr,

im **Hôtel de Silésie** hierselbst, Bischofstraße 4/5, anberaumt.

Gegenstand der Verhandlung:

Kenntnißnahme von der Lage der Vereinsangelegenheiten durch Anhörung des von uns zu erstattenden Geschäftsberichts.

Breslau, den 1. Mai 1886.

Das Directorium
des Schles. Vereins zur Unterstützung von Landw.-Beamten.

Dr. Gotthardt Epstein,
Rechtsanwalt,
Sophie Epstein,
geb. **Braun,**
Vermählte.
Breslau, Mai 1886. [8173]

Bei ihrer Abreise nach Wien sagen ihren Freunden ein herzliches Lebewohl
Julius Alt,
Helene Alt,
geb. **Stern,** [8204]
Neuvermählte.

Die glückliche Geburt eines Knaben zeigen an [8178]
Wilhelm Krotoschiner und **Frau.**
Breslau, 25. Mai 1886.

Die glückliche Geburt eines gesunden Knaben zeigen hoch erfreut an
Max Remann und Frau
[8148] **Cilly,** geb. **Lewy.**
Lissa, R.-B. Posen, 22. Mai 1886.

Am 25. d. Mts. verschied nach längeren Leiden der Kanzlei-Assistent
Herr Paul Faulhaber.
Wir betrauern in dem Dahingeschiedenen einen pflichttreuen, braven und aufrichtigen Collegen, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden. [6932]
Die Beamten des Materialien-Bureaus, Hauptmagazins und Uniformdepots der Königlichen Eisenbahn-Direction Breslau.

Todes-Anzeige.
Heut früh 1 Uhr entschlief sanft nach kurzem Leiden unsere gute Schwester, Schwägerin, Tante und Cousine, die verwittwete [8194]
Frau Oberlehrer
Dr. Henn, geb. Baumgarten
Dies zeigen tiefbetrübt hiermit an
Die Hinterbliebenen.
Breslau, den 25. Mai 1886.

Todes-Anzeige.
Am 23. d. M. verschied nach längerem schweren Leiden der Kaufmann
Herr [8193]
Louis Wilhelm Schweitzer
Derselbe war mir stets ein treuer Rathgeber, und werde ich demselben ein ehrendes Andenken bewahren.
Breslau, den 25. Mai 1886.
Nathan Friedeberg.

Nach kurzem Krankenlager entschlief heut Mittag, 12½ Uhr, sanft in dem Herrn unsere theure, liebe Schwester, Mutter, Großmutter, Schwägerin und Tante, die verw. Frau Kaufmann und Stadtälteste
Eleonore Klemt,
geb. **Nagel,**
im ehrenvollen Alter von 80 Jahren 38 Tagen. [6936]
Schweidnitz, Breslau, Waldenburg, den 24. Mai 1886.
Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.
Beerdigung findet Donnerstag, den 27. Mai, Nachmittags 3 Uhr, statt.

(Verspätet.)
Am 22. d. M. starb nach kurzem Krankenlager unser geliebter Mann, Vater, Schwiegervater und Grossvater, der Gastwirth [6949]
Simon Hecht,
im Alter von 62 Jahren.
Imielin, Zabrze, Pr.-Stargard und Skotschau.
Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Für die vielen Beweise von Liebe und Theilnahme bei dem uns so schwer getroffenen Verlust, sprechen wir allen Anverwandten, Freunden und Bekannten unsren herzlichsten Dank aus. [6918]
Familie Hammer
in Bunzlau.

Stadt-Theater.
Mittwoch. (Kleine Preise.) **„Arabella Stuart.“** Trauerspiel in 5 Acten von R. v. Gottschall.
Donnerstag. **„Der Troubadour.“** Oper in 4 Acten von Verdi.

Helm-Theater. [6943]
Der Walzerkönig.

Breslauer Concerthaus.
Mittwoch, den 26. Mai,
Siebentes Concert
der berühmten
Ungar. Zigeuner-Capelle
unter Leitung ihres Directors
Primas Beneczy Gyula
(im Nationalcostüm).
Walzer-Abend.
U. A.: Marianna-Walzer von Waldteufel, Angelo-Walzer, Czibulka, Bercarole-Walzer, Waldteufel, Gasparone-Walzer, Millöcker, Donauschaum-Walzer, Ivani, Les fleurs-Walzer, Waldteufel, Kertecz-leany-Walzer v. Metra etc. etc.
Billets à 60 Pf., ½ Dtzd. (zu allen Concerten giltig) 3 Mark, vorher bei **Theodor Lichtenberg.**
Kassenpreis 75 Pf. [6942]
Die Concerte finden auf vielfachen Wunsch noch bis zum Schluss dieser Woche statt.

Zeltgarten.
Heute: Großes
Militär-Concert
von der gesammten Capelle des 2. Schles. Gren.-Regts. Nr. 11, Capellmeister Herr **Reindel.**
Anfang 7½ Uhr. [6939]
Entree im Garten 10 Pf., im Saal 20 Pf.

---

8 Weidendamm 8.
Zur **gemengten Speise** jeden Mittwoch ladet freundlich ein
[6929] **Jung.**

Singakademie
Heute um 4 Uhr: Versammlung. 6925

Generalversammlung
des Vereins zur Unterhaltung von Kleinkinderbewahranstalten
Mittwoch, den 26. Mai, Nachmittags 4 Uhr,
in dem neuen Local der Anstalt 6, Grünstr. 1a, parterre links, zu welcher ergebenst einladet [6794]
Der engere Ausschuß.

⊠ Mont. d. 28. V. Ab. 7 Uhr R: in IV.

J. O. O. F. Morse □. 26. V. A. 8½ V. G. E. [3315]

Ich bin zum Notar ernannt.
[6923] **Keyl,**
Rechtsanwalt in Ziegenhals.

Impfung mit stets frischer Lymphe tägl. Nachmittag 3—4 Uhr. [8042]
Dr. Simm, Carlsstrasse 21

Plomben und Zähne,
Zahnziehen, Nervtödten ꝛc.
Robert Peter, Dentist,
Neuschestr. 1, I, Ecke Herrenstr.

Ein Fräul. bittet um ein **Darlehn von 150 M.** gegen Unterpfand. Offerten unter B. hauptpostlagernd.

Wegen **Aufgabe** meines
Posamentier-Waaren-Detailgeschäfts
bin ich willens, mein Lager im Ganzen oder in einzelnen Posten zu jedem annehmbaren Preise zu verkaufen. [8172]
Ebenso ist die Ladeneinrichtung zu verkaufen.
A. Sommer's Nachfolger,
Rathhaus 27.

Modernisirung 8188
und **Neu-Anfertigung** von Damen-Reg.-Mänteln, Umhängen jeder Art, sauber u. eleg. zu sol. Preisen.
Fr. Srocke,
Schmiedebrücke 28, d. d. Seilerhausladen, Hof 1 Tr. links.



Weinlauben.
Sonntag, den 6. Juni, eröffne ich im Garten meines Grundstücks **Alte Taschenstrasse Nr. 21** hierselbst einen **Wein-Ausschank.** [6861]

Ich hoffe mit einem derartigen, in Breslau völlig neuen Unternehmen nicht nur den Wünschen Vieler zu begegnen, sondern namentlich auch für die gute Gesellschaft aus Stadt und Provinz einen in jeder Beziehung comfortablen Aufenthalt zu schaffen.

Die Specialleitung des Etablissements ist einer im Fach bewährten Kraft anvertraut.

Ich werde für gleichmässig exquisite Küche und untadelhafte Weine sorgen, und empfehle hiermit mein Unternehmen der Gunst des Publikums.

M. Pniower, Breslau,
Weinhandlung.

Zoologischer Garten.
Heute Mittwoch: **Concert.** Anfang 4½ Uhr. [6002]
Bei Regenwetter kann am Vestibül des Saalbaues vorgefahren werden (ohne Erhöhung der Droschkentaxe).

Wegen baulicher Veränderungen habe ich mein Restaurant bis auf Weiteres geschlossen. Binnen Kurzem werde ich die **Eröffnung** desselben wieder bekannt machen. [8195]
Bestellungen für **Hochzeiten** und **Festlichkeiten** jeglicher Art nehme nach wie vor gern entgegen und bitte um freundliche Zuwendung.
Ww. Marie Schwersenski,
Neuschestraße Nr. 2.

---

12. ordentliche General-Versammlung des Schlesischen Provinzial-Verbandes der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung
Sonnabend, den 29. Mai 1886, von 5 Uhr Abends ab
zu **Breslau** im **Café restaurant,** Carlsstraße.
Tages-Ordnung.
1) Bericht über die Thätigkeit des Verbandes.
2) Kassenbericht.
3) Festsetzung des Etats für 1886/87.
4) Wahl eines Delegirten zur General-Versammlung der Gesellschaft.
5) Die zweckmäßigste Einrichtung der Vortragsabende. (Referat.)
6) Austausch gemachter Erfahrungen. [6937]

Unsere Mitglieder und alle Freunde des Volksbildungswesens beehren wir uns hiermit zum zahlreichen Besuch der General-Versammlung, sowie zur Besichtigung des Museums der Schlesischen Alterthümer und zu einem Ausflug nach Ohlau und Umgegend am darauffolgenden Sonntage ergebenst einzuladen.
Der Vorstand und Ausschuß.

Familienanzeigen,
Visitenkarten, moderne Briefpapiere und **Couverts** mit **Verzierungen** oder **Monogrammen** empfiehlt
N. Raschkow jr., Ohlauerstrasse 4,
Papierhandlung und Druckerei. [6294]

Commissions-Lager
zu Fabrikpreisen von einer der besten Webereien für Fantasie-Waaren, als: **buntkantige Parade-Handtücher, Tisch-Decken und Läufer, Thee-Gedecke, Thee-Schürzen ꝛc. ꝛc.** in **reichster Auswahl** empfehle ich zu **Ausstattungen, Geschenken** und jedem **Privatgebrauch.**
A. Treutler,
Comptoir und Commissions-Lager Schuhbrücke Nr. 74, 3. Etg., vis-à-vis der Magdalenen-Kirche. [3306]
NB. Sämmtliche Muster sind neu und stilgerecht.

Speditionen über Stettin!
Billigste und prompteste Import- und Export-Spedition über Stettin. Bereitwillige Ertheilung billigster Uebernahmssätze.
Max Schrammel,
Speditions- und Commissions-Geschäft,
Stettin. [3135]

Größte Auswahl, billigste Preise.
Strümpfe u. Socken,
Strumpflängen mit passendem Anstrickgarn,
Handschuhe, [6013]
à Paar 20, 30, 40, 50 Pf. b. 2 M.,
Camisols u. Beinkleider für Damen, Herren u. Kinder,
auch Normal auch System Prof. Dr. Jäger.
M. Charig, Ohlauerstraße **2.**



Gartenmöbel
in Guss- und Schmiedeeisen, für **Privat-** und **Restaurations-Gärten.** [5813]
Klappstühle mit 4theilig. Sitz, rohr- und holzfarbig lackirt, von **2,40 Mark** an.
Zeichnungen und Preislisten stehen auf Wunsch zu Diensten.
Herz & Ehrlich,
Breslau.

Morgenkleider und Matinées,
renommirt durch aparten Geschmack und Billigkeit. [6917]
L. Grünthal, Königsstrasse 1.

Steppdecken
nur eigener Fabrikation. Beste Wattirung garantirt.

Steppdecken von Schweizer Purpur	von	4,50— 7,00 M.
Steppdecken v. fein gemust. Elf. Prima-Croisé	=	6,25— 7,50 =
Steppdecken von glattf. Elsäss. Prima-Satin	=	7,50— 9,50 =
Steppdecken v. fein gemust. Elf. Prima-Satin	=	8,00—10,00 =
Steppdecken v. reinwoll. Atlas in allen Farben	=	11,00—16,00 =
Steppdecken in Atlas u. Seide in allen Farben	=	30,00—60,00 =

Kinder-Decken in allen Größen und Stoffen.
Große Auswahl rein wollener bunter Schlafdecken in den neuesten Farbenstellungen. [6920]
J. Lemberg,
12, Ohlauerstraße 12. 12, Ohlauerstraße 12.

Visitenkarten,
6322
Verlobungsanzeigen, Hochzeits-Einladungen, Menu u. Tischkarten sowie Papiere und Couverts mit Monogramm fertigt sauber und schnellstens
N. Raschkow jr., Ohlauerstraße 4,
Papierhandlung, Druckerei und Monogramm-Prägeanstalt.

Nur noch bis 30. Juni a. c.
Ausverkauf
bei
50 **Schaefer & Feiler,**
Schweidnitzerstraße 50. [6931]

Nur Ring 38. Nur Ring 38.
Herren- und Damen-Pelzgegenstände,
wie auch **Wollsachen** (wenn dieselben auch nicht bei mir gekauft sind) werden zum **Aufbewahren unter Garantie** gegen Feuer- und Mottenschaden gegen geringe Vergütung angenommen. [5853]
Gleichzeitig ersuche ich, des späteren großen Andranges wegen **Reparaturen und Modernisirung** aller Pelzgegenstände rechtzeitig aufzugeben, und werden die bei mir reparirten Gegenstände **gratis** aufbewahrt. Auf Wunsch bin ich gern bereit, die Conservirungs-Gegenstände durch mein Personal per Wagen gratis abholen zu lassen.
M. Boden, Kürschnermeister,
38 Breslau, Ring nur Nr. 38, parterre, I. u. 2. Etage. 38

Neu Gesetzlich geschützt. **Neu**
Durch Anwendung des neu construirten, selbstthätigen [6838]
Radig'schen
Kohlensäure-Bier-Apparates
ist jeder Restaurateur in der Lage, stets gutes Bier zu verabreichen. Handhabung des Apparates ist leicht und einfach, Kohlensäure-Verbrauch pro Hektoliter 10—15 Pfg.
Preis pro Apparat ab hier resp. Breslau M. 160,00 excl. Montage.
In unserer **Filiale, Breslau, Albrechtsstraße 47,** stehen Apparate, fortwährend in Thätigkeit, zur Besichtigung.
Prospecte gratis und franco.
Chemische Fabrik, Schweidnitz. **Radig & Köhler.**

Totaler Ausverkauf
wegen vollständiger Auflösung des Geschäfts.
Unser **wirklich reeller Ausverkauf** wird **bei weiter herabgesetzten Preisen** ununterbrochen fortgesetzt und bietet die beste Gelegenheit, **elegante** und **gediegene,** sich auch zu Präsenten vorzüglich eignende Sachen, **sehr billig** zu kaufen. — So empfehlen wir z. B.:

Matador-Kaffeemaschinen mit Porzellan-Einsatz, Schwungkessel, Berzeliuslampen und Kessel, Kaffee- und Theeservice Eierkocher aus engl. Kupfer, Britannia, Alboid und Messing;

Schreibzeuge, Hand- und Tafelleuchter, Schwedenständer, Aschenbecher, Tischglocken ꝛc. aus cuivre poli und feinem Kunstguß;

Familienwaagen, Petroleumkocher, stähl. Glanzplätten, Tafelmesser und Gabeln, Tranchirmesser, Taschenmesser, Scheeren;

Eismaschinen, Einmachgläser, Gartenleuchter
und in **gleich niedrigem Preisverhältniß** die sämmtlichen Artikel unseres noch reich ausgestatteten Lagers. [6921]

Breslau. **Dohse & Co.,**
Magazin für Haus- u. Küchen-Geräthe.

Reparaturen an Nähmaschinen
aller Systeme werden schnell und sachverständig in eigener Werkstatt unter Garantie ausgeführt bei [5922]
Jul. Dressler & Co., Breslau, Ring 49.

Gesuch.
In der israelitischen Gemeinde zu **Grottkau** ist die Stelle eines **Cultusbeamten** möglichst bald zu besetzen. Gehalt 900 M. pro anno und an Nebeneinkünften circa 200 Mark. Bewerbungen an den Kaufmann **S. Ritter** zu richten. [6844]

Bekanntmachung.
Unsere Bekanntmachung vom 24. März 1886, betreffend die Eintragung der Firma [3308]
Martin Willner
zu **Wüstewaltersdorf** und des Kaufmanns **Martin Willner** daselbst als deren Inhabers, unter Nr. 602 unseres Firmen-Registers wird dahin ergänzt, daß diese Eintragung zufolge Verfügung vom 4. März cr. am 5. März cr. erfolgt ist.
Waldenburg, den 14. Mai 1886.
Königliches Amtsgericht.

Der Versteigerungstermin betreffs des Gutes Charlottenhof ist auf den 23. Juni 1886 verlegt. [6935]
Gnesen, am 22. Mai 1886.
Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung. (R.-A)
In unser Gesellschafts-Register ist bei Nr. 653 am 21. Mai cr. eingetragen worden:
Die offene Handelsgesellschaft
Oppenheim & Schweitzer
ist durch den am 16. Mai 1886 erfolgten Eintritt eines Commanditisten von diesem Tage ab eine Commanditgesellschaft geworden. Persönlich haftende Gesellschafter sind: [6947]
1) der Bankier **Herrmann Schweitzer** zu Kleinburg,
2) der Bankier **Samuel Freund** zu Breslau.
Von diesen ist demnächst der Bankier **Herrmann Schweitzer** aus der Commanditgesellschaft ausgetreten, so daß dieselbe nunmehr aus
1) dem persönlich haftenden Gesellschafter Bankier **Samuel Freund** zu Breslau,
2) dem Commanditisten
besteht.
Breslau, den 21. Mai 1886.
Königliches Amts-Gericht.

Zwangsversteigerung.
Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche auf den Namen des Dr. phil. **Joseph Uhles** eingetragene, im Kreise Wohlau belegene Rittergut Groß-Ausker
am 15. Juli 1886,
Vormittags 9 Uhr,
vor dem unterzeichneten Gericht — an Gerichtsstelle — Terminszimmer Nr. 1, Gerichtsgebäude Ringecke, versteigert werden.
Das Grundstück ist mit 1709,61 Mk. Reinertrag und einer Fläche von 279 Hektar 63 Ar 80 □Meter zur Grundsteuer, mit 1026 Mk. Nutzungswerth zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei I während der Dienststunden eingesehen werden.
Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Capital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.
Diejenigen, welche das Eigenthum des Grundstückes beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluß des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.
Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird [6919]
am 16. Juli 1886,
Vormittags 11 Uhr,
an Gerichtsstelle, Termins-Zimmer Nr. 1, verkündet werden.
Wohlau, den 22. Mai 1886.
Königliches Amts-Gericht.

Zwangsversteigerung.
Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Rittergut Wróble Band I Blatt 1 Art. 1 und 2 auf den Namen der **Ignatz Nepomucen** und **Francisca,** geb. **Kröning, Silewicz**'schen Eheleute eingetragene, zu Wróble belegene Rittergut
am 6. Juli 1886,
Vormittags 10 Uhr,
vor dem unterzeichneten Gerichte — an Gerichtsstelle — versteigert werden.
Das Rittergut ist mit 5886,39 Mk. Reinertrag und einer Fläche von 731,37,28 Hektar zur Grundsteuer, mit 1128 Mk. Nutzungswerth zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abschätzungen und andere das Rittergut betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei, Abtheilung I, eingesehen werden. [4814]
Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird
am 7. Juli 1886,
Vormittags 11 Uhr,
an Gerichtsstelle verkündet werden.
Der Versteigerungs-Termin zum 13. April cr. und der Zuschlagstermin zum 14. April cr. ist aufgehoben.
Inowrazlaw, den 3. April 1886.
Königliches Amts-Gericht.

4% Lissaboner Stadt-Anleihe vom Jahre 1886.

Die Stadt Lissabon emittirt auf Grund des Beschlusses der Stadtbehörde vom 20. April 1886 und auf Grund der Genehmigung der Königlich Portugiesischen Staatsregierung vom 7. April 1886 eine Anleihe im Betrage von **3,401,370 Milreïs = 15,117,200 Mark Deutsche Währung** eingetheilt in 15,293 Abschnitte à 90 Milreïs = 400 Mark und 4500 Abschnitte à 450 Milreïs = 2000 Mark. Diese Anleihe ist von der unterzeichneten Bank in Gemeinschaft mit dem Bankhause Merck Marx & Co. in Lissabon übernommen worden.

Die Obligationen, Coupons und Talons werden in Portugiesischer und Deutscher Sprache ausgefertigt. Der Anleihe - Vertrag bestimmt im Wesentlichen Folgendes:

Der Stadtrath von Lissabon überweist als Garantie dieses Anleihevertrages im Allgemeinen alle seine gegenwärtigen und künftigen Einnahmen, welche nicht durch Gesetz oder früheren Contract gebunden sind, und insbesondere aus der Einnahme aus der Verbrauchssteuer (Octroi), welche ihm laut Artikel 116 des Gesetzes vom 18. Juli 1885 erwächst, die zur vollen Zahlung der Zinsen und Amortisation dieser Anleihe nöthige Summe.

Die halbjährlichen Coupons und die ausgeloosten Obligationen werden **nach Wahl des Inhabers** bei der städtischen Kasse in Lissabon in Portugiesischer Währung mit 1 8/10 resp. 9 Milreïs für die Coupons und 90 resp. 450 Milreïs für die Obligationen oder bei den **Kassen der Bank für Handel & Industrie in Berlin**, Darmstadt und Frankfurt a. M. in Deutscher Währung mit **8** resp. **40 Mark** für die Coupons und 400 resp. 2000 Mark für die Obligationen eingelöst.

Die Coupons und die getilgten Obligationen, welche in Berlin, Darmstadt und Frankfurt a. M. ausgezahlt werden, sollen, **frei von jeder Portugiesischen staatlichen oder städtischen Steuer, zur Einlösung gelangen.**

Die Amortisation der Anleihe erfolgt binnen 90 Jahren. Der Stadtrath behält sich indess das Recht vor, die Tilgung früher zu bewerkstelligen, indem er die ganze Anleihe oder einen Theil derselben nach vorhergegangener sechsmonatlicher Kündigung am 1. Juli irgend eines Jahres zurückzahlt.

Im Monat April jeden Jahres findet in Lissabon die Ziehung der zur Amortisation gelangenden Obligationen statt, und zwar in öffentlicher Sitzung der Executiv-Commission der Municipalität. Die Rückzahlung erfolgt am 1. Juli jeden Jahres.

Die Nummern der gezogenen und gekündigten Obligationen werden in einer Lissaboner Zeitung, im Deutschen Reichsanzeiger und in zwei anderen Deutschen Blättern veröffentlicht.

Das uns auf Grund des Anleihe-Vertrages von der Lissaboner Stadt-Verwaltung übergebene amtliche Document über die Verhältnisse der Stadt Lissabon lautet wie folgt:

Die Stadt Lissabon hatte am Schluss des Jahres 1885 eine Bevölkerung von 203 681 Einwohnern.

Die Hereinziehung einer ausgedehnten angrenzenden Zone hat die der neuen städtischen Verwaltungsform unterworfene Bevölkerung beträchtlich erhöht, so dass dieselbe auf nicht unter 300 000 Einwohner geschätzt werden muss.

Die consolidirte Schuld der Stadt Lissabon, sowohl die ursprüngliche als die von der neuen municipalen Organisation herrührende war am 31. December 1885:

	Milreïs	6 044 258
dazu die gegenwärtige Anleihe	„	3 401 370
zusammen . .	Milreïs	9 445 628
entsprechend einer Annuität von	„	484 585

Die Regierung empfing den ganzen Ertrag der Verbrauchssteuer der alten Stadt. (Anmerkung: Ertrag dieser Steuer siehe weiter unten.) Letztere erhielt als Ersatz eine feste jährliche Subsidie von Milreïs 224 000, wogegen der Regierung ausser den Kosten der Erhebung die Ausgaben für die Municipalgarde, die Polizei, Subventionen für Theater u. s. w. zu bestreiten blieben.

Zufolge der gegenwärtigen Organisation empfängt die Stadt 80 pCt. des Mehrertrages der Verbrauchssteuer, laut Art. 116 des Gesetzes vom 18. Juli 1885, und fährt ausserdem fort, den alten Zuschuss von Milreïs 224 000 zu erhalten.

Nach den officiellen, in den parlamentarischen Referaten niedergelegten Berechnungen wird der Anwachs der der Verbrauchssteuer unterworfenen Bevölkerung 100 000 Seelen betragen und einen Mehrertrag von Milreïs 720 000 liefern, wovon die Stadt 80 pCt. oder Milreïs 576 000 erhält.

Die hieraus erzielte Totaleinnahme wird somit sein:

Zuschuss der Regierung	Milreïs	224 000.—
80 pCt. des Mehrertrages der Verbrauchssteuer	„	576 000.—
Total	Milreïs	800 000.—

Zufolge des siebenten Artikels des Contractes der gegenwärtigen Anleihe hat der Stadtrath als Garantie der betreffenden Annuität von Milreïs 140,162 seine sämmtlichen gegenwärtigen und zukünftigen Einnahmen, sofern dieselben nicht durch Gesetz oder früheren Contract gebunden sind, gegeben, und im Besonderen die laut § 116 des Gesetzes vom 18. Juli 1885 der Stadt aus dem Octroi zustehende Einnahme, welche ausser der Garantie für die gegenwärtige Anleihe **absolut frei von jedweder Belastung ist.**

Um das beträchtliche Wachsen, welches die Erträge der Verbrauchssteuer in Lissabon dargeboten haben, zu veranschaulichen, geben wir die folgende Aufstellung:

	Jährlicher Ertrag		Mehrertrag	
1879	Milreïs	1 133 875.—	Milreïs	—
1880	„	1 245 687.—	„	111 812.—
1881	„	1 288 500.—	„	42 813.—
1882	„	1 332 149.—	„	43 649.—
1883	„	1 433 171.—	„	101 022.—
1884	„	1 458 756.—	„	25 585.—
1885	„	1 511 090.—	„	52 334.—

Hieraus ergiebt sich ein jährliches Wachsen von durchschnittlich Milreïs 62 869.

Ausser der Verbrauchssteuer autorisirt das Gesetz vom 18. Juli 1885 Artikel 11 § 1 No. 1 die Erhebung von Zuschlägen zu den directen Staats-Steuern von Seiten des Stadtraths.

Der Stadtrath kann auf die innerhalb des gegenwärtigen Stadtbezirks bezahlten directen Staats-Steuern aus eigener Machtvollkommenheit bis zu 25 pCt. Zuschläge, von 26 pCt. bis 50 pCt. mit Ermächtigung durch die Regierung und von 51 pCt. an mit Ermächtigung durch Gesetz erheben.

In untenstehender Berechnung sind nur 25 pCt. Staatssteuer-Zuschläge aufgenommen worden.

Wenn wir zu den alten Einnahmen diejenigen hinzufügen, welche durch das den Umfang der Stadt erweiternde Gesetz vom 18. Juli 1885 geschaffen worden sind, so erhalten wir folgende Einnahmen:

1) Eigener Besitz			Milreïs	127 656.—
2) Verbrauchssteuer				
a. Zuschuss der Regierung	Milreïs	224 000		
b. 80 pCt. des Mehrertrages	„	576 000		
			„	800 000.—
3) 25 pCt. Zuschlag auf die directen Staats-Steuern (Grund-, Industrie-, Luxus- und Miethssteuer)			„	237 500.—
4) Städtische Steuern			„	42 078.—
5) Verschiedene Einnahmen			„	506 092.—
Total			Milreïs	1 713 326.— (= M. 7 614 782).

Die Berechnung der ordentlichen Ausgaben des gegenwärtigen Stadtraths von Lissabon ist folgende:

Annuitäten der Anleihe	Milreïs	484 586
Städtischer Dienst	„	660 508
Schlachthaus und Metzgerläden . .	„	482 829
Diverse	„	9 403
Total	Milreïs	1 637 326 (= M. 7 277 004).

Die somit für ausserordentliche Ausgaben sofort verfügbare Summe beträgt Milreïs 76 000 = (Mark 337 778).

Es muss jedoch berücksichtigt werden, dass der Stadtrath die Befugniss hat, mit Ermächtigung der Regierung die Zuschläge zu den directen Staats-Steuern bis auf 50 pCt. zu erhöhen, und dass jede zugeschlagene Einheit (Anmerkung: d. h. je 1 pCt. Zuschlags-Steuer) Milreïs 9 500 = Mark 42 222) beträgt.

Die Subscription auf die Lissaboner 4pCt. Stadt-Anleihe von 1886 findet während der üblichen Geschäftsstunden statt

Donnerstag, den 27., und Freitag, den 28. Mai d. J.,

in **Berlin** bei der **Bank für Handel und Industrie, W., Schinkelplatz 3,**

„ **Darmstadt** bei der **Bank für Handel und Industrie,**
„ **Frankfurt a. Main** bei der **Filiale der Bank für Handel und Industrie,**
„ **Hamburg** bei dem **Bankhause L. Behrens & Söhne,**
„ „ „ „ **Ed. Frege & Co.,**
„ **Basel** bei dem **Baseler Bankverein,**
„ **Zürich** bei der **Schweizerischen Creditanstalt,**
„ **Cöln** bei dem **A. Schaaffhausenschen Bankverein,**
„ „ „ **Bankhause Sal. Oppenheim jun. & Co.,**
„ **München** bei dem **Bankhause Merck, Finck & Co.,**
„ **Stuttgart** bei der **Württembergischen Bankanstalt vorm. Pflaum & Co.,**
„ „ „ „ **Württembergischen Vereinsbank,**
„ **Halle a. Saale** bei dem **Bankhause Zeising, Arnhold, Heinrich & Co.**

und anderen in den betreffenden Bekanntmachungen angegebenen Stellen, und zwar unter folgenden Bedingungen:

1) Die Subscription erfolgt auf Grund des zu diesem Prospectus gehörigen Anmeldungs-Formulars, welches von den Subscriptions-Stellen bezogen werden kann. Wir behalten uns vor, die Subscription auch schon vor Ablauf jenes Termins zu schliessen. Die Subscriptions-Stellen bestimmen nach ihrem Ermessen die Höhe des Betrages jeder einzelnen Zutheilung.
2) Der Subscriptionspreis ist festgesetzt auf Mark **79,50** für 100 Mark nominal der Obligationen, welche mit Coupons über die vom 1. Juli d. J. laufenden Zinsen versehen sind.
Der Preis versteht sich abzüglich der Stückzinsen vom Tage der Abnahme bis zum 30. Juni d. J. oder, falls die Abnahme der Stücke nach diesem Termin erfolgt, zuzüglich Stückzinsen.
3) Bei der Subscription muss eine Caution von fünf Procent des Nominalbetrages hinterlegt werden.
4) Die Zutheilung wird sobald wie möglich nach Schluss der Subscription erfolgen.
5) Die Abnahme der zugetheilten Obligationen kann in beliebigen Theilbeträgen vom 8. Juni d. J. ab gegen Zahlung des Betrages (2.) geschehen und muss am 31. Juli d. J. beendet sein.
6) Bei den Deutschen Subscriptions-Stellen hat die Zahlung in Deutscher Reichswährung zu erfolgen. Die Schweizer Subscriptions-Stellen werden den Umrechnungscours selbstständig feststellen.
7) Bis zur Fertigstellung der definitiven Stücke geben die Subscriptions-Stellen Interimsscheine aus, welche kostenfrei gegen die von der Stadt Lissabon ausgefertigten Obligationen in Gemässheit weiterer Bekanntmachung umgetauscht werden. Die von den Deutschen Subscriptions-Stellen auszuhändigenden Interimsscheine und Obligationen sind mit Deutschem Reichsstempel versehen.

Berlin und **Darmstadt**, im Mai 1886.

[6916]

Bank für Handel und Industrie.

Telegraphische Witterungsberichte vom 25. Mai.

Von der deutschen Seewarte zu Hamburg.
Beobachtungszeit 8 Uhr Morgens.

Ort.	Bar. a. 0 Gr. u. d. Meeresniveau reduc. in Millim.	Temper. in Celsius-Graden.	Wind.	Wetter.	Bemerkungen.
Mullaghmore	753	9	NW 4	Regen.	
Aberdeen	749	9	NNW 1	Regen.	
Christiansund	751	9	ONO 1	bedeckt.	See sehr ruhig.
Kopenhagen	753	14	WSW 3	bedeckt.	
Stockholm	755	13	O 4	bedeckt.	
Haparanda	756	7	NO 2	Regen.	
Petersburg	—	—	—	—	
Moskau	760	11	NW 1	wolkenlos.	
Cork, Queenst.	754	12	NW 2	wolkig.	
Brest	758	13	WSW 5	dunstig.	See unruhig.
Helder	754	11	WSW 3	bedeckt.	Seegang schwach.
Sylt	754	12	SSW 3	Regen.	
Hamburg	757	16	SSW 5	wolkig.	
Swinemünde	756	15	WSW 4	bedeckt.	Gest. Gew. Böig.
Neufahrwasser	754	22	SSW 3	h. bedeckt.	G. Wetterl. N. Reg.
Memel	755	20	SO 4	bedeckt.	See sehr ruh. Gew.
Paris	762	12	SW 3	bedeckt.	
Münster	757	11	SW 7	bedeckt.	Regnerisch.
Karlsruhe	763	14	SW 5	wolkig.	Gest. N. Reg.
Wiesbaden	762	14	SW 4	bedeckt.	Gest. N. Reg.
München	765	13	SW 6	heiter.	Gest. Ab. Gew. Hag.
Chemnitz	761	14	SW 7	h. bedeckt.	Gest. Nachm. Gew.
Berlin	758	15	W 2	bedeckt.	Gest. Ab. Gew. m. Rg.
Wien	762	15	W 3	wolkig.	
Breslau	769	14	WNW 7	bedeckt.	Früh Regen.
Isle d'Aix	765	14	WSW 4	h. bedeckt.	See ruhig.
Nizza	762	17	SSW 1	wolkenlos.	See ruhig.
Triest	—	—	—	—	

Anmerkung: Die Stationen sind in 4 Gruppen geordnet: 1) Nordeuropa, 2) Küstenzone von Irland bis Ostpreussen, 3) Mitteleuropa südlich dieser Zone, 4) Südeuropa. — Innerhalb jeder Gruppe ist die Richtung von West nach Ost eingehalten.

Scala für die Windstärke: 1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mässig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Uebersicht der Witterung.

Unter dem Einflusse einer Depression über der nördlichen Nordsee wehen über Westdeutschland vielfach starke südwestliche Winde mit kühlem Wetter, während der höchste Luftdruck im Süden liegt. Auch im Osten ist Trübung eingetreten mit auffrischenden westlichen Winden. Ausser an der ostpreussischen Küste ist in Deutschland die Temperatur gesunken, theilweise die normale. In Deutschland und in Oesterreich fanden gestern zahlreiche Gewitter mit Niederschlägen statt, München meldet 21 mm Regen und Hagel. Ueber Borkum ziehen die oberen Wolken aus Südwest, über Magdeburg aus West über Neufahrwasser aus Süd.

Verantwortlich: Für den politischen und allgemeinen Theil und in Vertretung für das Feuilleton: J. Seckles in Breslau; für den Inseratentheil: Oscar Meltzer in Breslau.
Druck von Grass, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.